

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Michael Hereth

Die Freiheit des Bürgers
zum Handeln

Klaus Mayer

Veränderungen
des Rüstungsgleichgewichts
zwischen den USA
und der Sowjetunion

B 5/72

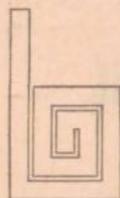
29. Januar 1972

Michael Hereth, Dr. phil., geb. 1. Dezember 1938 in Bayreuth, Studium der Nationalökonomie, der Politischen Wissenschaft und der Soziologie in München, Bonn und Erlangen. 1964—1968 Studienleiter der Georg-von-Vollmar-Schule in Kochel/Obb.; seit 1968 Wissenschaftlicher Assistent an der Ruhr-Universität Bochum. Mitglied der SPD-Fraktion des Nordrhein-Westfälischen Landtages.

Veröffentlichungen u. a.: Mobilisierung der Demokratie, München 1966 (Mithrsg.); Junge Republik, München 1966 (Hrsg.); Parlamentarische Opposition in der Bundesrepublik, München 1969 (Hrsg.); 20 Jahre Bundesrepublik in Dokumenten, München 1969 (Hrsg.); Die Reform des Deutschen Bundestages, Köln 1971. Zahlreiche Zeitschriftenaufsätze zum parlamentarischen Prozeß.

Klaus Mayer, geb. 22. April 1947, kaufmännische Lehre von 1963—1966, Abitur im 2. Bildungsweg am Hessenkolleg Frankfurt 1968, seit 1969 Studium der Politischen Wissenschaften am Otto-Suhr-Institut der FU Berlin, seit 1. April 1971 studentische Hilfskraft am John-F.-Kennedy-Institut für Amerikastudien der FU Berlin.

Veröffentlichungen u. a.: Südamerika — Revolution in der Sackgasse?, in: Hessische Jugend Zeitschrift des Hess. Jugendrings, Heft 5/1971; Das jugoslawische Modell, ebenda Heft 6/1971.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, 53 Bonn/Rhein, Berliner Freiheit 7.

Redaktion: Dr. Enno Bartels.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, 2 Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23, Tel. 34 12 51, nimmt entgegen

Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;

Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preise von DM 9,— vierteljährlich (einschließlich DM 0,47 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;

Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 5,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Die Freiheit des Bürgers zum Handeln

„Citizens for Local Democracy“

Das politische Denken einer Gruppe der amerikanischen ‚Neuen Linken‘

Eine Fallstudie

„... Ich glaube, daß eine zentralisierte Verwaltung zu nichts anderem taugt, als die ihr unterworfenen Völker zu schwächen, denn sie vermindert in ihnen ohne Unterlaß den Bürgergeist. Die zentralisierte Verwaltung vermag allerdings zu einer gegebenen Zeit und an einer gegebenen Stelle alle verfügbaren nationalen Kräfte zu sammeln, aber sie schadet der Erneuerung der Kräfte. Sie läßt sie am Tage des Kampfes triumphieren und vermindert auf die Dauer ihre Macht. Sie kann wunderbar die vergängliche Größe eines Menschen fördern, aber nicht das dauerhafte Gedeihen eines Volkes.“

Alexis de Tocqueville

I. Partizipation und Systemtheorie

Spätestens seit G. Almond und S. Verba in ihrer berühmten und grundlegenden Studie ‚The Civic Culture‘ (Princeton 1963) die politische Partizipation der Bürger zu einem Schlüsselproblem der Analyse einer demokratischen Ordnung gemacht haben, spielt der Begriff der politischen Partizipation eine wesentliche Rolle in der zeitgenössischen politischen Wissenschaft. Die Teilnahme der Bürger am politischen Prozeß ihrer Gesellschaft, die Möglichkeiten der Bürger, diesen Prozeß zu beeinflussen und die dadurch der politischen Ordnung erwachsende Integrationskraft gegenüber den Bürgern haben Anlaß zu politikwissenschaftlichen Fragestellungen gegeben, die ein breites Feld fruchtbarer Untersuchungen eröffneten¹⁾. Die Menge der Veröffentlichungen gerade auf diesem Feld spricht hier ein beredtes Zeugnis²⁾.

Trotzdem ist nicht zu übersehen, daß der überwiegende Teil der Literatur über das Phänomen der politischen Partizipation von einer eigenartigen Verkürzung der Problematik der ‚participatory democracy‘ gekennzeichnet ist, die wahrscheinlich auf den äußerst engen Wissenschaftsbegriff der zitierten Autoren zurückzuführen ist. Lester W. Milbrath formuliert in

Klaus Mayer

Veränderungen des Rüstungsgleichgewichts zwischen den USA und der Sowjetunion S. 20

seiner Arbeit ‚Political Participation‘ repräsentativ für die meisten der heute vorliegenden Untersuchungen die beiden zentralen Fragestellungen, unter denen die Analysen vorgenommen werden: „Wie beeinflussen die Hauptmerkmale des politischen Systems die Art und den Grad bürgerlicher Partizipation in der Politik?“ und „Wie beeinflussen die Partizipationsmuster der Bürger das Funktionieren des politischen Systems?“³⁾

Beide Fragestellungen gehen damit aber von der Präexistenz eines ‚politischen Systems‘ aus, das modifiziert, beeinflußt, benutzt oder geändert werden soll, das aber doch die Voraussetzung und Basis politischer Partizipation darstellt.

³⁾ Ebenda, S. 6.

¹⁾ Die folgende Untersuchung wurde durch einen vom American Council of Learned Societies finanzierten Forschungsaufenthalt in den USA ermöglicht.

²⁾ Dazu nur einige Beispiele: St. Rokkan, *Approaches to the Study of Political Participation*, Bergen 1962; L. Lipson, *The Democratic Civilisation*, New York 1964; W. Milbrath, *Political Participation*, Chicago 1965; Almond/Powell, *Comparative Politics*, Boston 1966; S. P. Huntington, *Political Order in Changing Societies*, New Haven 1968; Cook/Morgan (eds.), *Participatory Democracy*, New York 1971; Benello/Roussopoulos (eds.), *The case for Participatory Democracy*, New York 1971. Eine kritische Darstellung der gesamten Debatte gibt: W.-D. Narr, *Theoriebegriffe und Systemtheorie*, Stuttgart 1969.

Jürgen Gebhardt stellt bei einer Analyse der Debatte über ‚Politische Partizipation‘⁴⁾ fest, daß in der vorherrschenden Darstellung dieses Begriffes „die Bewußtseins- und Verhaltensmuster einer partizipatorischen politischen Kultur ... strikt funktional aufgefaßt“ werden und „material ausschließlich am Relevanzkriterium einer pragmatisch-utilitaristischen Rationalität gemessen“ werden⁵⁾. Die Hauptargumentation in der Literatur über politische Partizipation richtet sich, wie Gebhardt überzeugend aufzeigt, am vorgegebenen „Wertesystem“ technisch-administrativer Effizienz und einer ebenso reduzierten Rationalität aus, innerhalb dessen Partizipationsstrukturen als input-output-Vorgänge des vorgegebenen „Systems“ analysiert werden.

Diese Reduktion der Partizipation auf die Teilnahme an einem vorgegebenen System, das de facto das System der an den Notwendigkeiten der Ökonomie organisierten Industriegesellschaft ist⁶⁾, beseitigt damit jene Dimension der Selbstregierung und Selbstkontrolle der Bürger, die zumindest im Verlauf der amerikanischen Revolution den eigentlichen Inhalt demokratisch-republikanischen self-government ausmachte. Die Selbstregierung der Bürger und die gemeinsame Regelung der öffentlichen Angelegenheiten durch die Bürger, die um ihrer selbst willen Ziele der politischen Ordnung waren, fanden ihren Ausdruck im Symbol der ‚public happiness‘, des öffentlichen Glücks, das im aktiven Handeln der politischen Bürger und in der Selbstregierung ein eigenständiges Ziel sieht, das eben nicht dem Ziel der Effizienz eines vorgegebenen Systems von vornherein untergeordnet ist.

Die Tradition der Selbstregierung politischer Bürger, die in der Selbstregierung das oberste Ziel der Republik sieht, mußte damit aber in den Vereinigten Staaten von Amerika zu einem kritischen Instrument gegen die Ökonomisierung und Bürokratisierung der politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse werden, die gemeinhin mit dem Begriff der Industriegesellschaft bezeichnet werden.

So ist es nicht verwunderlich, daß ein Teil der ‚Neuen Linken‘ in den USA — dem im Gegen-

satz zu den ähnlichen kontinentaleuropäischen Bewegungen marxistische und neo-marxistische Interpretationsstrukturen als Refugium der Gesellschaftskritik keine Selbstverständlichkeit sind — auf die Tradition der Selbstregierung eines Thomas Jefferson oder John Adams zurückgreift.

Wenn die Bewegung der ‚Neuen Linken‘ einen positiven Beitrag zur Reflexion und Erneuerung demokratischer Institutionen in der westlichen Zivilisation geleistet hat, so ist dies sicher im Bereich der aktiven Teilnahme des Bürgers am öffentlichen Leben. Die von den Universitäten in der gesamten westlichen Welt ausgehende Bewegung der ‚Neuen Linken‘ hat eine wesentliche Schwäche demokratischer politischer Institutionen sichtbar gemacht: Ursprünglich in der vorindustriellen Zeit errichtet mit dem Ziel, politische Freiheiten zu sichern, zu erhalten oder zu schaffen, wurden die politischen Institutionen der westlichen Gesellschaften unter dem Druck der Industrialisierung und der gesellschaftlichen Kräfte, die diese Industrialisierung vorantreiben oder erlitten, zur Erreichung sozialer oder ökonomischer Ziele eingesetzt und dadurch ihres ursprünglichen Zweckes beraubt.

In kaum einem anderen Lande der Erde muß dieser Vorgang der „Umfunktionierung“ politischer Institutionen so sehr als ein Bruch mit den Zielen des demokratisch-republikanischen Zivilregimes empfunden werden, wie in den USA. Während in Europa Revolutionen ebenso wie die wichtigsten politischen Massenbewegungen und Parteien primär vom Gedanken einer gerechteren Partizipation aller Mitglieder der Gesellschaft an der wirtschaftlichen Produktion und Verteilung bestimmt sind, ist die amerikanische Revolution und das Denken der amerikanischen Verfassungsväter weniger an der wirtschaftlichen Partizipation der Mitglieder der Gesellschaft als an der politischen Partizipation der Bürger orientiert⁷⁾.

Die Forderung nach direkter Mitwirkung der Bürger in ihren Angelegenheiten wird in den USA aber nicht als eine Forderung nach Teilnahme an einem zentral zusammengefaßten Entscheidungsprozeß erhoben. Es geht vielmehr um eine Dezentralisation der politischen Macht, um die Verteilung von Entscheidungskompetenzen möglichst nahe zu den lokalen, gemeindlichen Organisationen bürgerlicher Selbstregierung und notfalls um die Dezentralisation nicht mehr überschaubarer städtischer Regierungen.

⁷⁾ Dazu Hannah Arendt, *Über die Revolution*, München, o. J., S. 73 ff. und passim.

⁴⁾ Jürgen Gebhardt, *Politische Partizipation und Machtstruktur in den USA*, in: *Politische Studien*, 21. Jg., Nov./Dez. 1970, S. 656 ff.; siehe dazu auch die leider nur skizzenhafte Kritik von W.-D. Narr in: Narr/Naschold, *Theorie der Demokratie*, Stuttgart 1970, S. 28 ff. und S. 44 ff.

⁵⁾ Ebenda, S. 658.

⁶⁾ Besonders deutlich wird dies bei der Arbeit von Dahl/Lindblom, *Politics, Economics and Welfare*, New York 1953.

II. Lokale Selbstregierung in den USA

Die Opposition gegen zentralisierte Macht und die Forderung nach unzentralisierter Selbstregierung der Bürger in kleinen Republiken hat in den USA für weite Bereiche des Landes keinen utopischen Charakter.

In keinem Lande dieser Erde sind die Rechte, Kompetenzen und Möglichkeiten der kommunalen Selbstregierung so ausgebaut wie in den Vereinigten Staaten von Amerika⁸⁾. In keinem Lande aber spielt vor allem die lokale Selbstregierung in der Praxis und im politischen Denken der Bürger eine so wesentliche Rolle wie in Nordamerika. In den gesamten USA gibt es 508 720 Ämter in der lokalen Selbstregierung, die durch Wahl besetzt werden. Die Amtsinhaber werden in 81 248 lokalen Selbstregierungseinheiten von den Bürgern gewählt⁹⁾. Der so gegebene hohe Grad aktiver Partizipation der Bürger am politischen Geschehen in ihrer Stadt oder Gemeinde¹⁰⁾ ist eines der wesentlichen Kennzeichen der amerikanischen Demokratie, welches in Deutschland meist nicht die gebührende Beachtung findet^{10a)}.

Die gemeindliche Selbstregierung in den USA ist Basis und Erbe der amerikanischen Revolution, die in die Verfassung von 1787 einmündete. Das „abschließende“ Ergebnis der amerikanischen Revolution, die Verfassung, regelt die Zuordnung der einzelnen Bundes- und Staatsinstitutionen zueinander; von der lokalen Selbstregierung und aktiven Mitwirkung der Bürger am Leben der Stadt ist in der Verfassung nicht die Rede — eine Folge der Tatsache, daß die lokale Selbstregierung für die

USA eine vorkonstitutionelle Selbstverständlichkeit war¹¹⁾, sozusagen der Ausgangspunkt und Träger der amerikanischen Revolution von 1763 bis 1789, der keiner verfassungsmäßigen Sicherung bedurfte, da er als die tragende Grundlage und Basis der Verfassung verstanden wurde.

Die Institutionen der Bundesverfassung wurden von den Gründungsvätern der USA nicht als Institutionen zur Organisation der Demokratie verstanden und eingerichtet, sondern als Instrumente der Sicherung der vorkonstitutionellen republikanischen Ordnung, die in den Gemeinden, Städten und Counties entstanden war¹²⁾. Das Hauptziel der Verfassungseinrichtungen der USA war nach den Intentionen der Gründer eine föderative Ordnung, die nur Angelegenheiten von gemeinsamem Interesse regeln sollte. Auswärtige Beziehungen der USA, Regelung von Konflikten zwischen einzelnen Bundesstaaten, Garantie des freien Handels in der Union und mit anderen Staaten, Geldwesen und notwendigerweise bundeseinheitliche Einrichtungen werden vom Bunde und seinen Institutionen geregelt. Die Vielzahl politischer Entscheidungsrechte sollte dezentralisiert in den Staaten, Landkreisen und vor allem in den Gemeinden verbleiben. Selbstregierung und Demokratie waren weniger als Ziele der Bundesverfassung konzipiert; der Bundesverfassung war vielmehr die Aufgabe zugeordnet, die dezentralisierte Selbstregierung der amerikanischen Bürger nach außen und innen zu schützen.

Unter dem Druck der Industrialisierung und der damit verbundenen Ausrichtung der gesellschaftlichen und politischen Ordnung an den Notwendigkeiten der Ökonomie erlebte die politische Ordnung der USA auf der Ebene der Gemeinde und der Stadt überall dort schwere Erschütterungen, wo sich Industrie und damit Bevölkerung in einer Weise zusammenballten, die die traditionellen Einheiten des self-government fragwürdig werden ließ.

Nach dem Abschluß des amerikanischen Bürgerkrieges erlebten die Neuenglandstädte im

⁸⁾ Zum Gewicht und zu den Kompetenzen der lokalen Selbstregierung in den USA siehe: Jewell C. Philipps, *Municipal Government and Administration in America*, New York 1960; Edward C. Banfield, *Urban Government*, Glencoe 1961; George S. Blair, *American Local Government*, New York 1964; Carl A. McCandless, *Urban Government and Politics*, New York 1970.

⁹⁾ Siehe: US Department of Commerce, Bureau of the Census, 1967, *Census of Governments*, Vol. VI, No. 1, *Popularly Elected Officials of State and Local Governments*, Washington DC 1968, S. 7, Table 1.

¹⁰⁾ Geht man von der Minimalforderung aus, daß jeder Bürger mindestens einen Inhaber eines öffentlichen Amtes persönlich kennen muß, so kann man feststellen, daß dies für weite Gebiete der USA zutrifft. (Siehe Daniel J. Elazar, *Community Self-Government and the Crisis of American Politics*, in: *Ethics*, Vol. 81, No. 2, Chicago 1971, S. 91 ff.)

^{10a)} Ernst Fraenkel (*Das amerikanische Regierungssystem*, Köln 1960), der das immer noch brauchbarste und verbreitetste deutsche Lehrbuch über den Prozeß der amerikanischen Politik geschrieben hat, würdigt die amerikanische lokale Selbstverwaltung nicht eines einzigen Kapitels.

¹¹⁾ Dazu: A. de Tocqueville, a. a. O., 1. Buch, 1. Teil, IV. Kap. Zum Self-Government im vorrevolutionären Amerika siehe: Charles McLean Andrews, *Colonial Self-Government*, New York 1904 (mit einer ausführlichen Bibliographie), und Herbert L. Osgod, *The American Colonies in the Seventeenth Century*, Vol. I und II, New York 1904; ders., *American Colonies in the Eighteenth Century*, Vol. I und II, New York 1924. Zum Gesamtproblem siehe auch: H. Arendt, a. a. O., S. 216 ff., S. 227 ff. und S. 302 ff.

¹²⁾ Vgl. George S. Blair, a. a. O., S. 3 ff. und S. 18 ff.

Osten der USA zudem im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts einen Zustrom von Einwanderern aus europäischen Ländern, der die Städte förmlich überflutete. Allein in New York waren im Jahre 1870 44 % der Bevölkerung nicht in den USA geboren¹³⁾. Diese Einwanderer, die ihre Lebenschancen in den USA nicht — wie frühere Immigranten — wegen der politischen Freiheiten, sondern wegen wirtschaftlicher Aussichten suchten, stießen auf eine bis in die politischen Führungsgruppen zutiefst demoralisierte amerikanische Gesellschaft, die die Folgen des Bürgerkrieges noch nicht überwunden hatte. Die traditionelle „civic responsibility“ des amerikanischen Bürgers wurde mehr und mehr durch ein reines Erwerbsstreben ersetzt, das auch in der Politik nicht mehr sah als ein Instrument zur Befriedigung privater Profitinteressen¹⁴⁾. Einwanderer wurden durch „party-machines“ als Wähler für eine Politik organisiert, die sie nicht im geringsten zu kontrollieren gedachten; Stadtgebiete wurden unter dem Gesichtspunkt ökonomischer Einheit und politischer Kontrollierbarkeit durch die Parteiorganisationen mit dem Umland zu größeren Einheiten zusammengefügt. Auf der Strecke blieben bei dieser Entwicklung die Möglichkeiten der Bürger, ihre lokalen Angelegenheiten in überschaubaren Einheiten der Selbstregierung selbst zu regeln. Vor allem im Osten der USA entstanden die großen urbanen Zentren, deren Wählerschaft von Parteibürokratien kontrolliert wurde.

In jener Zeit der Transformation der traditionellen ‚New England-townships‘ in die großen urbanen Agglomerationen wurde auch jenes Konzept der Verwaltung der Städte entwickelt, das bis auf den heutigen Tag praktiziert wird. Die Macht der Gemeinderäte wurde radikal beschnitten zugunsten der Entscheidungsrechte des Bürgermeisters, der die wachsen-

den ökonomischen und sozialen Aufgaben mit Hilfe einer ausgedehnten Bürokratie zu bewältigen hatte. „Der Gedanke breitete sich aus, daß städtische Verwaltung mehr eine Angelegenheit der Unternehmensleitung als eine Angelegenheit der Selbstregierung sei. Ein mächtiges, aber wenig effektives Gemeindeparlament war schlicht eine wirtschaftlich schlechte Unternehmensleitung.“¹⁵⁾

So ist heute festzustellen, daß trotz der eindrucksvollen Vielzahl von Ämtern der lokalen Selbstregierung ungefähr 40 % der Bevölkerung in den Großstädten der USA konzentriert sind, die von den rund 81 000 kommunalen Selbstregierungseinheiten nicht einmal 1000 umfassen¹⁶⁾. In diesen Gebieten kann in der Tat von der Möglichkeit aktiver Partizipation für den einzelnen Bürger nicht oder kaum mehr die Rede sein¹⁷⁾.

Den Bürgern in den Agglomerationsgebieten stehen aber nur 26,3 % der Selbstverwaltungsinstitutionen der gesamten USA zur Verfügung¹⁸⁾. Der Unterschied der Partizipationschancen wird noch deutlicher, wenn man die erhalten gebliebenen alten Selbstregierungseinheiten besonders in Massachusetts berücksichtigt. Das SMSA-Gebiet Boston (Massachusetts) hat 2 595 481 Einwohner; dies ist ein urbanes Siedlungsgebiet. Die Selbstregierung ist dort nicht zentralisiert. Außer Boston-City (697 197 Einwohner) und Cambridge-City (107 716 Einwohner) hat keine Selbstregierungseinheit über 100 000 Einwohner. Das gesamte Gebiet ist in 78 townships aufgeteilt. Dagegen wohnen im urbanen Siedlungsgebiet von Philadelphia, das in acht Städte aufgeteilt ist, 4 342 897 Einwohner¹⁹⁾. Die Großstädte sind aber zweifellos die politisch entscheidenden Zentren des politischen Lebens der USA, und genau dort ist die Selbstregierung der Bürger praktisch nicht existent.

III. Exkurs: Die Republik von Thomas Jefferson

Diese Zerstörung der Möglichkeit der traditionellen Selbstregierung der amerikanischen Bürger in kleinen politischen Einheiten und ihr Ersatz durch Großveranstaltungen mit dem Ziel der Effizienz, das das Ziel der aktiven Teilnahme verdrängte, ist die Grundlage der

Argumentation einer Gruppe amerikanischer Bürger, die sich in der Vereinigung „Citizens for Local Democracy“ (CLD) zusammenge-

¹³⁾ Clifford W. Patton, *The Battle for Municipal Reform*, College Park, Maryland 1940, Reprinted New York 1969, S. 12 f.

¹⁴⁾ Ebenda, S. 13.

¹⁵⁾ Ebenda, S. 63.

¹⁶⁾ Siehe Committee for Economic Development (ed.), *Modernizing Local Government*, New York 1966, S. 11.

¹⁷⁾ Von den 179 Millionen Einwohnern, die 1960 in den USA lebten, wohnten 62,9 % in den sogenannten urbanen Konzentrationsgebieten (SMSA); siehe US Department of Commerce, Business and Defense Services Administration, *Changing Metropolitan Markets 1950—1960*, Washington DC 1961, S. 7.

¹⁸⁾ US Department of Commerce/Bureau of the Census, a. a. O., S. 7.

¹⁹⁾ Siehe Executive Office of the President, Bureau of the Budget 1967, *Standard Metropolitan Statistical Areas*, Washington DC 1967, S. 7 ff. und S. 31.

geschlossen haben. CLD ist eine Gruppe, die dem nicht-marxistischen radikalen Flügel der ‚Neuen Linken‘ in den USA zuzurechnen ist.

In ungefähr 30 Großstädten der USA bestehen lokale Gruppen, wobei der Hauptteil der Mitglieder im Osten der USA zu finden ist. Ungefähr 4000 amerikanische Bürger beziehen die Zeitschrift der Gruppe ‚The Public Life‘.

Die Mitgliedschaft konzentriert sich besonders im Staate New York, wo auch die Zentrale der Organisation in der 5th Avenue in New York City residiert.

Hauptsächlich rekrutieren sich die Mitglieder von CLD aus Bürgern der unteren Mittelklasse, Studenten und einer Reihe von akademischen Lehrern in den Vereinigten Staaten. Im Advisory Committee der Vereinigung finden sich u. a. folgende führende Persönlichkeiten des intellektuellen Lebens der USA: Hannah Arendt, E. T. Carrington, Noam Chomsky, Donald Judd, Murray Kempton, Frances Lanza und Donald Weeden.

Politisch trat die Gruppe besonders im großen Schulstreik der Lehrgewerkschaft in New York hervor, wo sie sich mit aller Schärfe öffentlich gegen den Gewerkschaftsvorsitzenden erklärte. CLD wies nach, daß der Streik der Lehrgewerkschaft 1968 vom Gewerkschaftsvorsitzenden inszeniert wurde, um den Plan zur Dezentralisierung des Schulwesens in New York City zu bekämpfen, der den personalpolitischen Einfluß der Gewerkschaft radikal beschnitten hätte.

Dieser konkrete Kampf für Dezentralisierung, um Partizipation der Bürger möglich zu machen, führte innerhalb von CLD zum Entwurf eines theoretischen Konzeptes, von dem im folgenden die Rede ist.

Unser Interesse für CLD bezieht sich weniger auf die Organisation und den effektiven Einfluß der Gruppe, sondern vielmehr auf die politischen Gedanken, die Philosophie, die von dieser Gruppe entwickelt wird und die unübersehbar auf die Tradition der Gedanken von Thomas Jefferson rekurriert. In allen ihren Veröffentlichungen beruft sich die Gruppe auf ihn als die letzte Instanz des amerikanischen radikalen Republikanismus.

Hannah Arendt weist in ihrem Buch „Über die Revolution“ darauf hin, daß wohl keiner der amerikanischen founding fathers so sehr von den Erfahrungen der Revolution geprägt war wie Thomas Jefferson, der — daran kann kein Zweifel bestehen — seine Vorstellungen über die politische Ordnung der menschlichen Angelegenheiten in starkem Maße an diesen Erfahrungen entwickelt hat.

Die Freiheit des Bürgers zum Handeln war für den Politiker aus Virginia die Grundfreiheit, auf die die Verfassung organisiert werden mußte. Die Revolution und die Erstellung einer Verfassung als der aktive Vollzug politischer Freiheit waren für Jefferson die Praxis eben dieser Freiheit. In einem Brief an William Smith spricht er unmißverständlich die Hoffnung aus, Gott möge verhüten, daß die Vereinigten Staaten jemals 20 Jahre ohne eine Rebellion der Bürger erleben würden²⁰⁾. Er fährt fort: „... welches Land kann seine Freiheiten erhalten, wenn die Regierenden nicht von Zeit zu Zeit gewarnt werden und erfahren, daß das Volk den Geist des Widerstandes erhalten hat? ... Was bedeuten schon ein paar Tote in ein oder zwei Jahrhunderten? Der Baum der Freiheit muß von Zeit zu Zeit mit dem Blut von Patrioten und Tyrannen aufgefrischt werden ...“²¹⁾

Die Erhaltung der Freiheit war für Jefferson eine Frage ihrer Praxis, eine Frage der Erfahrung, die jede Generation von neuem machen mußte. Folgerichtig warnt Jefferson vor jeder Überhöhung von Verfassungstexten, die die niedergeschriebene Verfassung zu einem sacrosankten Text machen könnte. „Manche betrachten Verfassungen mit einer geradezu demütigen Haltung und halten sie für zu heilig, um sie anzurühren. Sie billigen den Männern der Vergangenheit eine übermenschliche Weisheit zu und unterstellen, daß es keine Verbesserungsmöglichkeiten gebe. Ich kenne diese Vergangenheit nur zu gut, ich gehöre ihr zu und habe in ihr gewirkt ... sie war nicht anders als die Gegenwart, nur ohne unsere heutigen Erfahrungen.“²²⁾

Jede Generation, so erklärt er, sollte deshalb das Recht einer Generalrevision der Verfassung haben, d. h., es sollte in der Verfassung sichergestellt werden, daß alle 19 bis 20 Jahre eine derartige Revision stattfindet²³⁾. Die Schaffung einer revidierten neuen Verfassung sollte nicht allein das Ergebnis einer Versammlung gewählter Volksvertreter sein. Vielmehr gingen Jeffersons Vorstellungen dahin, daß vor dieser Versammlung das gesamte Volk in Räten — er nannte sie ‚Wards‘ — über die Verfassung beraten und beschließen sollte²⁴⁾.

²⁰⁾ The Writings of Thomas Jefferson (ed. Lipscomb), Washington DC 1903 — Memorial Edition (ME), Vol. VI, Brief an William Smith vom 13. 11. 1787, S. 372 ff.

²¹⁾ Ebenda, S. 373.

²²⁾ Brief an Samuel Kercheval vom 12. 7. 1816, ME, Vol. XV, S. 40.

²³⁾ Ebenda, S. 42; den gleichen Gedanken äußert er in einem Brief an Major John Cartwright vom 5. 6. 1824; ME, Vol. XVI, S. 48.

²⁴⁾ Ebenda, Vol. XV, Brief an Smith, S. 43.

Hannah Arendt zeigt in ihrer genannten Untersuchung, welche starke Bedeutung Thomas Jefferson den ‚Wards‘ beimaß²⁵⁾. In einem Brief an John Adams weist Jefferson darauf hin, daß seine Vorstellung von den ‚Wards‘ als Instrumente der Handlungsfähigkeit der Bürger von den Erfahrungen der ‚townships‘ in den Neuenlandstaaten in der Revolutionszeit beeinflusst sind²⁶⁾. Und wenige Jahre später beschreibt er in einem Brief an Joseph C. Cabell diese Erfahrung der Aktionseinheit der ‚townships‘ in der Revolution gegen England: „Es gab keinen Bürger in ihren (Neuengland-) Staaten, dessen Körper nicht von der Bewegung zur Aktion mitgerissen worden wäre.“²⁷⁾

Diese Räte (‚Wards‘) waren nach Jeffersons Vorstellungen die Grundeinheiten der Republik. Jeder sollte als kleine Republik organisiert und von so geringer Bevölkerungszahl sein, „daß jeder Bürger, wenn nötig, persönlich mitwirken kann“²⁸⁾. Alle Angelegenheiten, die im Rat geregelt werden können, sollten auch dort geregelt werden. Denn nur so werde jeder Bürger ein handelndes Mitglied der Regierung des Volkes²⁹⁾.

Jefferson wird nicht müde, die Aufteilung des gesamten Landes, vor allem in seinem Staat Virginia, in ‚Wards‘ zu fordern und dies neben der Frage der allgemeinen Erziehung zum wichtigsten Ziel der Republik zu erklären³⁰⁾.

Zwei Gesetzentwürfe, die er in der Volksvertretung Virginias einbrachte, sahen die Aufteilung des Landes in ‚Wards‘ vor³¹⁾. Aber beide Gesetzentwürfe wurden gerade in diesem Punkte geändert bzw. nicht verabschiedet. Jefferson erkannte richtig, daß die amtierenden politischen Führer, die meist die Großgrundbesitzer in den Landkreisen waren, sahen, daß sie in den ‚Wards‘ von den weniger

wohlhabenden Bürgern überstimmt werden würden³²⁾.

Die möglichst breite Mitwirkung aller Bürger an der Selbstregierung aber war für ihn die einzige Garantie gegen Korruption und Degeneration des Geistes der Freiheit: „Jede Regierung verkommt, wenn sie den Regierenden allein anvertraut wird. Die Bürger selbst sind deshalb die einzige Sicherung . . . Wenn jeder einzelne, was die Masse des Volkes ausmacht an der letzten Entscheidungsgewalt partizipiert, wird die Regierung gut sein . . .“³³⁾

Gemeinsames Handeln der Bürger — nicht nur passive Zustimmung — ist der Grundgedanke der wahren partizipatorischen Demokratie, welche für Jefferson allein den Geist der Freiheit sichert. „Ein allgemeines Zusammenrufen von Wardversammlungen im ganzen Staat würde jederzeit . . . den Staat in die Lage versetzen, als Masse zu handeln . . .“³⁴⁾ Denn für Jefferson sind alle Einrichtungen der Republik auf Staats- oder Bundesebene keine übergeordneten Instanzen, sondern Koordinationsinstrumente eines zusammengehörigen Ganzen, das sich aus den kleinen Republikern der ‚townships‘ und ‚Wards‘ zusammensetzt³⁵⁾.

Nur mit den ‚Wards‘ als kleinen Einheiten der Selbstregierung entwickelten nach Jefferson die Amerikaner während der Revolutionszeit die Möglichkeit, im ganzen Lande schnell und erfolgreich zu handeln und gleichzeitig alle Bürger direkt an diesen Handlungen zu beteiligen. Diese Möglichkeit der aktiven Teilnahme an den politischen Angelegenheiten ist aber für Jefferson die unabdingbare Voraussetzung, die allein die Bezeichnung einer politischen Ordnung als Republik rechtfertigt³⁶⁾.

Die Erfüllung von Jeffersons Forderung nach einer Aufteilung der politischen Macht in kleine Einheiten der Selbstregierung stellt für die „Citizens for Local Democracy“ (CLD) die einzige Möglichkeit dar, die Teilnahme der Bürger an den öffentlichen Angelegenheiten zu sichern. Die so verstandene aktive Partizipation erweist sich als kritischer Maßstab gegenüber den Erscheinungen der Bürokratisierung der Politik und der Unterwerfung der gesamten Gesellschaft unter die Interessen des politischen, militärischen und ökonomischen Planungsmanagements in den USA.

²⁵⁾ *Autobiography*, ME, Vol. I, S. 72; zur politischen Vormachtstellung der Großgrundbesitzer in Virginia siehe A. de Tocqueville, *De la Démocratie en Amérique*, 1. Buch, 1. Teil, III. Kap.

²⁶⁾ *Notes on Virginia*, ME, Vol. II, S. 207.

²⁷⁾ Brief an John Adams, ME, Vol. XIII, S. 400.

²⁸⁾ Brief an Major John Cartwright vom 5. 6. 1824, ME, Vol. XVI, S. 47.

²⁹⁾ Siehe dazu: Adrienne Koch, *The Philosophy of Thomas Jefferson*, Gloucester, Mass. 1957, S. 162 ff., weiteres Material dortselbst.

²⁵⁾ Hannah Arendt, a. a. O., S. 321 ff.

²⁶⁾ Brief an John Adams vom 28. 10. 1813, ME, Vol. XIII, S. 399 f.

²⁷⁾ Vom 2. 2. 1816, ME, Vol. XIV, S. 422.

²⁸⁾ Brief an Kercheval vom 12. 7. 1816, ME, Vol. XV, S. 37.

²⁹⁾ Ebenda, S. 38.

³⁰⁾ Brief an J. C. Cabell vom 31. 1. 1814, ME, Vol. XIV, S. 84; Brief an S. Kercheval vom 12. 7. 1817, ME, Vol. XV, S. 37 f.; Brief an John Taylor vom 16. 7. 1816, ME, Vol. XV, S. 44; Brief an S. Kercheval vom 5. 9. 1816, ME, Vol. XV, S. 70 f.; Brief an J. C. Cabell vom 28. 11. 1820, ME, Vol. XV, S. 291 und 293; Brief an Major John Cartwright vom 5. 6. 1824, ME, Vol. XVI, S. 46; weitere Äußerungen siehe bei Hannah Arendt, a. a. O., S. 320 ff.

³¹⁾ Siehe Brief an John Adams vom 28. 10. 1813, ME, Vol. XIII, S. 399 ff., und Francis W. Hirst, *Life and Letters of Thomas Jefferson*, New York 1926, S. 134; die beiden Gesetzentwürfe siehe ME, XV, S. 44 ff. (1779), und ME, XVII, S. 418 ff. (1817).

IV. Die gemäßigte Neue Linke; Citizens for Lokal Democracy

„...selbst in Amerika, wo ja die Revolution ihr unmittelbares Ziel, die Gründung eines neuen politischen Gemeinwesens erreichte, ist es nicht gelungen, diese gleichsam zweite Aufgabe der Revolution zu erfüllen und den Geist und die Prinzipien des Gründungsaktes in dauernden Institutionen festzuhalten“³⁷⁾.

Vom Ziel der Möglichkeit aktiver Partizipation ausgehend formuliert CLD in der Zeitschrift „The Public Life“ und in einer Reihe von Flugschriften eine radikale Kritik am Zustand und an der politischen Ordnung der amerikanischen Union, die in vielen Bereichen die gleichen Phänomene attackiert, wie die in der gesamten westlichen Zivilisation mit der Renaissance des Marxismus bekannt gewordene marxistische und neo-marxistische Kritik oder die Kritik der „Frankfurter Schule“. Die Orientierung des gesamten gesellschaftlichen und politischen Lebens an den Zielen der Wirtschaftlichkeit, der Reibungslosigkeit, der Anpassung und Funktionalisierung kann aber nach CLD nicht, wie dies die neo-marxistische Schule meint, durch eine Änderung der Eigentumsverhältnisse geändert werden. CLD kämpft vielmehr primär um eine Änderung der politischen Strukturen, d. h. um eine Rückkehr zu den republikanischen Prinzipien des self-government der amerikanischen Revolution. In der Terminologie der Neomarxisten: Die „Überwindung der Entfremdung“ soll nicht durch revolutionäre Veränderung der ökonomischen Basis, sondern durch eine Veränderung des Überbaus, d. h. der politischen Strukturen erreicht werden³⁸⁾.

So steht am Beginn der Bewegung ein Pamphlet der damals noch in der „Federation for Participatory Democracy“ organisierten künftigen Mitglieder von CLD, das sich von der radikalen Linken absetzt: „Wir schlagen vor, die Linke in zwei getrennte Gruppen zu unterscheiden: die radikale Linke und die gemäßigte Linke („immediate left“ — „mediate left“). Die radikalen Linken sind jene, die an die direkte Radikalisierung glauben, während die gemäßigten Linken jene sind, die glauben, daß bestimmte Bedingungen erfüllt sein müssen, bevor das Volk sich seiner Situation bewußt wird...“

Die gemäßigte Linke warnt davor, die Menschen durch unvermittelte Radikalisierung von der Reflexion abzuhalten und sie so ihren privaten Phantasien zu überlassen. „Wir glauben, die Menschen müssen entemotionalisiert („de-yahooed“) werden, bevor sie sich ihrer Situation bewußt werden können...“

Es folgt sodann eine Gegenüberstellung der zentralen Begriffe der radikalen und der gemäßigten Linken:

„Radikale Linke	Gemäßigte Linke
Ökonomie	Politik
demokratischer Zentralismus	föderierte autonome Einheiten
Staatsbürokratie	partizipatorische Demokratie
Radikalisierung des Volkes	Entemotionalisierung des Volkes
direkte Aktion	Schaffung von freien Handlungsräumen
Kampf gegen die Polizei	Sicherung der Kontrolle der Gemeinschaft über die Polizei
Ablehnung von Wahlen	Wahlen, um Kontrolle über den eigenen politischen Bereich zu gewinnen
die Universität als revolutionäre Kraft	die freie und autonome Universität
die Arbeiter in Gewerkschaften organisieren	die Arbeiter als Bürger sehen
die Massenmedien benützen	die Massenmedien überflüssig machen durch die Schaffung von Räumen freier Debatte und Aktion
Zentralisierung zum Zwecke der Effizienz	Ablehnung der Zentralisation
...	...“ ³⁹⁾

Die in dem „Newsletter“ angeführten zentralen Begriffe der gemäßigten Linken, die sich als radikale Verfechter der Tradition der amerikanischen Revolution verstehen, werden uns im folgenden als Schlüsselbegriffe, an denen sich das politische Denken von CLD orientiert, immer wieder begegnen.

Im Rahmen dieser Untersuchung treten einige Probleme auf, auf die hinzuweisen mir notwendig erscheint:

1. Sämtliche zitierte Literatur, soweit sie amerikanische Quellen referiert, wurde von mir ins Deutsche übertragen. Die unterschiedliche politische Kultur der amerikanischen Union

³⁷⁾ Hannah Arendt, a. a. O.

³⁸⁾ The Public Life, New York, Vol. III (1971), No. 1, S. 7.

³⁹⁾ The Newsletter of the Federation for Participatory Democracy, Vol. I, No. 3, S. 3.

bereitete hier beträchtliche Übersetzungsschwierigkeiten. So steht z. B. in der deutschen Tradition für „local self-government“ der Begriff der „gemeindlichen Selbstverwaltung“. Aus Gründen, die unten dargestellt werden, scheint mir der Begriff der Selbstverwaltung das amerikanische „self-government“ nicht richtig zu übersetzen. Ich habe es deshalb vorgezogen, von „Selbstregierung“ zu sprechen. Ebenso schwer übersetzbar ist der Begriff der „community control“, den ich meist mit beschreibenden Nebensätzen darzustellen vorgezogen habe — ein Verfahren, das sich noch für einige weitere Begriffe als notwendig erwies. In einigen Fällen war es notwendig, den amerikanischen Ausdruck unübersetzt zu übernehmen.

2. Es sei mir außerdem gestattet, auf die unterschiedlichen gesellschaftlichen Organisationsformen in den USA hinzuweisen, die bei der wörtlichen Übersetzung von Begriffen wie „Gewerkschaft“ oder „Parteimaschine“ nur für

V. Die Zerstörung der Republik

In der ersten Ausgabe der alle zwei Wochen erscheinenden Zeitschrift „The Public Life“ vom 21. 10. 1968, dem Organ der Vereinigung „Citizens for Local Democracy“, machen die Herausgeber W. Karp und H. Shapiro ihre grundlegende Konzeption in einer Stellungnahme der Herausgeber bekannt. Diese Stellungnahme ist gekennzeichnet von einer radikalen Kritik an den Mißständen der amerikanischen Demokratie und von dem ebenso radikalen Konzept der Restauration der politischen Ordnung der amerikanischen Revolution: „Wir müssen es schaffen, Jeffersons Demokratie unter den Bedingungen einer reichen, technologisch fortgeschrittenen Gesellschaft einzurichten. Und dies ist genau möglich, weil wir reich sind. Es ist genau deshalb so nötig, weil wir nur reich sind; denn eines ist sicher: Wir können nicht ewig so weitermachen, als bloße Verbraucher von Handelswaren.“⁴⁰⁾

In diesen wenigen Sätzen sind die Kritik, das Konzept politischer Ordnung und der Optimismus der Bürger von CLD ausgesprochen, die sich wie ein roter Faden durch sämtliche Veröffentlichungen der Gruppe ziehen. Die Kritik am Abfall vom Prinzip der republikanischen Partizipation wird gleich noch einmal präzisiert. Die Institutionen der Republik, so heißt es, sind nicht für die Freiheit der Indu-

den mit der amerikanischen Politik und ihrer Sprache einigermaßen vertrauten Leser die Tatbestände transparent machen. Eine Übertragung auf deutsche Verhältnisse erscheint mir nicht ohne weiteres zulässig.

3. Soweit über CLD berichtet wird, habe ich mich bemüht, nur veröffentlichtes Material heranzuziehen. Es handelt sich vor allem um Flugschriften und Broschüren der Gruppe sowie um Aufsätze aus der Zeitschrift „The Public Life“ (New York 1968 ff.). Ich habe eine Reihe von Gesprächen mit führenden Mitgliedern von CLD geführt, die ich um der Nachprüfbarkeit meiner Aussagen willen nicht zur Basis meiner Äußerungen gemacht habe. Es ist aber nicht zu leugnen, daß vor allem die Gespräche mit Herrn Harvey Shapiro von CLD meine Analyse beeinflusst haben. Ich konnte auf direkte Bezüge auf diese Gespräche trotzdem verzichten, weil die Grundgedanken von CLD in den Veröffentlichungen hinreichend dargestellt sind.

strie und der Unternehmer, sondern für die freie und aktive Teilnahme der Bürger geschaffen worden: „Unsere Konservativen haben vergessen, daß diese Republik nicht gegründet wurde, um die ungestörte (und von der Regierung gestützte) Macht der industriellen Unternehmungen zu garantieren und die Menschen ökonomischen Kräften auszuliefern.“⁴¹⁾

Die Kritik an der Gesellschaft von Produzenten und Verbrauchern kulminiert im Symbol

⁴¹⁾ Ebenda. Die Berufung auf die Gründungsväter der USA und auf die Ziele der amerikanischen Revolution ist ein ständig wiederholtes Motiv in der Argumentation von CLD (z. B. The Public Life, Vol. I, No. 7, S. 3; Vol. I, No. 9, S. 1; Vol. I, No. 14, S. 2; Vol. I, No. 16, S. 1 f.; Vol. I, No. 20, S. 1; Vol. II, No. 5—15, S. 2; besonders Vol. III, No. 1, S. 1—8; ebenso: CLD [ed.] How to make the United States a Democracy, New York, o. J., S. 3, S. 5 ff.), das sich mit der Berufung auf die Tradition der „Peoples Party“, der populistischen Bewegung vom Ende des 19. Jahrhunderts, verbindet. Diese populistische Bewegung, die sich in starkem Maße, aber nicht ausschließlich auf die Farmer der mittleren Staaten der USA stützte, war in der Tat in vielen Bereichen eine Rebellion gegen die Ökonomisierung der amerikanischen Politik, die nach den Worten der Populisten die Tradition der amerikanischen Revolution zu zerstören drohte. Zur populistischen Bewegung ist auch heute noch wenig Literatur erreichbar, in der die Ziele dieser bislang einzigen, wenigstens teil- und zeitweise erfolgreichen dritten Partei in den USA untersucht werden. Das Standardwerk über die Populisten ist noch

⁴⁰⁾ The Public Life, Vol. I, No. 1, S. 3.

der Massengesellschaft, das immer wieder herangezogen wird: „Wir bilden eine Massengesellschaft von bloßen Berufstätigen (jobholders), verurteilt zu privaten und sozialen Ängsten, während unsere öffentlichen Angelegenheiten in den Händen von wenigen sind ... Die kapitalistische Rechte versichert dem Berufstätigen, er sei in seiner Freizeit der ‚soveräne Konsument‘, dessen Wünsche für sie Befehl seien; wie z. B. der Wunsch, einen Wagen zu besitzen, der nach drei Jahren zusammenbricht. Die modernen marxistischen Sozialisten erzählen den Arbeitern, im Sozialismus wäre ihre Arbeit nicht mehr ‚entfremdet‘, was die Arbeit kein bißchen weniger häßlich machen wird, der Sozialismus wird auch ihr ‚sozialisiertes‘ Arbeiterleben nicht intensiver mit öffentlicher Freiheit und Verantwortlichkeit erfüllen. Die liberale Mitte verspricht Chancengleichheit unter einer Bundesverwaltung und impliziert damit, das wichtigste vorstellbare Ziel sei eine Gesellschaft, die die Chance, einen besseren Job zu bekommen, gleichmäßig verteilt ...“

Die ‚jobholder-society‘, die die Freiheit des Konsums und des Geldverdienens zur einzigen Freiheit macht, wird als eine Karikatur politischer Freiheit kritisiert: „In so einer Gesellschaft ist das Recht, unnötige Waren zu kaufen, für die meisten Menschen die einzige direkte Erfahrung von Freiheit.“⁴³⁾

Der Hintergrund dieser Kritik an einer Gesellschaft, die sich ausschließlich in ihrer ökonomischen Dimension verliert und deshalb von den Maximen der Wirtschaft beherrscht wird, ist eindeutig: „Die Menschen können nicht von einem ökonomischen System regiert werden, denn ökonomisches Interesse kann keine politische Gesellschaft zusammenfügen. Die Prin-

heute John D. Hicks, *The Populist Revolt*, Mineapolis 1931, Reprinted Lincoln (Nebr.) 1961. Es empfiehlt sich deshalb, die Populisten anhand der von ihnen selbst veröffentlichten Dokumente zu studieren, siehe z. B. G. B. Tindall (ed.), *A Populist Reader*, New York 1966, Bibliographie dortselbst. Norman Pollack (*The Populist Response to Industrial America*, Cambridge, Massachusetts 1962) versucht auf recht gewaltsame Weise, diese spezifisch amerikanisch-radikale Bewegung in die europäisch-sozialistische Tradition zu übernehmen (s. besonders ebenda, S. 68 ff.), zeigt aber deutlich auf, daß die Populisten entgegen der in der Schulbuchliteratur verbreiteten These keine gegen die Industrialisierung überhaupt opponierende Farmerpartei waren (ebenda, S. 15 f., S. 31 f. und S. 43 ff.). Er beschreibt auch die populistische Trennung zwischen ökonomischen Eigentumsrechten, die von den politischen Institutionen kontrolliert werden sollten, und den politischen Rechten der Bürger (ebenda, S. 14 ff.).

⁴³⁾ *The Public Life*, Vol. I, No. 2, S. 3, siehe ebenso Vol. I, No. 7, S. 1.

zipien der Wirtschaft sind nicht Recht und Kontrolle, sondern Akkumulation.“⁴³⁾

Dies haben die meisten Amerikaner nicht verstanden. „Die Unterscheidung zwischen *Demokratie* als einer politischen Ordnung und *Kapitalismus* als einer Wirtschaftsordnung scheinen die meisten Amerikaner vergessen zu haben.“⁴⁴⁾

Hinter dieser Kritik steht die Ablehnung nicht nur der Ideologie des modernen Kapitalismus, sondern ebenso die radikale Ablehnung marxistischen Denkens. Beide Ideologien basieren auf der Überbetonung der Wirtschaft, auf der „ökonomischen Ideologie: dem Glauben, daß Freiheit und Gleichheit sich direkt aus dieser oder jener ökonomischen Ordnung entwickeln ... (diese Ideologien) sind der Illusion verfallen, daß Freiheit und Gleichheit außerhalb der republikanischen Ordnung existieren können ...“⁴⁵⁾.

Die republikanische Ordnung, die Verfassung der Freiheit, die allein den Bürgern die Möglichkeit gibt, selber zu handeln und ihre eigenen Angelegenheiten zu regeln, ist die zentrale Alternative zum Konzept aller an der Ökonomie orientierten Träume. „Auch wenn es schwer ist, sich in dieser Zeit derartiges vorzustellen, die Alternative zur ‚jobholder-society‘ existiert. Die Alternative war von Anfang an in der Struktur dieser Republik angelegt. Sie geht davon aus, daß Menschen von Natur politische Wesen sind — nicht Arbeiter, nicht Berufstätige, nicht Verbraucher und nicht ängstliche und fleißige Tiere, wie Tocqueville einmal den Zustand auf die Arbeit reduzierter Menschen beschreibt. In einer Republik sind die Menschen vor allem Bürger ... der Bürger ist ein politischer Mensch, er praktiziert zu Recht die Möglichkeit, öffentlich bei der Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten zu reden und zu handeln. Nur für Angelegenheiten, die die Bürger auf lokaler Ebene nicht regeln können, geben die Bürger ihr Recht der Selbstregierung an die höhere Ebene ab.“⁴⁶⁾

Bei dieser Konzeption des self-government handelt es sich um etwas völlig anderes als um die kontinentaleuropäische gemeindliche Selbstverwaltung. Es handelt sich im echten Sinne des Wortes um eine Form aktiver und direkter Selbstregierung von Bürgern in kleinen, überschaubaren Bereichen, die zum Zwecke gemeinsamen Handelns öffentlich beraten und so in völlig dezentralisierter Form

⁴³⁾ Vol. I, No. 13, S. 3.

⁴⁴⁾ Vol. I, No. 5, S. 1.

⁴⁵⁾ Vol. I, No. 20, S. 2.

⁴⁶⁾ Vol. I, No. 2, S. 3.

ihre Macht ausüben. Die kleine Gemeinde gibt beispielsweise nicht alle Aufgaben ab, die höhere Instanzen mit einem höheren Grad von Effizienz lösen können. Die Republik (und auch jede dieser kleinen Einheiten der Selbstregierung ist eine Republik) „wurde nicht mit dem Ziel der ‚Effizienz‘ gegründet. Wenn es um Effizienz gegangen wäre, hätten wir eine Monarchie gegründet. Die Republik wurde vielmehr gegründet, um das freie Leben der Bürger möglich zu machen — *um seiner selbst willen*. Wenn wir darin effizient sind, wäre dies genug.“⁴⁷⁾

Die Republik, die ein letztes Ziel der politischen Ordnung ist, wird so zum Maßstab, an dem wirtschaftliche, soziale und politische Institutionen gemessen werden — immer unter der zentralen Fragestellung, inwieweit sie der Republik dienen. Eine Reihe gesellschaftlicher Organisationen ist folglich Objekt härtester Kritik, denn „es sind nicht die privaten Interessen, die die Menschen trennen, sondern deren Organisationen“⁴⁸⁾. Der Hauptvorwurf, der beispielsweise den amerikanischen Gewerkschaften gemacht wird, ist, daß sie ihre Mitglieder nicht als Bürger, sondern als Arbeitnehmer sehen und sie auch entsprechend dieser Sicht vertreten und behandeln⁴⁹⁾. Das gesamte Erziehungssystem in den USA wird kritisiert, weil es die Heranwachsenden nicht auf ihre Tätigkeit als aktive Bürger der Republik vorbereite, sondern auf ihre Funktion als Berufstätige in der Wirtschaft⁵⁰⁾. Auch die Geschichte der Vereinigten Staaten von Amerika ist Objekt einer Neu-Interpretation, die das Entstehen von Parteiapparaten, Trusts, Monopolen, Gewerkschaften, Rüstungswirtschaft, Urbanisierung usw. unter dem Gesichtspunkt der Zerstörung der Einheiten lokaler Selbstregierung untersucht und als schrittweisen Abfall vom revolutionären Gründungsgedanken darstellt.

Es ist in der Tat nicht zu bestreiten, daß eine Demokratie, die den Bürgern kein anderes Recht läßt, als in regelmäßig wiederkehrenden Abständen die weit entfernte — und wegen der großen Zahl der Bürger deren Einfluß entzogene — Regierung zu wählen, ihren Namen nicht verdient. Wenn man nicht bereit ist, einen fiktiven „Volkswillen“ oder gar einen ebenso fiktiven „Fortschritt der Menschheit“ als gegeben und aus unerklärlichen Gründen von der gewählten Regierung exekutiert anzunehmen, bleibt in einem großen Flä-

chenstaat von einer Selbstregierung der Bürger nicht mehr übrig als der Name Demokratie. In einem derartigen Regierungssystem können sich tatsächlich nur organisierte und verwaltete Interessen gegenüber den politischen Institutionen effektiv durchsetzen; von einer aktiven Partizipation *der Bürger* (und nicht der Mitglieder der Wirtschaftsgesellschaft am ökonomischen Verteilungsprozeß) kann nicht die Rede sein. Wenn es nicht um eine wie auch immer geartete Beeinflussung der Handlungen anderer, sondern um die aktive und direkte Macht der Bürger geht, ihre Angelegenheiten selbst zu regeln, kann nur eine radikale Dezentralisation Abhilfe schaffen. „In sich selbst regierenden Gemeinschaften können ... die Menschen trotz ihrer privaten Interessen zu gemeinsamem Handeln kommen. Je mehr Macht jede lokale Gemeinschaft hat, um so mehr Angelegenheiten von gemeinsamem Interesse werden von den Bürgern gemeinsam gelöst.“⁵¹⁾

Dies war das Gründungskonzept der amerikanischen Revolution, auf das man sich wieder besinnen müsse. „Jede dieser Einheiten der lokalen Selbstregierung, erklärte Jefferson, ‚wäre eine Republik in sich und jedermann im Staate würde so ein aktives Mitglied der gemeinsamen Regierung werden‘ ... Diese kleinen Republiken sind die primären öffentlichen Arenen, jene öffentlichen Räume, in die der normale Bürger eintreten kann ... Ohne diese lokale politische Öffentlichkeit ist die Bezeichnung Bürger bedeutungslos, denn nur in ihren eigenen lokalen Gemeinschaften können sich die Bürger mit ihren Mitbürgern treffen und ihre öffentlichen Angelegenheiten dirigieren und kontrollieren.“⁵²⁾

Da die großen urbanen Konzentrationen an den Küsten der Vereinigten Staaten und in den Großstädten im Inneren des Landes zu politischen Einheiten zusammengefügt wurden, ist dort die Möglichkeit der aktiven Selbstregierung zerstört⁵³⁾. Die Größe dieser Einheiten macht direkte und aktive Partizipation der Bürger unmöglich und schafft so die Basis für die Macht der amerikanischen Parteimachinen, die, nicht von den Bürgern kontrollierbar, ihrerseits die in einer Masse von Untertanen transformierten Wähler kontrolliert⁵⁴⁾. Dieses System sei gegen den Geist der Republik und wird als „Wahl-Despotismus“

47) Ebenda.

48) Vol. I, No. 6, S. 4.

49) Vol. I, No. 13, S. 1 ff.

50) Vol. III, No. 1, S. 9 ff., besonders S. 22 ff., S. 31 ff. und passim.

51) Vol. I, No. 20, S. 1.

52) Vol. I, No. 16, siehe auch No. 6, S. 2 und No. 20, S. 1.

53) The Public Life, Vol. II, No. 5—15, S. 2 f., S. 4 f., S. 7 ff.

54) Ebenda.

bezeichnet⁵⁵⁾, da es die Möglichkeit aktiven Handelns in den Einheiten der Selbstregierung unmöglich macht.

Die Möglichkeit zu einer aktiven Partizipation an der Regierung und das Bewußtsein, „daß das Wort und der Einfluß eines einzelnen Bürgers wirklich etwas bewirkt, findet man in den Tausenden von Gemeinden, wo die Bürger ihre Ratsmitglieder, Amtsinhaber und Beamten der lokalen Regierung kennen, die beschließen und ausführen, was viele der täglichen Aktivitäten eines Bürgers berührt“⁵⁶⁾.

Das Fehlen kleiner republikanischer Einheiten der Selbstregierung macht die Großstädte Amerikas zu Einheiten der Massengesellschaft, die von den Parteibossen und den Bürokraten kontrolliert werden. Die Kontrolle wird nicht im Interesse der Bürger durchgeführt, sondern im Interesse der Parteimaschine und der Bürokratie: nämlich der Erhaltung ihrer Herrschaft. „Diese nicht verantwortliche Macht ... blüht überall dort, wo lokale Selbstregierung ... nicht existiert“, eben in den großen Städten und in den großen Landkreisen der Südstaaten⁵⁷⁾. Unverantwortliche Macht, d. h. Macht, die nicht direkt vom aktiven Bürger kontrolliert wird, ist eine Perversion der Republik. „Diese Perversion der Republik produziert die allgemeine Degradierung des Lebens in der Massengesellschaft, denn die Massengesellschaft ist der Zustand einer Gesellschaft, der sich unter Menschen einstellt, die ihre eigenen Angelegenheiten nicht mehr kontrollieren, die, kurz gesagt, aufhören, Bürger zu sein.“⁵⁸⁾

Der Bewohner der Großstadt ist kein Bürger mehr, weil seine Haltungen, Wünsche und Vorstellungen keine Konsequenzen haben. „Völlig von der Teilhabe an der Macht ausgeschlossen, kann der durchschnittliche Stadtbewohner alles oder nichts glauben, denn seine Überzeugungen haben überhaupt keine Bedeutung. Wenn er überhaupt irgend welche Meinungen bildet, bleiben diese völlig privat und verlieren so leicht jede Beziehung zur Realität.“⁵⁹⁾

Der Mensch, der nur noch seinen Träumen lebt, der keine gemeinsame Welt mit seinen Mitbürgern hat, ist die Folge dieses Entfremdungsprozesses.

Es handelt sich bei diesem Beharren auf dem Prinzip der aktiven Selbstregierung in kleinen Einheiten sicherlich nicht um die Marotte einiger Hinterwäldler, die einfach ohne Rücksicht auf die bestehenden Probleme eine Restauration der vorindustriellen amerikanischen Gesellschaft betreiben. Hinter dem Konzept von CLD steht eine Auffassung von politischer Freiheit, die unserem, vom kontinentaleuropäischen Liberalismus geprägten Freiheitsbegriff diametral entgegensteht: die Freiheit, zu handeln, die Freiheit, zusammen mit anderen Bürgern Macht auszuüben, die Freiheit, öffentlich aufzutreten, einen öffentlichen Bereich mit den Mitbürgern zu teilen, in dem man als Freier und Gleicher über gemeinsame Probleme debattiert und diese handelnd löst. So wird die Forderung nach einem für die Bürger gemeinsamen öffentlichen Bereich zur Vorbedingung für politische Freiheit überhaupt⁶⁰⁾.

VI. Die Wiedererrichtung der Republik

Die Konsequenz aus dieser Überlegung ist im echten Sinne des Wortes radikal. Die Radikalität dieser Konsequenz sprengt alle traditionellen Kategorien *administrativen Denkens*, weil es ihr nicht um Effizienz, Leistung oder Reibungslosigkeit, sondern um politische Frei-

heit geht. Die radikale Konsequenz von CLD lautet schlicht: Zerschlagung der administrativ-politischen Einheiten der Großstädte und Aufteilung in eine Vielzahl kleiner kooperierender Republiken⁶¹⁾. Jede dieser Gemeinschaften innerhalb der Stadt „sollte unter anderem über ihre Schulen, ihr Gesundheitswesen, den öffentlichen Wohnungsbau, Bebauungspläne, Erholungsgebiete, Krankenhäuser etc. entscheiden. Zusätzlich müßte jede dieser Gemeinschaften ein Stadtzentrum haben. In ihm wären die öffentlichen Einrichtungen, ein Park, Cafés und andere soziale Hilfen konzentriert, um es zu einem zentralen

⁵⁵⁾ How to make, a. a. O., S. 4.

⁵⁶⁾ J. C. Philipps, a. a. O., S. 3; eine exzellente Schilderung einer aus apathischem Schlaf erwachenden Kleinstadt 40 km nordwestlich von New York gibt: George McKenna, Diary of a Mad Householder, in: Not man apart, New York 1971, Vol. I, No. 8, S. 22 ff. Er schildert, wie sich die Bewohner von Congers gegen die Errichtung einer Fabrik der Firma Reynolds erfolgreich zur Wehr setzen und in der direkten Aktion ihr entschwindenes Bürgerbewußtsein wiedergewinnen, das jetzt den kleinen Ort mit neuem Leben erfüllt.

⁵⁷⁾ The Public Life, Vol. I, No. 16, S. 2.

⁵⁸⁾ Ebenda, S. 3.

⁵⁹⁾ How to make, a. a. O., S. 3.

⁶⁰⁾ CLD (ed.), The Democratic Republic and the Modern Crisis, New York o. J., S. 3, S. 91.

⁶¹⁾ CLD (ed.), How to make, a. a. O., und The Public Life, Vol. II, No. 16—18, S. 1 ff.

Treffpunkt der Gemeinschaft zu machen. Dieses Stadtzentrum ist eine unabdingbare Bedingung für eine sich selbst regierende Gemeinschaft . . ." ⁶²⁾

Selbstverständlich gibt es Aufgaben, die die Leistungsfähigkeit der kleinen Selbstregierungseinheit übersteigen. Diese, aber auch nur diese sollten dem allgemeinen Rat der gesamten Stadt übertragen werden. Der Bürgermeister und der Gesamtstadtrat würden etwa die Aufgaben der Wasserversorgung, der Abwasserbeseitigung, des öffentlichen Transportwesens, der großen Schnellverkehrsstraßen u. ä. entscheiden ⁶³⁾. Auf diese Weise würde beispielsweise die Stadt New York in etwa 50 kleine Selbstregierungseinheiten aufgeteilt, „jede mit lokaler Kontrolle der lokalen Einrichtungen und mit einer eigenen demokratischen Struktur, d. h. einem lokal gewählten Rat . . ." ⁶⁴⁾ Denn, so wird argumentiert, eine kleine Einheit, die ihre Wasserversorgung nicht mehr allein regulieren kann, braucht deswegen noch lange nicht aufzuhören zu existieren; eine Banalität, die schon durch die Existenz von vielen, in den Einzugsgebieten der großen Städten liegenden selbständigen ‚suburbs‘ sichtbar bewiesen wird ⁶⁵⁾.

Dieser Plan der Aufteilung der großen Städte in ‚townships‘ wird mit einer ganzen Reihe von Karten für die verschiedensten Städte und Bundesstaaten der USA illustriert. Es wird auch ein Grundriß des geplanten Gemeinschaftszentrums aufgezeigt, das selbst kleine Details genau beschreibt ⁶⁶⁾. Dieses Stadium der Konkretisierung ist zweifellos der problematischste Teil des Konzepts von CLD. Der Versuch, das Ziel der aktiven Partizipation allein durch technisch institutionelle Mittel erreichen zu wollen, offenbart einen überraschenden Optimismus, einen Glauben an die Möglichkeit, die Menschen allein durch Institutionen in ihrer Einstellung gegenüber Umwelt, Gesellschaft und Politik ändern zu können, der letztlich befremdet.

Ganz richtig wird betont, daß zum erstenmal in der Geschichte der Menschheit die techno-

logisch fortgeschrittenen Gesellschaften einen Grad von Produktivität erreicht haben, der es den Menschen erlaubt, genügend Freizeit zu haben, um sich um die Angelegenheiten der Politik zu kümmern ⁶⁷⁾. Aber der Grund dafür, daß die Menschen dies nicht tun, wird anscheinend ausschließlich in fehlenden institutionellen Möglichkeiten für aktive Partizipation gesehen. So heißt es in *The Public Life*, „wenn Bürger in sich selbstregierenden Gemeinschaften repräsentiert sind, die wirklich Macht über ihre lokalen Lebensumstände haben, werden öffentliche Angelegenheiten unmittelbare Erfahrung — alle Apathie verschwindet“ ⁶⁸⁾.

Daß der ökonomische Reproduktionsprozeß, die Erhaltung und Steigerung des wirtschaftlichen Wachstums, eine entsprechende Einstellung der Menschen voraussetzt (eben die Einstellung der Menschen einer ‚jobholder-society‘) und die bestehende „Wirtschaftsgesellschaft“ von eben dieser Einstellung abhängt, wird nicht gesehen. So stellt es für CLD offenbar überhaupt kein Problem dar, daß die Institutionen der ‚townships‘ von den im ökonomischen Denken befangenen Bürgern für recht private und gar nicht republikanische Ziele mißbraucht werden könnten ⁶⁹⁾. Es bleibt eine offene Frage, ob allein durch die Schaffung entsprechender Institutionen die Verfassung politischer Freiheit überhaupt garantiert werden kann oder ob die republikanische Ordnung nicht eines anderen Menschentyps bedarf als des ökonomisch orientierten Mitglieds der Industriegesellschaft.

James Madison war sich der Unmöglichkeit, die Republik und die Freiheit allein auf Institutionen zu begründen, bewußt. In der Virginia Convention erklärte er am 20. Juni 1788, keine noch so komplizierte Ausbalancierung der Gewalten könne einer Republik die Garantie von Kontinuität und Sicherheit geben „Es ist eine unsinnige Vorstellung zu meinen es gäbe irgendeine Regierungsform, die Freiheit und Glück der Bürger sichert, ohne daß Tugend [virtue] im Volke vorhanden ist.“ ⁷⁰⁾

⁶²⁾ How to make, a. a. O., S. 2, siehe auch S. 5.

⁶³⁾ Ebenda, S. 2.

⁶⁴⁾ Ebenda.

⁶⁵⁾ Zu den ‚suburbs‘ siehe die ausgezeichnete Artikelreihe in der *New York Times* vom 16., 17., 18. und 19. 8. 1971.

⁶⁶⁾ How to make, a. a. O., S. 2, S. 4; *The Public Life*, Vol. II, No. 16—18, S. 2 f.

⁶⁷⁾ *The Public Life*, Vol. I, No. 2, S. 4.

⁶⁸⁾ Vol. I, No. 7, S. 3, ebenso Vol. I, No. 16, S. 1 ff.

⁶⁹⁾ Siehe dazu die oben erwähnten Berichte in der *New York Times*, besonders *The New York Times*, 17. 8. 1971, S. 1 und S. 39.

⁷⁰⁾ Zitiert nach: Saul K. Padover (ed.), *The Complete Madison, The Forging of American Federalism, Selected Writings of James Madison*, New York 1953, S. 48 ff.

Die theoretische Konzeption von CLD steht nicht allein. Die kritische Auseinandersetzung der ‚Neuen Linken‘ in den USA kreist nicht mit jener erschreckenden Ausschließlichkeit um die marxistische Interpretationssymbolik moderner industrieller Gesellschaft, die die europäische ‚Neue Linke‘ prägt und oft zur Unfruchtbarkeit verdammt. Der revolutionäre Gedanke der amerikanischen republikanischen Tradition der „participatory democracy“ ist auch heute noch stark genug, um einen wichtigen Beitrag in der Debatte zu leisten, die von jenen geführt wird, die die heutigen Gegebenheiten der funktionalisierten Industriegesellschaft nicht hinnehmen wollen ⁷¹⁾.

Der Gedanke der direkten und aktiven Teilnahme der Bürger an ihren Angelegenheiten, wie er im Gründungskonzept der Vereinigten Staaten für die Neuzeit zum Durchbruch kam, stellt ein Gegengewicht gegen die zunehmende Kontrolle administrativer und ökonomischer Großbürokratien dar, das dem Menschen einen politischen Raum erkämpfen will, in dem er als freier und gleicher Bürger an der Regierung mitwirken kann. So wie dieses Konzept republikanischer Selbstregierung von CLD formuliert wird, macht es aber zugleich ein amerikanisches Dilemma sichtbar, das letztlich das Dilemma der demokratischen Ordnung in einer hochindustrialisierten Gesellschaft schlechthin ist: Dieses Dilemma konzentriert sich in dem Konflikt zwischen den Notwendigkeiten und Bedürfnissen hochtechnisierter und damit zentralisierter Industrieproduktion und dem Konzept kleiner republikanischer Selbstregierungseinheiten, die ein Höchstmaß an Nicht-Zentralisation voraussetzen. Alle Versuche, diesen Gegensatz etwa durch eine Ideologie der „wohlinformierten und gutwilligen“ Großbürokratie oder durch Willensbildungsmechanismen von „unten nach oben“ zu verleugnen, scheitern erstens an der Pluralität menschlicher Vorstellungen, Wünsche und Bedürfnisse und zweitens an der Tatsache, daß es sich nicht um Mitwirkung an einem zentralisierten Entscheidungsprozeß, sondern primär um ein Konzept der direkten Selbstregierung handelt, das lediglich die menschliche Fähigkeit zu reden und zu handeln in kleinen, überschaubaren, öffentlichen Bereichen konkret realisieren will. Das heißt, eine nicht zentralisierte Republik

setzt die Bereitschaft voraus, Pluralität und Unterschiedlichkeit der Lebensumstände in den verschiedenen Einheiten der Republik zu akzeptieren.

Industrielle Planung und Produktion setzen homogene Bedürfnisse, kalkulierbare Verhaltensweisen der Menschen sowie große Märkte für Input und Output der Industrieproduktion voraus; vor allem bedarf „die moderne Industriegesellschaft“ eines bestimmten Menschentyps, der die Fähigkeit zu produzieren und zu konsumieren in das Zentrum seines Lebens und Bewußtseins stellt. Die republikanische Ordnung der Selbstregierung bedarf hingegen der Dezentralisation, der Pluralität und Freiheit der Menschen; sie setzt die Existenz eines völlig anderen Menschentyps voraus: des Menschen, der den Sinn seiner Existenz als Bürger erfüllt sieht, der in der Freiheit des Redens und gemeinsamen Handelns ein zu erstrebendes Ziel sieht. Mit einem Satz, dem an der Wirtschaft, am Herstellen und Verbrauchen organisierte „homo oeconomicus“ steht das am aktiven Handeln orientierte „zoon politicon“ gegenüber, für das der öffentliche Raum der Republik wesentlicher Existenzbereich ist.

Dieser Gegensatz zwischen Ökonomie und Republik ist in den Veröffentlichungen von CLD durchaus präsent und bewußt; aber die adäquaten Überlegungen, die den Gegensatz dieser „Welten“ konsequent zugunsten der Republik lösen würden, bleiben aus. In einer Reihe von Artikeln in der Zeitschrift „The Public Life“ wird zwar die dienende Funktion der Ökonomie in der Republik betont ⁷²⁾, aber im Gegensatz zur detaillierten Beschreibung der institutionellen Ordnung der Politik wird für die Ökonomie ein naives Konzept der Wiederherstellung der Konkurrenz vieler Produzenten vorgeschlagen ⁷³⁾. Diese Abstinenz von den Ordnungsfragen der Wirtschaft hat ihre Ursache in der überraschenden These, daß die hochkartellierte und mit der öffentlichen Bürokratie verbundene „New Corporate Economy“ der USA nicht durch die Entwicklungsgesetze des Kapitalismus bedingt, sondern eine Schöpfung der Politiker und der Parteiapparate sei.

Die ersten vier Ausgaben des zweiten Jahrgangs von „The Public Life“ sind einer Studie über die Entwicklungsgeschichte der Par-

⁷¹⁾ Wenige Beispiele der neuesten Literatur dazu: Marcus G. Ruskin, *Being and Doing*, New York 1971; Cook/Morgan (eds.), *Participatory Democracy*, New York 1971; Benello-Roussopoulos (eds.), *The Case for Participatory Democracy*, New York 1971.

⁷²⁾ Z. B. *The Public Life*, Vol. I, No. 2, S. 4; Vol. I, No. 6, S. 3; Vol. I, No. 7, S. 4; Vol. I, No. 11, S. 1 ff.; Vol. I, No. 20, S. 3; Vol. II, No. 2, S. 1 ff.; Vol. II, No. 3, S. 2 f.

⁷³⁾ *The Public Life*, Vol. I, No. 20, S. 3.

teien gewidmet. Anhand einer Reihe wichtiger Entscheidungen wird der Aufbau und die Förderung der kartellierten amerikanischen Industrie durch die Präsidenten und Parteiapparate der USA aufgezeigt⁷⁴). Die Anhänger von CLD scheinen offensichtlich zu glauben, dieser Prozeß wäre reversibel durch Entscheidungen, die den gewöhnlichen Zustand einer nicht die Politik beherrschenden Wirtschaftsordnung herbeiführen, indem etwa die Konkurrenz wiederhergestellt wird.

Diese Haltung ist um so erstaunlicher, als in einer ganzen Reihe von Äußerungen in der Zeitschrift deutlich wird, daß der oben geschilderte Gegensatz zweier „Welten“ (der Ökonomie und der Republik) voll bewußt ist. Es wird vom Gegensatz der ‚jobholder-society‘ und der ‚Republik‘ gesprochen, die rein private, weil weitgehend machtlose Existenz des Wirtschaftsbürgers wird als Leben in einer „Welt des Traums“ und nicht der politischen Realität einer gemeinsamen Welt kritisiert⁷⁵). Die bewußtseinsmäßige Gebundenheit der Mitglieder der Industriegesellschaft an die ökonomische Reproduktion, die den Menschen den Blick für die mögliche Freiheit des Bürgers in der Republik versperrt, wird nicht ernst genommen. Das Problem der reich gewordenen armen Leute, die „entschlossen für nichts anderes leben als für die Befriedigung ihrer nun ins Gigantische gestiegenen Bedürfnisse“⁷⁶), ist für CLD ein durch Institutionen lösbares Problem. Die Macht des ökonomischen Denkens und der ökonomischen Interpretation der eigenen Existenz, die den Menschen zum funktionierenden Mitglied der Industriegesellschaft werden läßt und die ihre Basis im Bewußtsein derer hat, die sich in der Gesellschaft den Imperativen von Konsumtion und Produktion unterwerfen, wird negiert oder als unwesentlich bezeichnet. Konsequenterweise präsentieren sich die Übel einer von den Imperativen der Ökonomie beherrschten Industriegesellschaft als das Ergebnis einer Verschwörung von Politikern, Parteien und Feinden der Republik gegen die Möglichkeiten republikanischer Selbstregierung.

Auch wenn in „The Public Life“ emphatisch betont wird, „wir sprechen nicht über eine Verschwörung“⁷⁷), so wird eben dieser Gedanke ständig und immer wieder induziert: „Man soll das nicht für einen romantischen Versuch halten, ‚die Uhr zurückzudrehen‘. Es ist vollkommen klar und niemand weiß dies besser als die

Manager unserer Angelegenheiten, was immer ihnen sonst fehlen mag, daß die Menschen ihre freie Zeit den öffentlichen Angelegenheiten widmen werden. So ziehen sie es vor, uns beschäftigt zu halten. Sie werden Milliarden ausgeben, um uns beschäftigt zu halten, und sie verlangen auch noch, daß wir sie für ihren ‚Liberalismus‘ loben. Es ist kein reiner Zufall, daß wir in dem Augenblick der Geschichte, in dem wir reich genug sind, um als politische Bürger zu leben, mit Vollbeschäftigungspolitik und der Pflicht zu konsumieren, beschäftigt werden. Man erzählt uns, lokale Demokratie sei im ‚komplexen‘ modernen Zeitalter unmöglich, und man verlangt von uns, wir sollten die Möglichkeit der ‚Freizeit der Massen‘ als gefährliches Zeichen erkennen.“⁷⁸)

Daß die Realisation der Möglichkeit von mehr freier Zeit auch deswegen nicht angestrebt wird, weil sie gar nicht in den geistigen Horizont eines Politikers der ‚jobholder-society‘ einbezogen ist, wird nicht diskutiert. So bleibt der Eindruck, es handle sich um die bewußte Entscheidung von Politikern, denen die mögliche Alternative der Restauration der Republik des self-government durchaus präsent ist. Mit der gleichen Unerbittlichkeit wird auch das amerikanische Parteiensystem ausschließlich als eine Veranstaltung dargestellt, die zu dem Zwecke eingerichtet ist, die „local democracy“ zu verhindern. Die Parteien würden das Land bewußt in Einflußsphären aufteilen und die jeweilige Minderheitspartei unternähme keinen ernsthaften Versuch, das bürokratische Regime der Mehrheit zu sprengen⁷⁹). Eine Reihe von Gegebenheiten spricht für die Richtigkeit dieser These für weite Bereiche der USA. Das Verhalten der Parteien aber einzig auf die Tatsache zurückzuführen, daß sie unter dem Schock der populistischen Revolte von 1890—1896 beschlossen hätten, alles zu tun, derartiges in Zukunft unmöglich zu machen und die ‚local democracy‘, die der Kontrolle der Parteien entzogen sei, zu verhindern⁸⁰), erscheint uns als eine Überinterpretation der Handlungen amerikanischer Parteien und Politiker.

⁷⁴) The Public Life, Vol. I, No. 2, S. 4, ebenso Vol. I, No. 6, S. 3.

⁷⁵) The Public Life, Vol. I, No. 9, S. 1; Vol. I, No. 14, S. 1 ff.; Vol. I, No. 17, S. 3 ff.; Vol. I, No. 18, S. 2 ff.; Vol. II, No. 5—15, S. 3.

⁸⁰) Dazu: The Public Life, Vol. II, No. 2, S. 1; Vol. II, No. 2, S. 3 ff.; Vol. II, No. 3, S. 1; Vol. II, No. 4, S. 1; siehe außerdem H. Shapiro, Why there is no democracy in the United States; The Public Life, Vol. II, No. 5—15, Special Book Length Issue, New York 1970, S. 2 ff., S. 5 f., S. 12 ff., S. 15, S. 19.

⁷⁴) The Public Life, Vol. II, No. 1—4.

⁷⁵) Vol. I, No. 2, S. 3.

⁷⁶) Hannah Arendt, a. a. O., S. 180.

⁷⁷) Vol. I, No. 6, S. 2.

Korrespondierend zu dieser Behauptung einer bewußten Verschwörung gegen den republikanischen Gründungsgedanken der lokalen Selbstregierung, steht die Überschätzung der ‚local democracy‘. Wenn man den Veröffentlichungen in „The Public Life“ Glauben schenken will, sind eigentlich fast alle Übel und Probleme, die heute in den USA Gesellschaft und Politik beschäftigen und die die USA an den Rand der Selbsterstörung treiben, auf die Nichtexistenz der ‚local democracy‘ zurückzuführen.

Die gleiche doktrinäre Monomanie, die dogmatische Marxisten dazu treibt, alle Übel und Probleme der Gesellschaft auf die Existenz des Privateigentums an den Produktionsmitteln zurückzuführen, treibt CLD zu der Behauptung, die amerikanischen Schulprobleme, der von den Bürgern nicht gewollte Krieg in Vietnam, die Korruption von Parteien und Bürokratien, das Rassenproblem, das Armutproblem, das Rauschgiftproblem, die Jugendkriminalität und alle anderen Probleme der „Massengesellschaft“ seien nur eine Folge des Fehlens der ‚local democracy‘ in den Vereinigten Staaten von Amerika ⁸¹⁾.

Nun wäre es natürlich einfach, eine schlichte Erklärung mit der Feststellung ihrer Schlichtheit zu beantworten. Dies ist schon deshalb unzulässig, weil die Erklärung für einen Teil der Probleme richtig ist. Tatsächlich ist beispielsweise nicht zu leugnen, daß die imperiale Politik eines nationalen Machtstaates europäischen Musters, wie sie von den USA in Vietnam betrieben wird ⁸²⁾, dem Gründungskonzept der Vereinigten Staaten widerspricht.

Eine derartige Politik war erst möglich, nachdem die USA von einer unzentralisierten Allianz lokaler Republiken zu einer teilweise zentralisierten Union nationalstaatlicher Prägung mit zentraler Administration umgebildet worden war, in der die Bundesbürokratie Außenpolitik unter Ausschluß der Öffentlichkeit betreiben kann.

Ebenso ist nicht zu bestreiten, daß sich ein Teil der Probleme, die bei der Durchführung der Wohlfahrtsprogramme der Bundesregierung oder bei der Stadtplanung auftreten, auf die Zentralisierung und Bürokratisierung der Entscheidungsprozesse zurückführen läßt ⁸³⁾.

Wenn aber CLD jeden in „The Public Life“ oder in anderen Veröffentlichungen debattierten Mißstand ausschließlich durch die Einrichtung von ‚citizens control‘ und ‚local democracy‘ bekämpfen will, läßt dies nur die Erklärung zu, daß alle Übel der Gesellschaft durch eine Therapie geheilt werden sollen. Ob es sich um den angeblichen Antisemitismus der Schwarzen in New York, der als Trick des Führers der Lehrergewerkschaft entlarvt wird, mit dem er seine Macht in der Gewerkschaft sichert ⁸⁴⁾, oder um eine Kritik an den Phänomenen der „Massengesellschaft“ handelt ⁸⁵⁾, die letzte Ursache auftretender Defekte sei das Fehlen der ‚local democracy‘. So wird der „Pragmatismus“, die Bürger in Parteien und Interessengruppen zu organisieren, als „Pragmatismus der Blinden“ angegriffen; „dieser Pragmatismus führt zum folgenden: zum Glauben, es sei besser, ein Problem zu lösen, als die unersetzliche Voraussetzung für die gerechte

⁸¹⁾ Dazu z. B.: The Public Life, Vol. I, No. 16, S. 3 f.

⁸²⁾ Die Veröffentlichungen der New York Times über die Hintergründe der Entscheidungsprozesse, die die USA in diesen Krieg hineintrieben, haben auf diese neue Situation der imperialen USA ein bezeichnendes Licht geworfen. (Siehe: Neil Sheehan (ed.), The Pentagon Papers, New York 1971.) Obwohl der amerikanische Geheimdienst 1948 ausdrücklich feststellte, es gäbe keinen ernsthaften Hinweis auf die Tatsache, daß Ho Chi Minh in irgend einer Weise von Moskaus Direktiven bewegt werde (ebenda, S. 8), wurde der gesamte Krieg mit der Ideologie gerechtfertigt, es gelte, den sowjetischen Einfluß im Fernen Osten einzudämmen (ebenda, S. 6, S. 7, S. 9, S. 37 und passim). Es handelte sich nach den Berichten der amerikanischen Nachrichtendienste zumindest in den Jahren bis 1959 nicht um einen Angriff gegen Süd-Vietnam aus dem Norden, sondern um die Erhebung von Südvietnamesen gegen das auch von den Amerikanern als korrupt erkannte Regime von Präsident Diem (ebenda, S. 67 ff.). Diem aber wurde durch den amerikanischen Geheimdienst an die Macht gebracht und gestützt (ebenda, S. 19 ff. und S. 53 ff.). Der offensichtlich zentrale Grund für

die Kriegsführung der Amerikaner in Vietnam muß deswegen in der nie offen ausgesprochenen Vorstellung einer machtpolitisch und ökonomisch organisierten „Pax Americana“ gesucht werden. Diese Form der „Pax Americana“ steht im absoluten Widerspruch zum republikanischen Konzept der amerikanischen Revolution, die ja gerade durch die Ablehnung imperialer Praktiken der europäischen Nationalstaaten bestimmt war.

⁸³⁾ Dazu: Advisory Commission on Intergovernmental Relations. Urban America and the Federal System, Washington DC 1969, Doc. No. M-47, S. 79 f.; Committee for Economic Development, Improving the Public Welfare System. A Statement by the Research and Policy Committee, April 1970, New York 1970, S. 21; Committee for Economic Development, Reshaping Government in Metropolitan Areas. A Statement by the Research and Policy Committee, February 1970, New York 1970, S. 19 f., S. 43 ff.

⁸⁴⁾ The Public Life, Vol. I, No. 8. — Der Artikel erschien am 16. 3. 1969 als ganzseitige Anzeige in der New York Times.

⁸⁵⁾ The Public Life, Vol. III, No. 1, Special Book Length Issue, H. Shapiro, The Political Lie that is American Education, März 1971, S. 6 f.

Lösung aller öffentlichen Probleme zu sichern: die Möglichkeit für die Bürger, jene direkt zur Verantwortung zu ziehen, denen er seine Macht anvertraut⁸⁶⁾.

So wird die ‚local democracy‘ Schritt für Schritt zum Symbol für die gute Ordnung der menschlichen Angelegenheiten schlechthin, zum Symbol für eine heile Welt, die frei ist von den Übeln der erfahrbaren pragmatischen Realität: „Unsere gegenwärtigen politischen Probleme können weder durch unsere bestehenden politischen Parteien und Bürokratien noch durch Stiftungen oder andere quasi-bürokratischen Ämter gelöst werden. Unser gegenwärtiger politischer Zustand kann auch durch Massenmedien weder erklärt noch verstanden werden . . . Der Grund hierfür ist, daß unsere Probleme genau die Folge der Existenz von Massenparteien, zentralen Bürokratien und Massenmedien sind.“⁸⁷⁾

Die Organisation der Bürger in kleinen Selbstverwaltungseinheiten, in ‚townships‘, gäbe den Bürgern ihre Identität im gemeinsamen Reden und Handeln, hebe die Entfremdung der Massengesellschaft auf. Hier „ . . . ist der Platz, wo die Bürger . . . sich zu Hause fühlen können in der Welt . . . “⁸⁸⁾ „In der demokratischen Republik ist die kleine Selbstregierungseinheit Ziel um ihrer selbst willen. Sie ist die Verfassung von politischer Freiheit und Selbstregierung und tatsächlich das Ziel und der Sinn für die Existenz der Republik.“⁸⁹⁾

Am deutlichsten wird dies bei der Konzeption der „Erziehung für die Republik“, die alle anderen Erziehungsziele nicht zu ergänzen, sondern zu ersetzen habe. H. Shapiro stellt in seiner Arbeit „The Political Lie that is American Education“⁹⁰⁾ fest, daß das heutige Erziehungssystem anstelle der republikanischen Erziehung, die die Kenntnis der Republik und die Erziehung zum Bürger zum Ziel hat, anderen Herren dient. Die reine Anpassungsfunktion der Schule, die die Heranwachsenden auf die Wirtschaft und das soziale Leben vorbereitet, wird mit scharfen Worten kritisiert: „Wir haben heute Ausbildung zur ‚gesellschaftlichen Effizienz‘ oder ‚Berufsvorbereitung‘ oder entsprechend ‚den Bedürfnissen der Gesellschaft‘ . . . , aber republikanische Erziehung ist nicht von den Bedürfnissen der Gesellschaft bestimmt. Die Republik hat nichts mit der Gesellschaft [der Produktion] zu tun. Republikanische Erziehung erzieht zum Bürger,

zum politischen Wesen, die in einer freien politischen Ordnung handeln.“⁹¹⁾

Am Erziehungskonzept wird die Loslösung, ja das Konzept der Abschaffung des ökonomischen Bereichs als Gegenstand politischen Handelns und politischer Entscheidungen sichtbar. Die pädagogische Vorbereitung auf den Bereich ökonomischer Reproduktion, auf Beruf und Gesellschaft, soll kein Gegenstand der öffentlichen Schulen sein. Dies habe mit dem eigentlichen Ziel der Republik nichts zu tun. Republikanische Erziehung „ist nicht Erziehung zu Arbeitern oder Gesellschaftsmitgliedern, denn Menschen sind Arbeiter und Gesellschaftsmitglieder selbst in der Tyrannis. Demokratische Erziehung lehrt Kindern nicht, ‚wie man einen besseren Job bekommt‘, denn das würde heißen, sie zu lehren, was die Fabrik und das Büro von ihnen verlangen, als ob Fabrik oder Büro die Republik wären oder als ob die Republik eine Fabrik oder ein Büro wäre.“⁹²⁾ Hier schlägt die Kritik an der politischen Wirklichkeit, deren Ausrichtung an den Bedürfnissen der Ökonomie abgelehnt wird, in eine Opposition gegen jede Berücksichtigung der sozio-ökonomischen Bedingungen um. Der gesellschaftlich-wirtschaftliche Bereich — so wird erklärt — ist kein Gegenstand der Republik. Diese ist damit nicht nur Ziel in sich, sie genügt sich auch selbst.

So entpuppt sich am Ende die Kritik an der ‚jobholder-society‘ nicht als eine Kritik an der Dominanz der Imperative der Ökonomie in der modernen industrialisierten Gesellschaft, sondern als eine Kritik an ihrer Existenz überhaupt. Diese Kritik zielt jedoch nicht auf die Abschaffung dieser Dominanz, sondern vielmehr auf ihre Behandlung als Quantité négligeable, die überhaupt kein Gegenstand der Politik zu sein habe. Der Gegensatz zwischen der Welt der Ökonomie und der Welt der Republik, die den redenden und handelnden politischen Bürger zum Ziel der politischen Ordnung macht, wird nicht ausgetragen.

So bleibt trotz aller erfreulich unorthodoxen Analyse und Kritik der amerikanischen Wirklichkeit die Position von CLD unklar. Die Chance der Errichtung einer Republik freier Bürger steht und fällt so offensichtlich mit der Kontrolle der Wirtschaft und ihrer Beschränkung auf den Bereich der wirtschaftlichen Subsistenz, daß die Nichtbehandlung dieses Bereichs und die Verdrängung der Ökonomie aus dem Blickfeld das Konzept des ‚self-government‘ zu einem „amerikanischen Traum“ macht.

⁸⁶⁾ The Public Life, Vol. I, No. 20, S. 2.

⁸⁷⁾ The Public Life, Vol. II, No. 16—18 „Citizens Organize to Form Urban Townships“, S. 1.

⁸⁸⁾ H. Shapiro, The Political Lie . . . , a. a. O., S. 7.

⁸⁹⁾ Ebenda, S. 6 f.

⁹⁰⁾ The Public Life, Vol. III, No. 1.

⁹¹⁾ Ebenda, S. 8.

⁹²⁾ Ebenda, S. 8.

Trotzdem gibt das politische Konzept von CLD Anstoß zu fruchtbarer Reflexion. Während sich auf dem europäischen Kontinent die Linke monomanisch auf die Fragen der Kontrolle der ökonomischen Entwicklung versteift, verteidigt der amerikanische Beitrag der ‚participatory democracy‘ die Dimension des redenden und handelnden politischen Menschen, der letztlich der Sinn einer Kontrolle der Ökonomie sein müsse. Dazu Karl Marx: „Das Reich der Freiheit beginnt in der Tat erst da, wo das Arbeiten, das durch Not und äußere Zweckmäßigkeit bestimmt ist, aufhört; es liegt also der Natur der Sache nach jenseits der Sphäre der eigentlichen materiellen Produktion. Wie der Wilde mit der Natur ringen muß, um seine Bedürfnisse zu befriedigen, um sein Leben zu erhalten und zu reproduzieren, so muß es der Zivilisierte, er muß es in allen Gesellschaftsformen und unter allen möglichen Produktionsweisen. Mit seiner Entwicklung erweitert sich dies Reich der Notwendigkeit ...; aber zugleich erweitern sich die Produktivkräfte, die diese befriedigen. Die Freiheit in diesem Gebiet kann nur darin bestehen, daß der vergesellschaftete Mensch, die assoziierten Produzenten, diesen Stoffwechsel mit der Natur rationell regeln, unter ihre gemeinschaftliche Kontrolle bringen, statt von ihm als einer blinden Macht beherrscht zu werden; ihn mit dem geringsten Kraftaufwand und unter den ihrer menschlichen Natur würdigsten und adäquatesten Bedingungen vollziehen. Aber es bleibt dies immer ein Reich der Notwendigkeit. Jenseits desselben beginnt die menschliche Kraftentwicklung, die sich als Selbstzweck gilt, das wahre Reich der Freiheit, das aber nur auf

jenem Reich der Notwendigkeit als seiner Basis aufblühen kann.“⁹⁸⁾

Die amerikanischen Bürger von CLD wissen im Gegensatz zu vielen Neo-Marxisten, daß die Verfassung der Freiheit nicht das Ergebnis einer wie auch immer gearteten ökonomischen Organisation ist. Sie wissen, daß der eigenständige Bereich der Politik auch einer eigenständigen Verfassung bedarf. Wenn das von Marx angesprochene „Reich der Freiheit“ mehr sein soll als ein Reich Marcusescher Träumer, dann muß der Gedanke einer Selbstregierung der Bürger in kleinen Einheiten der Republik das zentrale Organisationsprinzip eines „novus ordo saeculorum“ werden.

Ob dies allerdings durch die *administrative* Einrichtung von Selbstregierungsrepubliken erreichbar ist, erscheint zweifelhaft. Der Anstoß zur Entwicklung eines Konzepts der Selbstregierung in kleinen Einheiten ist vom Ereignis der amerikanischen Revolution ebenso wenig zu trennen wie festgestellt werden kann, daß die verwandten europäischen Entwicklungen, die zur Bildung von Räten führten, immer nur im Gefolge weitreichender politischer Umwälzungen stattfanden. Ob in den USA, in der russischen Revolution und in der Revolution in Deutschland am Ende des Ersten Weltkrieges oder in Ungarn 1956 — das Konzept und die Praxis der Selbstregierung in Räten trat immer im Verlauf eines Ereignisses auf: einer Revolution.

⁹⁸⁾ Friedrich Engels (Hrsg.), Karl Marx, Das Kapital, 3. Bd., Berlin 1957, S. 873 f.

Veränderungen des Rüstungsgleichgewichts zwischen den USA und der Sowjetunion

I. Vorbemerkung

Das gestellte Thema bietet zwei Interpretationsmöglichkeiten, einen qualitativen und einen quantitativen Aspekt. — Die „Veränderungen“ des Rüstungsgleichgewichts können sich auf die strategischen Mittel beziehen, mit denen dieses Gleichgewicht aufrechterhalten wird. Durch die Einführung neuer Waffensysteme haben sich die strategischen Mittel qualitativ gewandelt. Die Abschreckung wird auf einer waffentechnologisch höheren Ebene vollzogen, ohne dabei das Rüstungsgleichgewicht zwischen den beiden Supermächten aufzuheben. — Der quantitative Aspekt bezieht die „Veränderungen“ direkt auf ein ursprünglich bestehendes Rüstungsgleichgewicht, das inzwischen zu einem Ungleichgewicht mit Vorteil für die eine bzw. Nachteil für die andere Seite geworden ist. Da in den vergangenen Jahren eine deutliche amerikanische Überlegenheit auf dem Gebiet strategischer Waffen bestand, wird unter dem zweiten Aspekt die Behauptung erörtert, daß sich das Rüstungsgleichgewicht zum Nachteil der USA verändert habe. Damit wird der Sowjetunion ein Vorsprung vor den Vereinigten Staaten zuerkannt. Läßt sich diese These rechtfertigen?

In der Sicht des amerikanischen Verteidigungsministers Laird hat die Entwicklung der strategischen Rüstung „zu einer Lage geführt, in der wir im wesentlichen an einem Kreuzungspunkt im strategischen Gleichgewicht angelangt sind“¹⁾. Da Laird diese Erklärung vor dem Unterausschuß für Abrüstung des amerikanischen Senats abgab, um die Entscheidung der Nixon-Administration zum Aufbau einer dritten ABM-Stellung sowie die Umrüstung von „Polaris“- und „Minuteman“-Raketen auf Mehrfachsprengköpfe (MIRV) zu rechtfertigen, kann kaum angenommen werden, der Minister habe die amerikanische Position in einem rosigeren Licht darstellen wollen, als es der wirklichen Situation entspricht. Ähnlich wie Laird hatte sich zuvor auch der Stabschef des US-Heeres, General Westmoreland, geäußert: „Die UdSSR hat ein beachtliches Raketenarsenal entwickelt. Sie nähert sich dem Gleich-

stand oder hat den Gleichstand mit uns bereits erreicht. Wir haben noch die Überlegenheit, soweit es Polaris-Unterseeboote betrifft, doch die Russen holen schnell auf.“²⁾

Westmorelands Erklärung bezieht sich auf den quantitativen Aspekt der Rüstungsstärke. Die Sowjetunion sei dabei, die Raketenlücke zu den Vereinigten Staaten zu schließen. Auch Lairds Feststellung, es sei ein Kreuzungspunkt im strategischen Gleichgewicht erreicht, erinnert an das Bild zweier Kurven, die die Entwicklung der Raketenstärke beider Groß-

²⁾ FAZ, 2. 2. 1970.

Inhalt	
I.	Vorbemerkung
II.	Das Beispiel der „Raketenlücke“
III.	Die Aufklärung des gegnerischen Raketenpotentials
	Die „Feindbild“-Komponenten: Kapazität und Intention. Ihre Bewertung in der amerikanischen Verteidigungspolitik durch McNamara, Moorer und Laird
IV.	Rüstungspolitischer Eigenbezug und „Feindbild“-Verzerrung
	Die amerikanischen ABM als Beispiel
V.	Interaktionshäufigkeit oder Eigendynamik des Rüstungswachstums
	Die Fragwürdigkeit der „McNamara-Philosophy“
VI.	Das quantitative Kräfteverhältnis auf dem Nuklearsektor
VII.	Die amerikanische und sowjetische „second-strike-capability“
VIII.	Die „Mirvisierung“ der Raketenpotentiale
IX.	Die sowjetische Nuklearstrategie
X.	Die qualitativen Verbesserungen des sowjetischen Raketenpotentials
XI.	Die „blue-water-solution“
XII.	Die ABM-Entwicklung
XIII.	Die sowjetische Nuklearstrategie und SALT
	Die Debatte um das künftige Stadium der sowjetischen Verteidigungspolitik

¹⁾ NZZ/FA, 21. 5. 1970.

mächte darstellen, bei der die sowjetische Kurve die amerikanische erreicht hat.

Bevor die Frage untersucht werden soll, ob der quantitative Aspekt allein ausreichend ist, um eine hinreichende Einschätzung der Rüstungs-

potentiale und ihres Verhältnisses zueinander (Gleichgewicht oder Unter- bzw. Überlegenheit) zu geben, soll die Frage erörtert werden, ob Veränderungen in der Rüstungsstärke der beiden Großmächte hinreichend genau eingeschätzt werden können.

II. Das Beispiel der „Raketenlücke“

General Maxwell D. Taylor veröffentlichte 1960, nach seinem Rücktritt vom Amt des US-Heeresgeneralstabschefs, das Buch „The Uncertain Trumpet“; er übte darin scharfe Kritik an der Verteidigungspolitik der Eisenhower-Administration. Nach Taylors Ansicht waren „neue Faktoren aufgetaucht ...“, die eine vollständige Überprüfung unseres militärischen Bedarfs verlangten: „Der erste Faktor ist der Verlust der technischen Überlegenheit der USA über die UdSSR auf vielen Gebieten der Waffentechnik. Obwohl es gefährlich ist zu verallgemeinern, wenn der letzte Beweis fehlt, so ist es doch unmöglich zu leugnen, daß die UdSSR heute den USA auf so wichtigen Gebieten wie Langstreckenraketen und bei bestimmten Operationen im Raum überlegen ist. Da ich einen wohlentwickelten Skeptizismus gegenüber Informationen habe, die die Neigung zeigen, die Stärke des Feindes zu übertreiben, habe ich mich nur zögernd mit der Tatsache der sogenannten ‚Raketenlücke‘ abgefunden. Widerstrebend habe ich erkennen müssen, daß tatsächlich eine solche Lücke besteht ... Meine persönliche Schlußfolgerung ist, daß die USA wahrscheinlich bis ungefähr 1964 der UdSSR an Anzahl und

Schlagkraft von Langstreckenraketen erheblich nachstehen werden ...“³⁾

Taylors Warnung wurde von Regierungsstellen bestätigt. Der amerikanische Geheimdienst CIA war 1958 zu der Auffassung gekommen, bis Mitte 1960 könne die Sowjetunion ca. 500 Interkontinentalraketen einsatzbereit haben. Verteidigungsminister McElroy erklärte im Juli 1959 vor einem Kongreßausschuß, es gäbe eine „Raketenlücke“ (missile gap), die vermutlich erst nach Jahren geschlossen werden könnte⁴⁾. Anfang 1960 erhielt der Kongreß von Regierungsstellen eine Schätzung über die Entwicklung der amerikanischen und sowjetischen Raketenstärke bis Juni 1963, die eine sowjetische Überlegenheit von 2 : 1 auswies:

	1960	1961	1962	1963
USA	3	75	150	200—250
UdSSR	10	100	250	400—500 ⁵⁾

Ende 1962 teilte Verteidigungsminister McNamara in einem Interview mit dem Publizisten Stewart Alsop mit, die Sowjets hätten gerade erst ihre 100. Fernrakete in Dienst gestellt⁶⁾.

III. Die Aufklärung des gegnerischen Raketenpotentials

Die „Feindbild“-Komponenten: Kapazität und Intention. Ihre Bewertung in der amerikanischen Verteidigungspolitik durch McNamara, Moorer und Laird.

Es wäre eine Entstellung der eigentlichen Problematik, wollte man die Debatte um die „Raketenlücke“ einzig auf den trickreichen Versuch amerikanischer Militärs, durch Alarmmeldungen über die gegnerische Raketenentwicklung den eigenen Raketenausbau zu beschleunigen, reduzieren, da die amerikanische Luftwaffenführung dem Ausbau der eigenen Raketenstreitmacht reserviert gegenüberstand.

Das eigentliche Problem sind nicht bewußt übertriebene Schätzungen des gegnerischen Potentials (in einem solchen Fall wäre zumin-

dest den Verantwortlichen das tatsächliche Kräfteverhältnis bekannt!); es ist vielmehr die Möglichkeit, die Kräfte des Gegners realistisch einzuschätzen.

Ein realistisches „Feindbild“ setzt sich aus zwei Komponenten zusammen:

³⁾ Maxwell D. Taylor, Und so die Posaune einen undeutlichen Ton gibt, wer wird sich zum Streite rüsten (Engl.: „The Uncertain Trumpet“, N. Y. 1960), Gütersloh 1962, S. 158 f.

⁴⁾ Vgl. Charles J. V. Murphy, Das Geheimnis von Kapustin Jar. Dreißig U-2-Flüge änderten die Weltpolitik, in: Der Spiegel, Nr. 51, 16. 12. 1964, S. 82 f.

⁵⁾ The dangerous game of numbers, in: Life, 8. 2. 1960, S. 51.

⁶⁾ Stewart Alsop, 20 Megadeath = 20 Millionen Tote, Die neue Verteidigungsstrategie der Vereinigten Staaten, in: Der Spiegel Nr. 48, 28. 11. 1962, S. 107.

1. die strategischen Absichten des Gegners (Intention);
2. das ihm zu Verfügung stehende Potential (militärisch, wirtschaftlich usw.), um die materielle Basis zur Durchführung seiner Strategie zu besitzen (Kapazität).

Die Bestimmung der ersten Komponente befaßt sich mit der Beurteilung der Entscheidungen der gegnerischen Führungsspitze. Abgesehen von der technischen Schwierigkeit der verlässlichen Nachrichtenbeschaffung über diese Vorgänge, können einmal gefaßte Beschlüsse plötzlich revidiert werden. So kann beispielsweise der Produktionsausstoß einer bestimmten Waffe etwa verdoppelt oder gestoppt werden. Dieser Unsicherheitsfaktor über die Absichten des Gegners wird in der Regel durch die Kapazitätsberechnung ausgeglichen. So kann zwar der Produktionsausstoß einer bestimmten Waffe nach oben oder unten verändert werden; dies kann sich aber nur im Rahmen der gegebenen Produktionskapazitäten vollziehen.

Damit orientiert sich das „Feindbild“ stärker an den vorhandenen Kapazitäten, die einer Beurteilung eher zugänglich sind, als an der Strategie des Gegners — um so mehr, wenn die Absichten des Gegners unbekannt sind. Diese These wird durch den früheren amerikanischen Verteidigungsminister Robert S. McNamara bestätigt:

„Im Jahre 1961, als ich Verteidigungsminister wurde, besaß die Sowjetunion ein sehr kleines Arsenal einsatzbereiter Interkontinental-Raketen. Aber es standen ihr sehr wohl die technischen und industriellen Möglichkeiten zu Gebote, um dieses Arsenal im Verlauf der folgenden Jahre beträchtlich zu vergrößern.

Wir hatten keine Beweise, ob die Sowjets beabsichtigten, ihre Kapazität tatsächlich in vollem Ausmaß zu nutzen. Doch man muß sich . . . bei strategischen Planungen in seinen Berechnungen von konservativen Erwägungen leiten lassen. Das heißt, man muß Vorsorge für den denkbar schlechtesten Fall treffen und sich nicht damit zufriedengeben, auf den wahrscheinlichen zu hoffen.

Da wir keine Gewißheit über die sowjetischen Intentionen hatten — wir wußten nicht, ob sie ihr Potential nicht erheblich verstärken würden —, mußten wir uns gegen eine solche Eventualität absichern, indem wir unsere eigenen Minuteman- und Polaris-Verbände wesentlich vergrößerten.“ ⁷⁾

⁷⁾ Robert S. McNamara, „Überlegenheit größer als geplant“. Grenzen und Möglichkeiten des Westens, in: Der Spiegel Nr. 16, 14. 4. 1969, S. 130.

Je weniger Informationen über die Absichten des Gegners vorliegen, desto größer ist das Verlangen, für den schlimmsten Fall zu planen (overdesign). Bestehen Unklarheiten über die Absichten des Gegners, wird auch der Grad der gegnerischen Bedrohung zu einer Größe, die nicht exakt zu bestimmen ist. Der konservative Entscheidungshang zum overdesign basiert dann auf einer Größe, die bereits schon als maximal angenommen wurde — dazu McNamara: „Können wir sicher sein, daß unsere Einschätzung der Gefahren, auf der ja unsere eigene Rüstung beruht, zuverlässig ist? Meines Erachtens müssen wir immer mit Feh-

Abkürzungen

ABM	= Anti Ballistic Missile (Raketenabwehrrakete)
ICBM	= Intercontinental Ballistic Missile (Intercontinentalrakete)
MIRV	= Multiple Independently Reentry Targetable Vehicle (Rakete mit Mehrfachsprengköpfen)
Mt	= Megatonne (entspricht einer Million Tonnen herkömmlichen Sprengstoffs)
SALT	= Strategic Arms Limitation Talks (Gespräche über die Begrenzung strategischer Waffen)
SLBM	= Submarine Launched Ballistic Missile (U-Boot-Rakete)
CSM	= Christian Science Monitor
FAZ	= Frankfurter Allgemeine Zeitung
IHT	= International Herald Tribune
ND	= Neues Deutschland
NZZ/FA	= Neue Zürcher Zeitung (Fernausgabe)
SZ	= Süddeutsche Zeitung

lern rechnen. Das tun wir auch. Wir nehmen die Gefahr, die wir errechnet haben, bauen die nötigen Streitkräfte auf, um diese Gefahr einzudämmen — und als Sicherheitsfaktor rüsten wir dann noch etwas stärker.“ ⁸⁾

Wenn die „Gefahr“ auf der Grundlage der gegnerischen Kapazitäten beurteilt wird, zu denen noch ein „Sicherheitsfaktor“ hinzugeschlagen wird, dann kommt es zu einem Rüstungsstand, der — wie McNamara nach seiner Amtszeit eingestand, „über unsere ursprünglichen Planungen hinaus(geht) und ebenso über unsere eigentlichen Erfordernisse“ ⁹⁾.

⁸⁾ Rußland hat das Rüstungsrennen aufgegeben, Interview mit Amerikas Verteidigungsminister Robert S. McNamara, in: Der Spiegel Nr. 17, 21. 4. 1965, S. 111.

⁹⁾ Ebenda.

Zwar betonte McNamara, er sei der Überzeugung, „daß die Fehlerquellen heute geringer sind als in der Vergangenheit, weil sich unsere Geheimdienst-Methoden verbessert haben“¹⁰⁾, doch der Minister bot selber ein Beispiel für die Unsicherheit einer verlässlichen Analyse über die Absichten des Gegners. So erklärte McNamara 1965: „Die Sowjets haben eingesehen, daß sie mengenmäßig das Rüstungs-Rennen verloren haben und deshalb setzen sie es auch nicht fort. Nichts deutet derzeit darauf hin, daß die Russen eine der unseren vergleichbare strategische Atomstreitmacht entwickeln wollen.“¹¹⁾ In seiner letzten Erklärung über das Verteidigungsbudget (für 1969) vor dem Senatskomitee für die Streitkräfte (Senate Armed Services Commite) gab McNamara dagegen bekannt, die Sowjetunion habe ihre ICBM-Streitmacht mehr als verdoppelt — von 340 im Oktober 1966 auf 720 innerhalb eines einzigen Jahres¹²⁾.

Dasselbe Bild der Unsicherheit über die Vorgänge auf der „anderen Seite des Hügels“ zeigte die ABM-Kontroverse im Jahre 1969. Während Verteidigungsminister Laird behauptete, „die Sowjets könnten bis 1975 in der Lage sein, auf dem nuklearen Überraschungsangriff zu spekulieren“¹³⁾, hatte sein Amtskollege, Außenminister William P. Rogers, „Schwierigkeit“, dies zu glauben, da „jeder Staatsmann, der bei gesundem Verstand ist, weiß, daß dies wahrscheinlich die Vernichtung der Menschheit bedeutet“¹⁴⁾.

Regierungsexperten lieferten drei Haupttheorien über die sowjetischen Intentionen¹⁵⁾:

Theorie 1: Innerer Druck zwingt die sowjetische Führung zum verstärkten Ausbau ihrer Raketenmacht.

Theorie 2: Die sowjetische Absicht läuft auf die Schaffung einer „first strike force“ hinaus — jedoch nicht zum Zwecke eines Überraschungsangriffs, sondern als zukünftiges Druckmittel bei Konfrontationen der beiden Supermächte.

Theorie 3: Die Sowjets verstärken ihre Raketenrüstung zum Zwecke der Schadensbegrenzung im Falle eines Scheiterns der nuklearen Abschreckung.

¹⁰⁾ Ebenda.

¹¹⁾ Ebenda, S. 106.

¹²⁾ The Times, 2. 2. 1968.

¹³⁾ L. Bruce van Voorst, Chancen für den Raketen-Dialog?, in: Die Zeit, 8. 5. 1970, S. 54.

¹⁴⁾ IHT, 8. 4. 1969.

¹⁵⁾ IHT, 15. 4. 1969.

Admiral Thomas H. Moorer, der Vorsitzende der Vereinigten Stabschefs (chairman of the Joint Chiefs of Staff/JCS), forderte dagegen, die Intentionen der sowjetischen Seite außer acht zu lassen: „Ich denke, wir sollten unsere Aufmerksamkeit nicht auf die Absichten, sondern auf die Kapazitäten und die Handlungsmöglichkeiten, welche die sehr realen Kapazitäten den Sowjets einräumen, richten.“¹⁶⁾

Moorers Forderung, anstelle von Theorien über die Absichten des Gegners die Verteidigungsplanung auf die beim Gegner entwickelten Angriffskapazitäten abzustimmen, gibt nur scheinbar eine von Unsicherheiten freie Lösung des Problems. Wenn die Aufmerksamkeit auf die Kapazitäten des Gegners und die daraus denkbaren Aktionsmöglichkeiten gerichtet werden soll, dann werden die beiden Größen, Intention und Kapazität, nicht mehr *unabhängig* gegeneinander abgewogen, sondern von der Beurteilung der Kapazität der Schluß auf die Intention des Gegners gezogen.

Wenn also der potentielle Gegner, die Sowjetunion, nach Pentagon-Schätzungen bis 1975 eine Raketenstreitmacht von 500 SS-9-Raketen in Dienst stellt, die 90 % der amerikanischen landgestützten ICBM-Streitmacht im Überraschungsangriff vernichten könnte¹⁷⁾, folgt nach Moorer: Weil der Gegner diese Kapazität hat, wird er sie auch zum schlimmsten gebrauchen, d. h. einsetzen. Jeder amerikanische Verteidigungsminister würde wohl das Argument: da die USA eine Raketenstreitmacht aufgebaut hätten, mit der sie in der Lage seien, einen Gegner als Nation zu vernichten, folge daraus, die USA beabsichtigten, diese Raketen gegen die Sowjetunion einzusetzen, mit Empörung zurückweisen. So gehört schon ein hoher Grad an Bewußtseinspaltung zu der Auffassung, jede amerikanische Rakete bewahre den Frieden, während jede sowjetische SS-9-Rakete den kommenden Atomschlag der Sowjets signalisiere. Dies zeigt, daß im Atomzeitalter die Intentionsbeurteilung des Gegners nach seinen Kapazitäten zwangsläufig zu der Unterstellung führen muß, vom Gegner drohe ein atomarer Überraschungsschlag. Die dadurch ausgelösten Rüstungsanstrengungen können durch das „feedback-Prinzip“ den Gegner zu weiteren Rüstungsanstrengungen veranlassen, was wiederum als verstärkte Aggressivität gedeutet und zu weiteren Aktionen in Form einer Rüstungsspirale Anlaß gibt.

Verteidigungsminister Laird antwortete 1969 Kritikern, er schüre mit seiner Behauptung, die Sowjets zielten auf eine „first strike capa-

¹⁶⁾ CSM, 22. 4. 1970.

¹⁷⁾ IHT, 12. 5. 1969.

bility", die Furcht der öffentlichen Meinung vor einem sowjetischen Überraschungsangriff, um die Rüstungsziele des Pentagons durchsetzen zu können: „Ich versuche nicht, die Leute zu erschrecken. Ich kenne nicht die russischen Absichten. Ich spreche über ihre Kapazitäten. Und da gibt es einen Unterschied.“¹⁸⁾ Damit räumte Laird ein, daß die Gleichsetzung Kapazität = Intention unrichtig sei, doch in der Praxis der amerikanischen Verteidigungspolitik blieb dieser Unterschied nur rhetorisch: „Mr. Laird, so führten einige Regierungsbeamten aus, habe die Verantwortung, konservative Urteile zu fällen, wenn das Überleben des Landes in Frage steht.“

In der öffentlichen Diskussion lieferte Laird sogar mehrere Versionen seines Kapazitätsbegriffes.

Im Februar 1969 erklärte Laird, für ihn „ist die oft debattierte Frage, ob die Sowjets eine Kapazität anstreben, die es ihnen erlauben würde, den ersten Schlag gegen die USA zu führen, von Bedeutung, doch sie sei nicht das Hauptproblem. Entscheidend sei, ob die Sowjets in Zukunft diese Fähigkeit entwickeln können“²⁰⁾. Vor europäischen Pressevertretern gab der Minister am 7. 4. 1969 folgende Version: „One has to look at this capability that is being developed . . .“²¹⁾

Die Äußerungen zeigen, daß Laird einmal von einer in Zukunft existierenden Kapazität aus-

geht²²⁾, während er andererseits das bereits existierende Potential des Gegners als Basis seiner eigenen Rüstungsmaßnahmen heranzieht. Der frühere Kongreßabgeordnete Melvin Laird lieferte als Kritiker der Verteidigungspolitik der Kennedy- und Johnson-Administration einen Kapazitätsbegriff, der rational schwerlich zu fassen ist: „Our military force structure should not be related to the ‚visible‘ threat but rather to the capabilities of the Communists . . .“²³⁾

Wenn nach Lairds Meinung die „Fähigkeiten“ der Kommunisten offensichtlich die von ihnen ausgehende „sichtbare Bedrohung“ übersteigen, so bleibt offen, wie denn eine daran orientierte militärische Streitkräftestruktur beschaffen sein soll, da die „sichtbaren“ Waffen des Gegners wohl weniger gefährlich sind als die „unsichtbaren Fähigkeiten“ der Kommunisten. Wenn der Gegner, die Kommunisten, selber die Bedrohung darstellt und die ihm zur Verfügung stehenden Mittel der Bedrohung zweitrangig sind, stellt sich die Frage, ob für Laird Abschreckungspolitik überhaupt sinnvoll ist, da die Bedrohung nicht von dem möglichen Einsatz der Kampfmittel des Gegners, sondern von seiner bloßen Existenz ausgeht. Abschreckungspolitik ist aber nur dann möglich, wenn der abzuschreckende Gegner in seiner physischen Existenz toleriert wird²⁴⁾.

IV. Rüstungspolitischer Eigenbezug und „Feindbild“-Verzerrung

Die amerikanischen Raketenabwehrraketen (ABM)

Wenn der Gegner das „Böse“ schlechthin verkörpert, so bildet sich die Intentionskomponente des „Feindbildes“ nicht aus Informationen über den Gegner, sondern aus der Vorstellung, die man selbst vom Gegner bereits hat. Dies bedeutet, Informationen, die dieses Bild korrigieren können, werden nicht realisiert, d. h. unterdrückt.

So erklärte Laird im April 1970 vor einem Kongreßausschuß, falls Rotchina bis 1973 über Interkontinentalraketen verfüge, könne es die USA mit nuklearer Erpressung bedrohen, weil das „Safeguard“-Raketenverteidigungssystem zu diesem Zeitpunkt noch nicht fertig sei²⁵⁾. Zuvor hatte Lairds Stellvertreter (Deputy De-

fense Secretary) David Packard am 8. 4. 1970 vor dem „House Appropriations Committee“ betont, China sei „unter der Kontrolle einer sehr kleinen Minderheit, die traditionell dem

²²⁾ Die damit verbundene Problematik zeigt folgendes Beispiel: Der Leiter des Amtes für Rüstungsforschung und Rüstungstechnik im Pentagon, Dr. Foster, begründete im Juli 1970 die Notwendigkeit der Fortentwicklung des „Safeguard“-Raketenabwehrsystems und der MIRV-Raketen mit dem Hinweis darauf, daß die Sowjets ihr SS-9-Potential jährlich um etwa 50 Raketen dieses Typs verstärkten (FAZ, 22. 7. 1970). Im Dezember 1970 bestätigte dagegen das Pentagon Berichte, wonach die SU 1970 nur etwa 25 Raketen dieses Typs in Dienst gestellt hätte (Der Tagesspiegel, 18. 12. 1970). Die jährliche Indienstellungsrate war also um ca. 50 % überschätzt worden.

²³⁾ F. Trippett, a. a. O., S. 27.

²⁴⁾ Dazu ein Kritiker zu Lairds Buch: „A House Divided“ (erschienen 1962): „It was the language of Urban II and Peter the Hermit, passionately firing up the Christian West for two centuries of bloody Crusades against the heathen East.“ (Ebenda.)

²⁵⁾ CSM, 23. 4. 1970.

¹⁸⁾ Frank Trippett, Melvin Laird, Secretary of Defense (American Militarism: The Power People), in: Look, 26. 8. 1969, S. 24.

¹⁹⁾ IHT, 15. 4. 1969.

²⁰⁾ L. Bruce v. Voorst, a. a. O.

²¹⁾ IHT, 8. 4. 1969.

menschlichen Leben einen ziemlich geringen Wert beimißt. Es ist sehr schwierig, wenn nicht gar unmöglich für uns, präzise abzuschätzen, welcher Grad an Zerstörungen und Verlusten in ihrer Vorstellungswelt erforderlich ist, um sie vom Gebrauch atomarer Waffen, die sie haben werden, gegen uns abzuschrecken. Dies ist wahrscheinlich die Schlüsselfrage in dieser Angelegenheit.“²⁶⁾

Diese Erklärungen wurden abgegeben, obwohl sich inzwischen „offenkundig das strategische Konzept der chinesischen Führung und ihre . . . geradezu fatalistische Betrachtungsweise eines Atomkrieges gewandelt“²⁷⁾ hat. Ein im Januar 1970 von Radio Peking gesendeter Kommentar gab Anlaß zu dieser Beurteilung: „Der USA-Imperialismus und der Sozialimperialismus überschätzen die Rolle der Atomwaffen bis ins Magische. Sie haben Nuklearwaffen, aber wir haben sie auch. Wenn sie Atomwaffen dazu benutzen, um die Völker Chinas und der Welt zu bedrohen, so sind sie heute in gleichem Maße einer atomaren Bedrohung ausgesetzt.“²⁸⁾

Aus der Formulierung des Kommentars („in gleichem Maße“) geht hervor, daß auch in Peking die atomare Pattsituation ins politische Kalkül gezogen wird. In Washington wurde dies bei der Beurteilung der „rotchinesischen Bedrohung“ unbeachtet gelassen; wohl aber erklärte Minister Laird im Mai 1970 vor den Senatoren des Senatsverteidigungsausschusses, durch den Start des ersten Satelliten der Volksrepublik sei eine neue Situation für die amerikanische Verteidigungsplanung entstanden; der Ausbau des „Safeguard“-Systems um sechs weitere Stellungen sei unbedingt notwendig.

Dieser Vorgang zeigt den einseitigen Informationsselektionsprozeß. Informationen über den Gegner haben nicht die Funktion, sich ein möglichst realistisches Bild über seine Absichten und Möglichkeiten zu machen, sondern erfüllen den Zweck, die eigenen Absichten (die eigenen Rüstungsanstrengungen) zu rechtfertigen. Dieser Eigenbezug der Rüstung wird auch personell in den Gremien abgesichert, die für die Beurteilung des möglichen Gegners und der von ihm ausgehenden Bedrohung verantwortlich sind.

Im Zusammenhang mit seiner Entscheidung über den Beginn des „Safeguard“-Programms erklärte Präsident Nixon im Weißen Haus am 14. 3. 1969: „Das von mir befürwortete Pro-

gramm basiert auf einer sorgfältigen Abschätzung der sich entwickelnden sowjetischen und chinesischen Bedrohung. Ich habe den Beratungsausschuß des Präsidenten in Fragen der Auslandsaufklärung (President's Foreign Intelligence Advisory Board), eine unparteiische Gruppe verdienter Bürger — angewiesen, eine jährliche Abschätzung der Bedrohung zu erstellen, die unsere regulären nachrichtendienstlichen Beurteilungen ergänzen wird. Jede Phase des Ausbaus wird begutachtet werden, um sicherzustellen, daß wir so viel wie nötig tun, aber auch nicht mehr als angesichts der zur betreffenden Zeit bestehenden Bedrohung notwendig erscheint.“²⁹⁾

Zu den Mitgliedern des „President's Foreign Intelligence Advisory Board“, der sich aus insgesamt zehn Persönlichkeiten der amerikanischen Wirtschaft und früheren Mitgliedern der Exekutive zusammensetzt, zählt u. a. Dr. William O. Baker, Vizepräsident der „Bell Telephone Laboratories“, einer Tochtergesellschaft der „American Telephone and Telegraph Company“, die das größte Fernmelde-monopol der Welt besitzt und gleichzeitig zu den 50 „top defense contractors“ gehört.

Die „Bell Laboratories“ sind seit langem an der Entwicklung eines amerikanischen Antiraketensystems beteiligt. Eine weitere Tochtergesellschaft der „Mutter Bell“, die „Western Electric“ arbeitet ebenfalls an der ABM-Entwicklung mit³⁰⁾.

Sechs Tage, nachdem Nixon seine Erklärung über den Beginn des Antiraketenprogramms abgegeben hatte, ernannte er als neues Mitglied des „President's Foreign Intelligence Advisory Board“ Franklin D. Murphy, Board Chairman des kalifornischen Verlagsunternehmens Times-Mirror Corporation³¹⁾.

Es läßt sich kaum bestreiten, daß die Interessenlage eines Verlagsunternehmens von der wirtschaftlichen Interessen- und Struktur-lage des Gebietes mitbestimmt wird, in dem es ansässig ist.

²⁶⁾ Nixon: „It is my duty . . .“ (text of President Nixon's statement on the anti-ballistic-missile program issued at the White House on March 14, 1969), in: U. S. News & World Report, 24. 3. 1969, S. 40.

³⁰⁾ Die Gesellschaft bezog 1969 ca. 12 % ihrer Gewinne aus dem Safeguard-Vertrag (535 Mill. Dollar). (Die Welt, 23. 5. 1970). Anteil der „American Telephone and Telegraph Company“ an der Auftragsvergabe des Pentagons:

Rang im Finanzjahr	Kontraktsumme (in Mill. Dollar)
1967:	8
1968:	6
1969:	6
1970:	4
	931

³¹⁾ IHT, 22. 3. 1969.

²⁶⁾ Chalmers M. Roberts, The „Blackmail Issue“ in Nixon's ABM Policy, in: IHT, 8. 6. 1970, S. 4.

²⁷⁾ FAZ, 30. 1. 1970.

²⁸⁾ Ebenda.

Nach einer Veröffentlichung des US-Verteidigungs- und Handelsministeriums vergab das Pentagon im Zeitraum eines Jahres (Ende: 30. 6. 1968) an „prime military contracts“ 9 165 Mill. Dollar nach Kalifornien; diese Rüstungsaufträge machten 12,5 % am Gesamteinkommen Kaliforniens aus³²⁾. Der Bodenbesitz des Verteidigungsministeriums in Kalifornien ist der größte von allen amerikanischen Bundesstaaten (4 335 068 acres)³³⁾; ebenso führt Kalifornien in der Zahl der Beschäftigten in „defense-generated jobs“ (767 400 = 9,3 % der gesamten Arbeitskräfte des Landes)³⁴⁾. Allein 40 % der Beschäftigten Amerikas in der Luft- und Raumfahrtindustrie (= 548 000 Mann) arbeiten hier und erzielten 1965 $\frac{1}{3}$ der industriellen Produktion³⁵⁾. Dieser Industriezweig stellte ebenfalls 1965 38 % aller Arbeitsplätze in der Industrie³⁶⁾. Von den in Kalifornien ansässigen McDonnell-Douglas-Werken wird die dreistufige Feststoffrakete „Spartan“ gebaut, die neben der „Sprint“-Rakete das Antiraketensystem „Safeguard“ bestückt.

Wenn die Wirtschaft Kaliforniens als „defenseminded“ (rüstungsorientiert) gilt und durch die Auftragsvergabe eines Hauptteils des ABM-Systems vom „Safeguard“-Projekt unmittelbar betroffen ist, fällt die Vorstellung schwer, Mr. Murphy könne bei seiner Beurteilung über die Notwendigkeit eines weiteren Ausbaus von „Safeguard“ ein Urteil abgeben, das vom wirtschaftlichen „background“ seines Landes unbeeinflusst bleibt. Jedenfalls läßt das Beispiel von Ronald Reagan, Gouverneur des Staates Kalifornien, einen solchen Verdacht nicht unbegründet erscheinen: Auf einer Konferenz republikanischer Gouverneure, die im Mai 1969 stattfand, erhielt Vizepräsident Agnew bei seinem Versuch, Zustimmung zur ABM-Entscheidung des Präsidenten zu erhalten, nur Unterstützung von Reagan, der als einziger der Gouverneure forderte, die Konferenz solle eine befürwortende Resolution zur ABM-Entscheidung verabschieden — die übrigen Konferenzteilnehmer wandten ihr Interesse den innenpolitischen Problemen ihres Landes zu³⁷⁾.

V. Interaktionshäufigkeit oder Eigendynamik des Rüstungswachstums

Die Fragwürdigkeit der „McNamara-Philosophy“

Dieter Senghaas kommt in seiner Studie „Zur Analyse von Drohpolitik in den internationalen Beziehungen“ zu dem Schluß: „Die Rüstungskomplexe in Ost und West sind zwar lose aufeinander bezogen, doch ihr wirkliches Wachstum wird heute hier und dort autonom in den jeweiligen Abschreckungsgesellschaften bestimmt. Das mag zu Beginn der Geschichte des Kalten Krieges in der Tat anders gewesen sein. Doch heute würden wir die politische Realität verkennen, wenn wir das Abschreckungssystem als ein System mit hoher Interaktionshäufigkeit zwischen der Sowjetunion und den USA interpretieren würden.“³⁸⁾

Konträr zu diesem Urteil sind die Aussagen der Akteure:

Verteidigungsminister McNamara: „Man muß erkennen, daß die Sowjetunion und die USA einander bei ihren strategischen Plänen beeinflussen. Es ist gerade dieses Phänomen von Aktion und Reaktion, daß ein Wettrüsten auf Hochtouren hält.“³⁹⁾

Roswell L. Gilpatric, Vizeverteidigungsminister unter McNamara: „Einer der erschreckendsten Aspekte des amerikanisch-sowjetischen Gleichziehens ist der unerbittliche Rhythmus, in dem Aktion und Reaktion aufeinander folgen. Ex-Verteidigungsminister Robert S. McNamara nannte es einmal die wahnsinnige Triebkraft, die neue Kernwaffensysteme mit sich bringen.“⁴⁰⁾

Die Feststellungen von McNamara und Gilpatric über die nach ihrer Meinung vorhandene Rüstungsinterdependenz zwischen den Supermächten erinnern an den Ablauf eines Schachspiels: Unternimmt der Gegner einen Zug, begegnet man ihm mit einem Konterzug, der wiederum einen neuen Zug des Gegners auslöst, usw.

Die Annahme, dem Wettrüsten liege ein Aktions-Reaktions-Phänomen zugrunde, führt

³²⁾ Military-Industrial Complex, The Facts vs. the Fictions, in: U. S. News & World Report, 21. 4. 1969, S. 62.

³³⁾ Time, 27. 1. 1967, S. 15.

³⁴⁾ Impact of deep cuts in Defense, in: U. S. News & World Report, 16. 2. 1970, S. 31.

³⁵⁾ CSM, 21. 2. 1970 u. 18. 7. 1969.

³⁶⁾ Ebenda, 18. 7. 1969.

³⁷⁾ Newsweek, 12. 5. 1969, S. 31.

³⁸⁾ Dieter Senghaas, Zur Analyse von Drohpolitik in den internationalen Beziehungen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, B 26/70, 27. 6. 1970, S. 32.

³⁹⁾ Robert S. McNamara, a. a. O., S. 134.

⁴⁰⁾ Roswell L. Gilpatric, Ein neues Wettrüsten steht bevor, in: Der Spiegel, Nr. 17, 22. 4. 1968, S. 142.

unter dem Gesichtspunkt der Rüstungskontrolle zwangsläufig zu dem Schluß (in der Analogie des Schachspiels): Begnügt man sich, die einmal im Spiel erreichten Positionen zu stabilisieren und von weiteren Zügen abzusehen, die zu einer Niederlage des Gegners führen könnten, wird auch beim Gegner die Neigung wachsen, ebenfalls seine Positionen zu stabilisieren und von Angriffszügen abzusehen, die Konterzüge des Gegenspielers wieder herausfordern könnten, da bei einer Fortführung des Spiels sich auch für ihn die Wahrscheinlichkeit einer Niederlage erhöhen würde, während bei einem „Einfrieren“ des Spiels ein beiderseitiges Patt erreicht wäre, das beide Seiten vor einer Niederlage bewahrt („If we don't do it, the Russians won't“).

Nach Auffassung McNamaras hat der beiderseitige Ausbau einer gesicherten „Zweitschlagskapazität“ beide Supermächte in eine Situation geführt, die es ihnen unmöglich macht, eine Erstschlagskapazität zu erreichen, da ein solcher Versuch stets durch die Gegenseite wieder vereitelt werden kann⁴¹⁾. Damit war nach McNamara ein Zustand erreicht, bei dem jede neue Rüstungsanstrengung den einmal erreichten Zustand der gegenseitigen Abschreckung nur auf einer höheren, d. h. kostspieligeren Ebene wieder reproduziert, die grundlegende Abschreckungssituation aber nicht ändern kann und kein zusätzlicher Sicherheitsgewinn eintritt: „Die Neueinführung eines weiteren Waffentyps ist nicht unbedingt gleichbedeutend mit einer Erhöhung unserer nationalen Sicherheit.“⁴²⁾ Deshalb setzte McNamara als „erstes Kriterium“ für die eigene Waffenentwicklung die Frage, „ob ein System auch tatsächlich zur Festigung unserer nationalen Sicherheit beiträgt. Die Vereinigten Staaten können eine umfassende Entwicklung von Waffensystemen nicht einmal ernstlich erwägen, ehe dieses grundlegende Erfordernis nicht erfüllt ist.“⁴³⁾

Diese Botschaft wurde auch dem strategischen Gegenspieler, der Sowjetunion, verdeutlicht. In einer Rede, die John T. McNaughton, Assistant Secretary of Defense for Arms Control, im Dezember 1962 in Ann Arbor hielt, führte er u. a. aus:

„Wir müssen bei jeder Entscheidung, die wir treffen, die Stabilität und den dynamischen Effekt auf das Rüstungswettrennen berücksichtigen. Dies ist der Fall bei allen Entscheidungen, ob sie im Bereich der strategischen Doktrin, der Streitkräftestruktur oder auf dem Forschungs- und Entwicklungssektor liegen. Wenn

wir vor der Notwendigkeit stehen, in irgendeinem dieser drei Schlüsselsektoren Entscheidungen zu treffen, dann sollten wir dies vor dem Hintergrund zweier Fragen tun:

Wie wird die Entscheidung die Stabilität beeinflussen — Stabilität vor technologischen Überraschungen, vor Unglücken und unerwarteten oder irrtümlich herbeigeführten Ereignissen, vor einer Haltung, durch die jede Konfrontation sich in Gewalt verwandelt? Und in welcher Weise wird die Entscheidung dazu beitragen, das Rüstungswettrennen entweder zu beschleunigen oder zu dämpfen?

Die Vereinigten Staaten sind dabei, Maßnahmen zu treffen, mit denen erreicht werden soll, daß ihre Militärmacht vernünftig zusammengesetzt und kontrolliert wird. Wir können nur hoffen, daß die Sowjetunion sich ebenfalls darauf vorbereitet, ähnliche Maßnahmen zu ihrer eigenen Sicherheit und zur Sicherheit für die gesamte Welt zu treffen.“⁴⁴⁾

Die „McNamara-Philosophy“ (eigentlich auch eine „McNaughton-Philosophy“) erweist sich jedoch dann als unrealistisches Konzept, wenn sich die Richtigkeit der These von Senghaas, wonach von einer Interaktionshäufigkeit beider Abschreckungssysteme gar nicht die Rede sein könne, da sich das Rüstungswachstum autonom in den Gesellschaften vollziehe, herausstellt.

Es ist schon dargelegt worden, daß ein wesentlicher Faktor für eine tatsächliche Interaktion die Möglichkeit ist, verlässlich die Aktionen des Gegners zu bestimmen. Nur wenn man weiß, welche Aktionen der Gegner plant, kann man in entsprechender Weise reagieren. Besteht aber in dieser Hinsicht Unsicherheit oder Ungewißheit, so wird das eigene Handeln den Charakter präsumptiver Aktion annehmen: Man reagiert nicht auf das, was der Gegner unternimmt, sondern auf das, wovon man glaubt, daß der Gegner imstande sei, es zu tun. Dann jedoch wird (und dies um so mehr, je weniger verlässliche Information man hat) das „Feindbild“ zum eigentlichen Auslöser der Rüstungsmaßnahmen. Hinzu kommt der Zwang zur langfristigen Planung der eigenen Rüstungsaktivitäten, der wiederum eine langfristige Festlegung des „Feindbildes“ impliziert — schon aus der Notwendigkeit, die einmal entwickelten Rüstungsprodukte auch absetzen zu können⁴⁵⁾.

⁴¹⁾ William W. Kaufmann, *The McNamara Strategy*, New York 1964, S. 146 f.

⁴²⁾ Dazu Edward J. Lefevre, Vizepräsident und Leiter des Washingtoner Büros der General Dynamics Corp.: „One must believe in the long-term threat.“ (J. K. Galbraith, *How to control the Military*, in: *Harper's Magazine*, Juni 1969, S. 35).

⁴³⁾ Robert S. McNamara, a. a. O., S. 130 u. S. 134.

⁴⁴⁾ Ebenda, S. 138.

⁴⁵⁾ Ebenda.

Gerade der technologische Aspekt zeigt die Fragwürdigkeit des Aktions-Reaktions-Schemas. Die Dynamik des Wettrüstens entzündet sich nicht am Treiben in der Rüstungswerkstätte des Gegners, sondern an den eigenen Rüstungsaktivitäten. So erklärte beispielsweise Verteidigungsminister Laird in einem Presseinterview auf die Frage, ob die amerikanische Polaris-Flotte weiterhin ein unverwundbares Waffensystem bleiben werde:

„Ich kann diese Versicherung nicht für einen weitreichenden Zeitraum geben. Ich weiß, was wissenschaftlich entwickelt werden kann. Ich kenne einige der Dinge, an denen wir gerade arbeiten. Und ich unterbewerte nicht die wissenschaftliche Leistungskraft der Sowjetunion in dem Maße, daß ich sagen wollte, unsere Polarisflotte sei für alle Zeiten unverwundbar.“⁴⁶⁾

Lairds Antwort verdeutlicht das paradoxe Phänomen, daß die eigenen rüstungstechnischen Entwicklungen das Vertrauen in das bestehende Rüstungsgleichgewicht verunsichern. Dadurch entwickelt sich eine Eigendynamik, bei der das Ausmaß der eigenen Rüstung nicht von der Einschätzung der politischen Absichten des Gegners bzw. dessen Rüstungsaktivitäten bestimmt wird, sondern von den Möglichkeiten der eigenen Technologieentwicklung. *Die eigene rüstungstechnische Entwicklung wird praktisch zur Maßgröße für die Bedrohung der nationalen Sicherheit:* Je mehr und je besser eine Nuklearmacht im Atomzeitalter rüstet, desto größer wird in ihren Augen die Bedrohung der eigenen Sicherheit.

Am Stand der eigenen Rüstung wird die Bedrohung abgelesen. Die mögliche Bedrohung durch den potentiellen Gegner in Gestalt seiner Rüstungsaktivitäten hat hier die Funktion, das Wachstum des eigenen Rüstungskomplexes nach außen (beispielsweise vor der nationalen oder internationalen Öffentlichkeit) zu rechtfertigen bzw. sicherzustellen. Alarmmeldungen über finstere Machenschaften des Kremls erhöhen die Ausgabenfreudigkeit für Rüstungsprojekte.

Hinter der Dynamik militärtechnologischer Entwicklung verbirgt sich die Forschungsinitiative der Rüstungsforscher, deren Arbeiten naturgemäß dann den reichen Segen staatlicher Finanzmittel erhalten, wenn die nationale Sicherheit als gefährdet gilt. Dies führt dazu, daß für die Beteiligten in den Forschungslaboratorien die nationale Sicherheit bereits dann

⁴⁶⁾ What's the Answer to ABM and the war? As Defense Secretary Laird Sees It — Exclusive Interview, in: U. S. News & World Report, 7. 4. 1969, S. 34.

gefährdet ist, wenn die Zuschußmittel des Pentagons gekürzt werden, von denen sie weitgehend abhängig sind (Jack Ruina, früherer Direktor des „Advanced Research Projects Agency“ im Pentagon: „Sie können erklären, sie wollen die Laboratorien nicht mehr mit militärischen Forschungsarbeiten beschäftigen, aber wer zahlt denn die Gehälter der Wissenschaftler weiter?“⁴⁷⁾

Dieser Interessenbezug der Forschungsinstitute auf die Vergabe von Forschungsmitteln durch das Pentagon bringt sie in einen Interessenkonflikt zu ihrer — nicht weniger wichtigen — Aufgabe als Lieferanten von Studien über die strategischen Kapazitäten und Entwicklungen auf der Gegenseite, denn ihre Beurteilungen über die Aktivitäten des Gegners beeinflussen den Umfang der eigenen Anstrengungen auf diesen Gebieten — die Entscheidung also über die eigenen rüstungstechnischen Forschungsprioritäten und die damit verbundene Verteilung des Forschungsbudgets.

Mit ihren Forschungsanstrengungen konterkarieren sie politische Entscheidungen der amerikanischen Regierung im Hinblick auf sowjetische Reaktionen im ABM-Entwicklungsektor.

Der Entschluß Präsident Nixons, das Safeguard-System anstelle früherer Überlegungen nicht zum Schutz amerikanischer Städte, sondern zum Schutz der landgestützten ICBM-Streitmacht zu verwenden, wurde als Entscheidung gewertet, man wolle der sowjetischen Seite zeigen, daß die USA keine Erhöhung ihrer Schadensbegrenzungskapazität anstrebe — gleichbedeutend mit einer Minderung der sowjetischen Vergeltungskapazität —, sondern nur den Schutz ihrer eigenen Vergeltungskapazität: „Das Programm ist nicht provokativ. Die sowjetische Vergeltungskapazität wird durch unsere Entscheidung nicht berührt. Die Kapazität eines Überraschungsangriffs gegen unsere strategischen Streitkräfte wird vermindert. Mit anderen Worten, unser Programm bietet einen Anreiz für eine verantwortungsvolle sowjetische Rüstungspolitik und für die Vermeidung einer Eskalation des amerikanischen und sowjetischen Budgets für strategische Waffen.“⁴⁸⁾

ABM-Konsultant Edward Teller: „Ich möchte genauso auch die Bevölkerungszentren verteidigen. Allerdings ist es sinnvoll — wie es der Präsident vorgeschlagen hat — mit der Inbetriebnahme bei den Raketenstellungen zu

⁴⁷⁾ Ruth Gelmis, American Militarism, The University Arsenal, in: Look, 26. 8. 1969, S. 35.

⁴⁸⁾ Siehe Anm. 29.

beginnen. Durch die Verteidigung der Raketenstellungen und die Sicherung unserer Vergeltungs-Streitmacht machen wir einen Angriff weniger wahrscheinlich und finden zugleich heraus, wie man die Bevölkerungszentren verteidigen kann, ob und wann dies möglich erscheint. Wenn ich beginne, die Städte zu verteidigen, so möchte ich sie wirkungsvoll verteidigen.“⁴⁹⁾

Die Versicherung des amerikanischen Präsidenten, das amerikanische ABM-System sei nicht provokativ, kann für die Verantwortlichen der sowjetischen strategischen Rüstung kaum beruhigend sein, wenn zugleich die amerikanischen ABM-Forschungen mit dem Ziel betrieben werden, herauszufinden, ob die Entwicklung einer wirksamen Städteverteidigung möglich ist.

VI. Das quantitative Kräfteverhältnis auf dem Nuklearsektor

Die bisherigen Ausführungen haben die Schwierigkeiten bei der Beurteilung von Veränderungen der strategischen Rüstung gezeigt.

Im folgenden soll nun der Versuch gemacht werden, diese Veränderungen im Zeitraum nach der Kuba-Krise (1962) darzustellen. Was

⁴⁹⁾ ABM — The Case for and against, Interview with Edward Teller, Consultant on the ABM, in: U. S. News & World Report, 26. 5. 1969, S. 88.

den quantitativen Aspekt betrifft, so ist er auf amerikanischer Seite gekennzeichnet durch die Festschreibung der Zahl landgestützter ICBMs (1054) und auf Atom-U-Booten untergebrachten Raketen (656), während die sowjetische Seite die USA in der Zahl landgestützter ICBMs eingeholt und nach Angaben des Instituts für Strategische Studien in London (ISS) inzwischen sogar überholt hat.

Das strategische Kräfteverhältnis der Nuklearmächte

Zeitpunkt	Vereinigte Staaten				Sowjetunion			
	ICBM	SLBM	bem. Bomber	ICBM u. SLBM ^{a)} (jeweils Frühjahr)	ICBM	SLBM	bem. Bomber	
1963				500	75			
1964 ^{b)}	925	480	630	667	200	200	120	200
1965 ^{b)}	854	544	625	1 405	320	270	120	200
1966 ^{c)}	854	544	625	1 398	390	270	120	200
Okt. ^{d)}						340		
1967 ^{c)}	1 054	656	620	1 558	450	470	160	150
Okt. ^{d)}						720		
1968 ^{e)}	1 054	656	520	1 710	650	800	130	200
1969 ^{e)}	1 054	656	450			1 050	160	200
1970 ^{f)}	1 054	656				1 300	205	

a) Die Spiegel, 25. 9. 1967, S. 122 (ohne Quellenangabe).

b) Die Zeit, 26. 11. 1965 (Quelle: ISS).

c) Die Zeit, 22. 9. 1967 (Quelle: ISS).

d) The Times, 2. 2. 1968 (Quelle: McNamara).

e) Curt Gasteyer, Die Welt in Waffen, Rüstungsstand und militärisches Kräfteverhältnis 1969, in: Die Weltwoche Nr. 1872, 26. 9. 1969, S. 9 (Quelle: ISS).

f) FAZ, 4. 9. 1970 (Quelle: ISS).

Der zahlenmäßige Vorsprung auf sowjetischer Seite gleicht sich wieder zugunsten der USA aus, faßt man den Bestand an ICBMs und SLBMs (submarine-launched ballistic missiles) zusammen, da der amerikanische Vorsprung bei den von See aus eingesetzten Trägerwaffen 3 : 1 beträgt ⁵⁰⁾:

USA	1 054 + 656 = 1 710
UdSSR	1 300 + 205 = 1 505

Der quantitative Aspekt errechnet sich jedoch nicht allein nach der Anzahl der verfügbaren Trägermittel (Raketen und Langstreckenbomber); viel wichtiger ist das Zahlenverhältnis der auf beiden Seiten einsetzbaren Nuklear-

sprengköpfe mit den zur Verfügung stehenden Einsatzmitteln. Hier besitzen die USA trotz der sowjetischen Anstrengungen, die Raketenlücke zu beseitigen, eine Überlegenheit von mindestens 2 : 1 (nach den Schätzungen des ISS) ⁵¹⁾:

Einsatzmittel (Delivery system)	Sprengköpfe (Warheads)	
	USA	UdSSR
ICBMs	1 054	1 200
SLBMs	1 328	230
Strateg. Bomber	1 853	450
Gesamt	4 235	1 880

VII. Die amerikanische und die sowjetische „second-strike-capability“

Nun beruht die atomare Abschreckung nicht auf der Zahl der zur Verfügung stehenden Raketen, sondern auf der gesicherten Fähigkeit beider Atommächte — selbst nach Hinnahme eines atomaren Überraschungsschlages des Gegners —, den Vergeltungsschlag zu führen, „und zwar so radikal, daß sein Gesellschaftgefüge nach den Begriffen des 20. Jahrhunderts einfach ausgeschaltet wäre“ ⁵²⁾.

Dies erfordert für die strategischen Streitkräfte beider Supermächte nicht nur eine ausreichende Zahl von Trägermitteln und dazugehörigen nuklearen Sprengköpfen — vielmehr müssen die Abschreckungsmittel so geschützt sein, daß ihre Funktion für den zweiten Schlag gesichert ist.

Die amerikanischen Maßnahmen zur Sicherung des Überlebens ausreichender Atomstreitkräfte des zweiten Schlages nach einem feindlichen Überraschungsangriff umfassen neben einer Verminderung der Verwundbarkeit strategischer Bomber ⁵³⁾ und der Schaffung mobiler Raketenstreitkräfte (Polaris-U-Boote) noch die „Härtung“ von Raketenstellungen durch ihre Verbunkerung. Ende April 1962 wurde der erste solcher „Raketen-Silos“ für eine Staffel von „Titan“-Flüssigkeitsraketen im amerikanischen Bundesstaat Colorado in Betrieb genommen; im darauffolgenden Dezember konnten die ersten 20 in gehärteten Silos stationierten „Minuteman“-Raketen im Bundesstaat Montana Startbereitschaft melden ⁵⁴⁾. Die gesamte „Minuteman“-Streitmacht von 1000 Ra-

keten wurde in unterirdische Silos auf sechs Großkomplexe des Strategic Air Command (SAC) über fünf Bundesstaaten der USA verteilt ⁵⁵⁾.

Da die sowjetischen Raketenkonstrukteure bei ihren Planungen vorausgesetzt hatten, das Gewicht der Nuklearsprengköpfe könne nicht vermindert werden, geriet die erste Generation sowjetischer ICBMs zu groß, um in Bunkern untergebracht zu werden. Im Gegensatz zu den amerikanischen „Polaris“- und „Minuteman“-Raketen handelte es sich bei den sowjetischen ICBMs um Flüssigkeitsraketen, deren empfindlicher Treibstoff einen dauernden Alarmstartzustand unmöglich machte ⁵⁶⁾. Aus Vorsichtsgründen lagerten die sowjetischen Bedienungsmannschaften die Atomsprengköpfe der Raketen fast 80 km von den Abschussbasen entfernt ⁵⁷⁾. Erstmals am 9. Mai 1966 wurde bei der traditionellen Militärparade eine Drei-Stufen-Rakete mit festem Brennstoffantrieb gezeigt ⁵⁸⁾. Zur Jubiläumsparade im November 1967 führten die sowjetischen Raketenkonstrukteure eine „in ihren Ausmaßen verblüffend“ kleine Rakete mit „interkontinentaler Reichweite“ vor.

⁵⁰⁾ IHT, 13. 4. 1970.
⁵¹⁾ Ebenda.
⁵²⁾ Robert S. McNamara, a. a. O., S. 128.
⁵³⁾ Annähernd 40 % der ca. 600 Langstreckenbomber stehen in dauernder Alarmbereitschaft (ebenda, S. 130).
⁵⁴⁾ Minuteman & the Gap, in: Time, 14. 12. 1962, S. 22 f.

⁵⁵⁾ Vgl. dazu: A. Bärwolf, Die tödlichen vier Schlüssel, Minuteman — Amerikas stärkste Abschreckungswaffe, in: Die Welt v. 7. Jan. 1967, S. 5; W. v. Raven, Bunker der Minuteman-Raketen gleichen unsichtbaren Festungen, in: Die Welt v. 25. 7. 1969, S. 5; A. Weinstein, Begegnungen mit der Zukunft, in: FAZ, 4. 3. 1967, u. R. Winter, Der Tod liegt im Kartoffelacker, in: Der Stern, Nr. 18, 26. 4. 1970, S. 66 ff.
⁵⁶⁾ Siehe Anm. 4.
⁵⁷⁾ Edward Klein u. Robert Littell, Ein Signal aus Ann Arbor. Wie Kennedy den Sowjets ein Atomgeheimnis verriet, in: Der Spiegel, 12. 5. 1969, S. 124.
⁵⁸⁾ Offenbach-Post, 2. 7. 1965.

(„Bei dieser strategischen Waffe sind deutlich die gegenwärtigen Tendenzen im sowjetischen Raketenbau zu erkennen: Neuartige Treibstoffe und modernste elektronische Systeme lassen eine wesentliche Verkleinerung der Flugkörper zu.“⁶⁵⁾ Ein aus dem gleichen Anlaß in- und ausländischen Journalisten in Moskau gezeigter Dokumentarfilm bot das Bild eines großen Holzstoßes irgendwo in den sibirischen Wäldern, der plötzlich lautlos zur Seite rollte und den Blick auf die Öffnung eines Raketensilos freigab⁶⁶⁾. Marschall N. I. Krylow, Befehlshaber der sowjetischen Raketentruppen, erklärte einem Prawda-Korrespondenten 1968 (zum Tag der sowjetischen Raketen- und Artillerietruppen): „Die Abschußbasen in unterirdischen Silos besitzen zuverlässigen Schutz, der sie vor Angriffsschlägen des Feindes sichert.“⁶⁷⁾

Analog zum amerikanischen Bemühen unternahmen die Sowjets Schritte zur Mobilmachung ihrer Raketestreitkräfte — soweit sie nicht in gehärteten Silos untergebracht wurden und beseitigten damit eine weitere Schwäche ihrer Raketentruppen.

Durch Fotos von U-2-Aufklärungsmaschinen, an deren Stelle 1961 Aufklärungssatelliten getreten sind, hatte die CIA erkunden können, daß sämtliche Abschußrampen sowjetischer ICBMs entlang der Transsibirischen Eisenbahn in Stellung gebracht worden waren. Schuld an dieser relativen Unbeweglichkeit der sowjetischen Raketennacht war der Umstand, daß Raketen, Treibstoff und Zusatzgeräte von den Russen nur auf dem Schienenweg transportiert werden konnten und es daher notwendig war, die Raketenstellungen in Schienennähe aufzubauen⁶⁸⁾. Mängel des Funkleitverfahrens verhinderten ebenfalls die Auseinanderziehung der Raketen⁶⁹⁾.

Im November 1965 erklärte Generaloberst Tolubkow, stellvertretender Befehlshaber der Raketentruppen, die Sowjetunion sei angesichts der Möglichkeiten der Luft- und Satellitenaufklärung dazu übergegangen, ihre ICBMs auf bewegliche Abschußrampen zu montieren⁶⁴⁾; auf der Moskauer Jubiläumsparade wurden 1967 fahrbare Abschußrampen auf außerordentlich geländegängigen Fahrzeugen vorgeführt, von denen die sowjetische Armeezeitung „Krasnaja Swesda“ (Roter Stern) schrieb, sie seien „für den Gegner unver-

wundbar. Er ist nicht in der Lage, sie auszumachen und zu vernichten.“⁶⁵⁾

Die Sowjetunion hat aber nicht nur Schritte unternommen, ihre Raketestreitkräfte zu Lande beweglich zu machen — ähnlich der amerikanischen Polarisstreitmacht entwickelte sie Einsatzsysteme ballistischer Raketen zur See. Bei einem Amerikabesuch hatte der damalige Erste stellvertretende sowjetische Ministerpräsident Frol Koslow in einem Gespräch mit Vizeadmiral Hyman Rickover, Chef der AEC-Naval Reactors Branch, erklärt: „Es ist besser, nukleare Überwasserschiffe zu bauen, anstatt Atom-U-Boote, die dem Zwecke der Zerstörung dienen.“⁶⁶⁾ Noch 1967 urteilte der Chef der U-Boot-Abwehrstreitkräfte der US-Marine, Vizeadmiral Charles B. Martell, folgendermaßen: „Wir haben es mit Gentlemen zu tun. Dort, wo wir sie nicht haben wollen — vor der Küste von Vietnam und den USA — lassen sie sich nicht blicken.“⁶⁷⁾

Im April des vorigen Jahres erklärte ein Pressesprecher des Pentagons, man würde im Verteidigungsministerium nicht „überrascht“ sein, wenn nicht mindestens ein sowjetisches Atom-U-Boot der Y-Klasse vor der amerikanischen Atlantikküste auf „effektiver Patrouille“ sei⁶⁸⁾. Am 10. 6. 1970 gab das Pentagon die Existenz einer Patrouillenzone sowjetischer U-Boote der Y-Klasse vor der Küste Grönlands bekannt⁶⁹⁾ und Marineminister Chaffee enthüllte einige Zeit später, daß vor der amerikanischen Küste regelmäßig sowjetische U-Boote, die dem Polaris-Typ vergleichbar seien, patrouillierten⁷⁰⁾. Bei dem im April 1970 durchgeführten Manöver „Ozean“ der sowjetischen Kriegsmarine wurden nach einer TASS-Meldung Raketen-schießversuche von getauchten sowjetischen Atom-U-Booten unternommen⁷¹⁾.

Die gegenwärtige Feuerkraft aller sowjetischen U-Boote wird auf ca. 200 ballistische Raketen geschätzt⁷²⁾.

Neben den Anstrengungen, die sowjetischen Raketestreitkräfte zu härten und ihre Mobilität zu erhöhen, mußten die sowjetischen Nuklearstrategen das Problem der Treffsicherheit ihrer Raketen lösen.

Der Oberbefehlshaber der sowjetischen Luftstreitkräfte, Marschall der Luftwaffe Werschich-

⁶⁵⁾ ND, 15. 11. 1967.

⁶⁶⁾ upi 86 ur gg 1426 v. 30. 10. 1967.

⁶⁷⁾ Prawda, 19. 11. 1968, S. 2.

⁶⁸⁾ Siehe Anm. 4.

⁶⁹⁾ Vgl. H. v. Przychowski, Geheimnisvolle Himmelsaugen blicken auf die Erde, in: Der Tagesspiegel, 25. 12. 1969, S. 15.

⁷⁰⁾ Frankfurter Neue Presse, 19. 11. 1965.

⁶⁵⁾ ND, 12. 11. 1967.

⁶⁶⁾ Time, 20. 7. 1959, S. 20.

⁶⁷⁾ Der Spiegel, Nr. 6, 30. 1. 1967, S. 81.

⁶⁸⁾ IHT, 25. 4. 1970.

⁶⁹⁾ Ebenda, 12. 6. 1970.

⁷⁰⁾ Der Tagesspiegel, 29. 10. 1970.

⁷¹⁾ Die Welt, 30. 4. 1970.

⁷²⁾ Das Anwachsen der sowjetischen Seemacht (I), in: NATO-Brief 4/1970, S. 14.

min, hatte einem Korrespondenten der „Pravda“ am 8. 9. 1957 erklärt: „Bei den modernen Zerstörungsmitteln der Kriegsführung braucht man Flugzeuge oder Raketen nicht genau auf ein militärisches Ziel zu richten.“⁷³⁾

Der bei der Explosion thermonuklearer Waffen entsprechende radioaktive Fallout bewirkt eine flächendeckende Vernichtung, die die Anforderung an die Zielgenauigkeit der atomaren Trägerwaffen mindert. Diese Überlegung läßt sich auch aus folgender Äußerung des Generalmajors N. Gorjainow entnehmen: „Die radioaktive Verseuchung des Geländes durch Sprengkörper im Megatonnen-Bereich kann ein entscheidender Kampffaktor sein ... Unserer Ansicht nach sind nukleare Sprengkörper starker Intensität vor allem ein Mittel zur radioaktiven Verseuchung weiter Landstriche mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen.“⁷⁴⁾

Erstmals im Oktober 1962 wurde von den Sowjets bei ihren Raketentestschüssen nach dem Pazifik ein quadratisches Zielgebiet verwendet. Zuvor hatten die Zielgebiete rechteckige Form — ein Anzeichen dafür, daß in der Flugweite größere Abweichungen als in der Flugrichtung erwartet wurden.

VIII. Die „Mirvisierung“ der Raketenpotentiale

Die verbesserte Zielgenauigkeit sowjetischer Raketen vereinfacht das sowjetische Zielproblem (targeting problem). Je treffsicherer die sowjetischen Raketen werden, um so geringer wird die Zahl der zur Vernichtung eines amerikanischen Raketensilos notwendigen Raketen — die Entwicklung von Mehrfachsprengköpfen wirkt in die gleiche Richtung.

Dr. Forster äußerte 1967, als er die amerikanischen Aktivitäten auf dem Gebiet nuklearer Mehrfachkampfspitzen enthüllte („a major breakthrough in missile technology“), MIRV „will multiply the capabilities of our missile systems manyfold“⁷⁵⁾.

Verteidigungsminister McNamara kommentierte die MIRV-Entwicklung mit dem Satz:

⁷³⁾ H. S. Dinerstein, Der Krieg und die Sowjetunion. Die Atomwaffen und der Wandel im militärischen und politischen Denken der Sowjets, Köln und Berlin 1960, S. 254.

⁷⁴⁾ Des Westens größter Spion / Aus Oberst Penkowskis geheimen Papieren, in: Der Spiegel Nr. 53 vom 29. 12. 1965, S. 47.

⁷⁵⁾ Time, 22. 12. 1967, S. 47.

Verbunkerte Raketen stellen einen Angreifer vor technisch schwierige Probleme. Die Erfolgsmöglichkeit eines Angriffs auf gehärtete Raketenstellungen hängt zunächst von der Zielgenauigkeit der angreifenden Raketen ab. Berechnungen lassen erkennen, daß sich die „Zahl der für die Vernichtung einer hinreichend geschützten Trägerwaffe notwendigen Waffen innerhalb der üblichen Grenzen im Quadrat der Zielgenauigkeit (verändert)“: „Bei Verdoppelung der Ungenauigkeit vervielfacht sich die Zahl der zum Angriff erforderlichen Trägerwaffen, bei Verdreifachung werden fast zehnmal soviel Waffen benötigt.“⁷⁶⁾; die Widerstandsfähigkeit eines Bunkers beeinflusst ebenfalls die Zahl der zu seiner Vernichtung notwendigen Raketen.

Schätzungen einiger Fachleute rechnen mit der Notwendigkeit, gegen stark eingebunkerte Raketen 18—24 Raketen mit einer Sprengkraft von je 10 Mt einzusetzen⁷⁶⁾. Im Pentagon schätzte man 1962, daß 8 sowjetische Raketen erforderlich seien, um eine verbunkerte Feuerstellung des SAC zu vernichten⁷⁷⁾. Ein Jahr später reduzierte McNamara die Zahl auf 4; diese Annahme basierte auf der Schätzung einer sowjetischen ICBM-Treffergenauigkeit, bei der ein CEP (Circular Error Probability) von 1,6 km kalkuliert wurde⁷⁸⁾.

„It is not the number of missiles which is important, but rather the character of the payloads they carry; the missile is simply the

⁷⁶⁾ A. u. R. Wohlstetter, Krisenmanagement: Das kubanische Beispiel, in: Krieg und Frieden in der modernen Staatenwelt. Beiträge der Sozialwissenschaft II. Gütersloh 1966, S. 99.

⁷⁷⁾ General Beaufre, Abschreckung und Strategie, Berlin o. J., S. 54.

⁷⁸⁾ Stewart Alsop, a. a. O., S. 108.

⁷⁹⁾ „Damit ist der Radius des Kreises gemeint, in dem 50 Prozent der Einschläge einer Flugkörperserie liegen. Dementsprechend konnten die amerikanischen Bunkerbauten für die Fernraketen mit einer Panzerung auskommen, die thermonukleare Detonationen in einer Entfernung von 650 bis 750 Metern erträgt.“ (W. v. Raven, Mehr Sprengstoff-Raketen bringen Minuteman-Verteidigung in Gefahr, in: Die Welt, 26. 7. 1969; v. Raven gibt für die Minuteman-Silos eine Druckstärke von 21 kg/qcm an. Damit könne der Silo eine Atomexplosion von 5 Mt TNT in 360 m Entfernung aushalten (W. v. Raven, SS-9-Moskaus Herausforderung, in: Die Welt, 26. 2. 1970). Nach Schätzungen amerikanischer Geheimdienstexperten, die im Juli 1969 vor einem Unterausschuß des Repräsentantenhauses gemacht wurden, erreicht die sowjetische ICBM vom Typ SS-9 in ca. 5 Jahren eine Treffergenauigkeit von 400 m bei einer atomaren „Nutzlast“ von 25 Mt (FAZ, 3. 10. 1969).

delivery vehicle.“⁸⁰⁾ Nach McNamaras Angaben konnten die strategischen Streitkräfte der USA 1967 drei- bis viermal so viel nukleare Sprengköpfe gegen die UdSSR einsetzen, als die Sowjets gegen Ziele in den USA.

Durch die „Mirvisierung“ ihrer Raketen hofften die Vereinigten Staaten, jede sowjetische ABM-Anstrengung, die möglicherweise die Offensivkraft der amerikanischen „second strike capability“ herabgemindert hätte, wirkungsvoll parieren zu können — andererseits mußte auf sowjetischer Seite die „Mirvisierung“ den Anstoß zum weiteren Ausbau der eigenen Offensivkapazitäten über die Schwelle der gesicherten Zweitschlagskapazität hinaus geben, da nun die Offensivkapazität nicht nur von der Zahl der Trägermittel, sondern von der Menge der einsetzbaren Sprengkörper abhängt.

Während die Minuteman-Rakete einen Sprengkopf von 1 Mt befördern kann, trägt die sowjetische SS-9-Rakete einen nuklearen Sprengkopf von 25 Mt (ungefähr das fünffache der stärksten amerikanischen Nuklearsprengladung): „Die neue SS-9 könnte — mindestens theoretisch — mit 10 oder mehr einzelgeleiteten Sprengköpfen bestückt werden. In der einen oder anderen Art ist mit MIRV eine neue Art der Raketenmathematik eingeführt worden — ein relativ preiswertes Mittel für

IX. Die sowjetische Nuklearstrategie

Für die sowjetische Nuklearstrategie ist die Lösung ihres Zielproblems gegen die Minuteman-Raketen zwar die Voraussetzung zu einer „Counterforce“-Strategie. Dies ist für die nukleare Abschreckungssituation, in der sich beide Großmächte befinden, jedoch solange bedeutungslos, wie die Vereinigten Staaten weiterhin über eine genügende Zweitschlagskapazität verfügen, die selbst bei einem überraschenden Entwaffnungsschlag gegen die Minuteman-Verbände die UdSSR mit ihrer Vernichtung als lebensfähige Nation bedrohen kann.

An dieser Stelle könnte die Frage auftauchen: wenn bereits 108 sowjetische Raketen genügen, um den in 54 Städten der USA konzentrierten Anteil von 60 % an der amerikanischen Bevölkerung zu vernichten⁸⁴⁾, wenn bereits 1963 die Sowjets in der Lage waren, nach einem angenommenen Trägerwaffenausfall von

die UdSSR, rasch in der Zahl abschlußbereiter Megatonnage mit den USA gleichzuziehen oder sie zu überholen.“⁸¹⁾

Bei einer Stabilisierung der amerikanischen Raketenstreitmacht in der Zahl der Trägermittel konnten die Sowjets hoffen, in der verfügbaren Zahl an Sprengköpfen mit den USA durch die Entwicklung ihrer SS-9 gleichzuziehen — einer Rakete, die nach Ansicht von Bundesverteidigungsminister Helmut Schmidt zu einer neuen Situation in der strategischen Machtbalance geführt hat, wie er dies vor dem Bundeskabinett anschaulich erläuterte: „Alle Zigaretten hier auf dem Kabinettstisch, ob nun kingsize, ob mit oder ohne Mundstück, sind im Grunde gleich. So verhält es sich gegenwärtig auch mit den Interkontinental-Raketen.“ Mit der SS-9 seien die Russen jedoch „jetzt dabei, dicke Zigaretten darunterzumischen“⁸²⁾.

Zweifellos ist die größere Nutzlastkapazität auf sowjetischer Seite vorhanden, doch besitzen die USA ebenfalls Möglichkeiten, die atomare „Nutzlast“ ihrer Raketen zu erhöhen. Während die sowjetischen SS-9 und SS-11-Raketen bei ihren Tests im Pazifik bisher jeweils drei einzelne Sprengköpfe trugen⁸³⁾, die nur eine MIRV-Kapazität (Multiple Re-Entry Vehicles-Raketen mit mehreren Sprengköpfen) besitzen, verfügen die USA mit dem Poseidon-System über eine Rakete mit zehn Sprengköpfen, die MIRV-Kapazität besitzt.

50 % pro 100 000 Einwohner der USA 2,9 Mt abzufeuern (ein „Overkill“-Faktor von 145!)⁸⁶⁾ — weshalb dann die sowjetischen Anstrengungen, ihre Raketenstreitmacht quantitativ auf das sechsfache des Standes von 1964 wachsen zu lassen und gleichzeitig weitere qualitative Verbesserungen ihrer Schlagkraft vorzunehmen und dazu noch die See-Komponente ihrer Nuklearstreitmacht zu verstärken. Deutet dies nicht auf das Bestreben, von einer bloßen minimalen Abschreckung zu einem strategischen Konzept überzugehen, bei dem durch eine „Counterforce“-Strategie in Verbindung mit Anstrengungen zur Schadensbegrenzung (ABM) der Wille, den Nuklearkrieg unter bestimmten Bedingungen zu führen, größer ist, als der Wille, ihn unter allen Umständen zu

⁸¹⁾ R. J. Whalen, a. a. O., S. 175.

⁸²⁾ Der Stern, 22. 11. 1970.

⁸³⁾ SZ, 1. 4. 1970, u. FAZ, 29. 8. 1970.

⁸⁴⁾ General Beaufre, a. a. O.

⁸⁵⁾ Seymour Melman, Der 1250fache Tod, Amerikas atomare „Overkill“-Kapazität, in: Der Spiegel, Nr. 31, 31. 7. 1963, S. 43.

verhindern? Verfolgt die UdSSR ein offensives Konzept mit ihrer Raketenrüstung, bei dem als Ziel gilt, das atomare Patt zugunsten der sowjetischen Position zu durchbrechen?

Unterstellt man der UdSSR ein defensives Konzept, so impliziert dies einen hohen Grad von Bezogenheit auf die amerikanische Nuklearstrategie; dies würde die Richtigkeit des Aktions-Reaktions-Schemas für die sowjetische Seite bedeuten. Ein Beweis für diese These soll jedoch an dieser Stelle nicht erbracht werden — die Fragestellung ist vielmehr die, ob die amerikanische Nuklearstrategie für die sowjetische Seite als Bedrohung aufgefaßt werden kann.

Hierbei soll der Begriff „Bedrohung“ nicht im akuten Sinne aufgefaßt werden — etwa im Sinne sowjetischer Propagandaanschuldigungen, der Westen plane einen Atomkrieg gegen die Sowjetunion —, sondern eher latent: Ist das amerikanische Nuklearkonzept in seiner Anlage eine Strategie, die den Atomkrieg „rationalisiert“ und damit das eigene Atompotential nicht nur unter dem Gesichtspunkt der bloßen Abschreckung betrachtet, sondern über den Punkt der Abschreckung hinausgeht im Sinne von „Thinking about the Unthinkable“ (Herman Kahn) und den Atomkrieg zu operationalisieren sucht; einen Versuch, den der sowjetische General Nikolaj Talenskij scharf kritisiert hat: „Es gibt keine gefährlichere Illusion als die Vorstellung, daß der thermonukleare Krieg als Instrument der Politik dienen könne; daß es möglich sei, politische Zwecke durch den Einsatz nuklearer Waffen zu erreichen und dabei zu überleben; daß es möglich sei, annehmbare Formen des Nuklearkrieges zu finden.“⁸⁶⁾

In seiner Ann Arbor-Rede hatte der amerikanische Verteidigungsminister McNamara am 16. 6. 1962 erklärt: „Die Stärke unserer Waffen macht es möglich, eine Strategie zu entwerfen, die auch im Falle eines Krieges den Organismus unserer Gesellschaft erhalten könnte. Die Vereinigten Staaten sind zu der Erkenntnis gekommen, daß das wesentliche Ziel der Kriegführung nach Möglichkeit darin bestehen sollte, die Zerstörung der Militärmacht des Gegners herbeizuführen, nicht aber die Vernichtung seiner Zivilbevölkerung.“⁸⁷⁾

Hier hatte McNamara als Ziel der amerikanischen Strategie die Erhaltung des „Organismus“ der amerikanischen Gesellschaft („a strategy designed to preserve the fabric of our

societies if war should occur⁸⁸⁾) genannt. D. mit zielte McNamara auf den Nerv der atomaren Abschreckung, die gerade dadurch sichergestellt wird, daß die beiden atomaren Weltmächte eine Nuklearkapazität besitzen, die den nuklearen Angreifer als lebensfähige Nation vernichten kann.

Die amerikanische Nuklearstrategie, wie sie von McNamara konzipiert wurde, beruht auf zwei Fähigkeiten (capabilities):

1. auf der Fähigkeit der gesicherten Zerstörung (assured destruction) (Voraussetzung ist die Existenz unverwundbarer Kernwaffen, der „second strike capability“, die der Gegner auch dann noch vernichten könnte, wenn er zuvor selbst den ersten Schlag geführt hat);
2. auf der Fähigkeit der Schadensbegrenzung (damage limiting): „die Fähigkeit, das Gewicht des gegnerischen Angriffs durch sowohl offensive wie defensive Maßnahmen abzuschwächen, sowie der Bevölkerung einen Grad an Schutz gegen die Wirkungen nuklearer Explosionen zu bieten“⁸⁸⁾

Während die erste Fähigkeit die nukleare Abschreckung stabilisiert, wirkt die zweite Fähigkeit der Schadensbegrenzung antistabilisierend, da sie darauf abzielt, die Wucht des atomaren Gegenschlags zu vermindern. Der Ausbau einer „damage limiting capability“ zielt tendenziell auf die Aufhebung des nuklearen Gleichgewichts. Wenn McNamara versicherte, durch die Schaffung einer „sicheren Fähigkeit“ zum zweiten Schlag gäbe es für die Vereinigten Staaten keinen Zwang, „vorsorglich einzugreifen“⁹⁰⁾ und damit den ersten Schlag zu führen, so besaßen andererseits die USA nach McNamaras Worten die Fähigkeit „unsere Vergeltungsstreitkräfte einzusetzen um den Schaden, der uns und unsere Alliierten trifft, durch das Ausschalten der gegnerischen Basen, bevor er Zeit, seine zweite Raketenreserve zu stärken, zu begrenzen“⁹¹⁾.

Die Vereinigten Staaten besaßen also die Möglichkeit, die Raketenbasen der Sowjetunion in einem zweiten Schlag zu vernichten. Ein Land, das über eine Kapazität verfügt, um im zweiten Schlag die feindliche Raketenmacht zu vernichten, kann — gemessen am Potential

⁸⁸⁾ McNamara in Ann Arbor, zit. n. Michael D. Intriligator. The Debate over Missile Strategy Targets and Rates of Fire, in: Orbis, Vol. XI, Nr. 4, S. 1141, Winter 1968.

⁸⁹⁾ Ebenda.

⁹⁰⁾ S. Alsop, a. a. O., S. 108.

⁹¹⁾ McNamara in einer Rede vor der American Bar Association in Chicago am 17. 2. 1962; zitiert nach M. D. Intriligator, a. a. O. (Anm. 88), S. 1140.

⁸⁶⁾ Victor Zorza, Kann sich Kossygin halten? Kontroverse im Kreml: Militärs gegen Politiker, in: Die Zeit, 24. 1. 1969, S. 3.

⁸⁷⁾ S. Alsop, a. a. O., S. 108.

seiner Kräfte — auch zum ersten Schlag fähig sein. Die Entscheidung, seine Raketenmacht, erst im zweiten Schlag einzusetzen, um die Basen des Gegners zu zerstören, beruht nicht auf dem Zwang ungenügender Kapazitäten, die einen Ersts Schlag unmöglich erscheinen lassen, sondern auf der *politischen Entscheidung*, die eigenen Raketen erst nach Hinnahme eines gegnerischen Atomschlages einzusetzen, die jedoch umgestoßen werden kann, was in sowjetischen Augen keine echte Sicherheit bedeutet.

Mit der amerikanischen „Counterforce“-Strategie, die als Ziel die gegnerischen Nuklearstreitkräfte auffaßt, bestand in sowjetischer Sicht die Gefahr, die Amerikaner könnten unter bestimmten Umständen zur Führung eines Nuklearkriegs bereit sein und dementsprechende politische Risiken in Konfrontationen mit der UdSSR eingehen (die eigentliche akute Gefahr für die UdSSR), wenn sie zu dem Ergebnis kämen, die Wucht ihrer nuklearen Angriffskapazität könne unter Ausnutzung des Überraschungsmoments den sowjetischen Gegenschlag wenn nicht gar unmöglich machen, so doch so weit reduzieren, daß er für die USA hinnehmbar sei. In diesem Sinne polemisiert auch die zweite Ausgabe der sowjetischen „Militärstrategie“ gegen das amerikanische Counterforce-Konzept: „Eine Strategie, die die Erreichung des Sieges durch die Zerstörung der Streitkräfte (des Gegners) ins Auge faßt, kann nicht von der Idee eines ‚Vergeltungsschlages‘ herrühren; sie basiert auf präventivem Handeln und dem Gewinnen des Überraschungsmoments.“⁹²⁾

Diese Furcht war wegen der Verwundbarkeit der eigenen Raketenstreitmacht in Zahl und Einsatzbereitschaft verständlich — um so mehr, als auch in den USA die Strategie des „Zweiten Schlages“ nicht allgemeiner strategischer Konsensus wurde, „besonders in der Luftwaffe, wo man die ganze Theorie der ‚Counterforce-Vergeltung‘ mit Skepsis verfolgt und sie für die unrealistische Erfindung von Verteidigungs-Intellektuellen hält“⁹³⁾.

General Thomas D. White kritisierte nach seinem Rücktritt als Generalstabschef der amerikanischen Luftwaffe öffentlich das Zweitschlagskonzept:

„Im Zeitalter atomarer Waffen, Raketen und des Weltraums, in einer Zeit mit großen technologischen Fortschritten, in einer Ära voller militärischer Ungewißheiten erscheint es als

eine gefährliche Politik, dem ersten Schlag unter allen Umständen feierlich zu entsagen.

Das folgende ist zwar eine extreme Annahme, aber sie ist für die Zukunft vorstellbar: Nehmen wir an, daß wir durch verlässliche Nachrichtendienst-Informationen wissen, daß der Gegner beabsichtigt, morgen einen umfassenden Angriff (all-out attack) gegen uns zu führen; daß wir auch wissen, falls wir zuerst angreifen, daß damit ungefähr 30 Millionen Amerikaner weniger sterben, als wenn wir den ersten Schlag hinnähmen. Würden wir unsere erklärte Politik durchhalten? Politik läßt sich durch ein bloßes Kopfnicken des Präsidenten verändern, und wahrscheinlich würde das der Fall sein.“⁹⁴⁾

Es mag für sowjetische Ohren nicht besonders beruhigend klingen, wenn in dem 1961 erschienenen Buch „A Forward Strategy for America“ von R. Strauß-Hupé, W. R. Kintner u. S. T. Possony u. a. Ausführungen der folgenden Art zu hören sind:

„Das erste Ziel jeder strategischen Planung Amerikas ist mit großem Abstand noch vor der Aufrechterhaltung des Friedens die Bewahrung und Förderung unserer politischen Ordnung ... Das bloße Vorhandensein einer so aggressiven und dynamischen Macht, wie es der Kommunismus ist, gefährdet den Fortbestand der Demokratie allenthalben ... Zumal die amerikanische Ordnung kann nur in einer Welt bestehen und wachsen, in der die Erfüllung friedlicher Aufgaben gewährleistet ist. Auf diese Voraussetzung muß die amerikanische Strategie gegründet werden. ... Strategie ist untrennbar mit der Bereitschaft verbunden, Risiken einzugehen und dem Feind nicht die Sicherheit zu gewähren, daß ihm nichts geschehen werde, falls er von einer bestimmten Angriffshandlung absieht. Ist es unsere Absicht, den Kommunismus zu bekämpfen, so folgt daraus, daß unser alles überragendes Ziel nicht die Bewahrung des Friedens um jeden Preis ist, sondern die Zerstörung der Angriffskraft des Kommunismus ... Unsere Politik muß, bar aller ideologischen Vorstellungen, auf die Voraussetzung gegründet werden, daß wir nicht den Fortbestand eines politischen Systems dulden können, das in wachsendem Maße fähig und rücksichtslos entschlossen ist, uns zu vernichten.“⁹⁵⁾

⁹⁴⁾ Gen. T. D. White, The Pendulum is swinging too far, in: Newsweek, 24. 2. 1964, S. 16.

⁹⁵⁾ R. Strauß-Hupé, W. R. Kintner, S. T. Possony, Für eine Catonische Strategie, in: H. Lindemann (Hrsg.), Ist der Krieg noch zu retten? Eine Anthologie militärpolitischer Meinungen, Frankfurt und Hamburg 1965, S. 64 ff.

⁹²⁾ Zit. n. M. D. Intriligator, a. a. O. (Anm. 88), S. 1146.

⁹³⁾ S. Alsop, a. a. O. (Anm. 6), S. 109.

Wenn es das Postulat der amerikanischen Außenpolitik ist, die Sicherung der eigenen Gesellschaftsordnung nur dadurch erreichen zu können, daß die USA global für die Aufrechterhaltung eines „environments“ von Nationen sorgen, deren Gesellschaftsordnung mit der amerikanischen vereinbar ist, so setzt dies die Notwendigkeit einer Nuklearstreitmacht voraus, die nicht nur von der Absicht eines Angriffs auf das eigene Territorium abschreckt. Eine solche „minimum deterrence“ (etwa durch einige 100 unverwundbare Raketen, deren Ziel die gegnerischen Bevölkerungszentren wären = Countervalue-force), die abschreckungsstabilisierend ist, reicht nicht aus, um Aktionen zu decken, die die Interessen der gegnerischen Großmacht tangieren oder gar beeinträchtigen. Daraus folgt für die Sowjetunion, daß in dem Maße die „Aggressivität“ der USA im weltweiten Maßstab, d. h. die Bereitschaft zum globalen Engagement, abnimmt, wie die Sowjetunion in der Lage ist, ein nukleares Kräfteverhältnis herzustellen, bei dem der „Nuklearknüppel“ der USA nicht mehr in der Lage ist, begrenzte Aktionen der USA gegen mögliche sowjetische Gegenaktionen abzuschirmen.

Aus sowjetischer Sicht ist der zahlenmäßige Ausbau der eigenen Raketenstreitkräfte plus Härting und Mobilisierung (auch zur See) eine Maßnahme, die die amerikanische Counterforce capability mit ihrer Verlockung zum first strike unterläuft, da eine nukleare Offen-

sivstrategie keinen Nutzen mehr hat, wenn der eigene Angriff (selbst im Überraschungsschlag) nur einen Teil der gegnerischen Nuklearstreitkräfte treffen kann: „A very large increase in the number of fully hard Soviet ICBM's and nuclear powered ballistic missile-launching submarines would considerably detract from our ability to destroy completely the Soviet strategic nuclear forces.

It will become increasingly difficult, regardless of the form of the attack, to destroy a sufficiently large proportion of the Soviet strategic nuclear forces to preclude major damage to the United States, regardless of how large or what kind of strategic forces we build. Even if we were to double and triple our forces we would not be able to destroy quickly all or almost all of the hardened ICBM sites. And even if we could do that, we know no way to destroy the enemy's missile-launching submarines at the same time.“ (McNamara)⁹⁶

Die sowjetischen „checkmate“-Anstrengungen im Hinblick auf die amerikanische „Counterforce“-Strategie wurden begünstigt durch die Entwicklung von MIRV-Raketen (durch die die nukleare Schlagkraft erhöht werden kann, ohne die Zahl der Abschlußrampen zu vermehren), die amerikanische „slow-down“-Philosophie bei den Bemühungen um Rüstungskontrollverhandlungen mit der Sowjetunion und vor allem durch das amerikanische Engagement in Vietnam⁹⁷.

X. Die qualitativen Verbesserungen des sowjetischen Raketenpotentials

Mit der Schaffung unverwundbarer Nuklearstreitkräfte wächst der Sowjetunion ein Sicherheitsgewinn zu, der in gleichem Maße auch dem Westen zugute kommt. Der Grad der Verwundbarkeit der eigenen Nuklearstreitkräfte ist ausschlaggebend für die Zielwahl und Feuerrate im Nuklearkrieg. Sind die eigenen Nuklearstreitkräfte äußerst verwundbar, so müssen sie eingesetzt werden, bevor ein überraschender Schlag des Gegners sie treffen kann, da sonst die Gefahr besteht, keinen Vergeltungsschlag mehr führen zu können. Dieser Zwang zum frühzeitigen Losschlagen kann in einer Krisensituation verschärfend wirken: Wenn der eine Kontrahent weiß, daß der Gegner sich zum frühzeitigen Losschlagen gezwungen sieht, wird er sich gedrängt fühlen, selbst den überraschenden Entwaffnungsschlag zu führen — dies wiederum treibt den Gegner dazu, bei dem geringsten Verdacht einer gegnerischen Eskalation seinerseits zuzuvorkommen und mit allen ihm zur Verfü-

gung stehenden Angriffskapazitäten den Nuklearkrieg zu führen, da durch die Verwundbarkeit der eigenen Nuklearstreitkräfte ein zweiter Schlag für ihn nicht mehr möglich ist.

Damit ist für ihn auch die Zielwahl vorgegeben. Angesichts der eigenen Verwundbarkeit

⁹⁶) W. W. Kaufmann, a. a. O. (Anm. 44), S. 94.

⁹⁷) Während im Finanzjahr 1962 die Ausgaben für die Strategischen Streitkräfte der USA einen Spitzenbetrag von 11,2 Mrd. Dollar erreichten, waren es 1966 insgesamt 6,8 Mrd. Dollar. Im gleichen Zeitraum steigerten sich die amerikanischen Ausgaben für die nicht-nuklearen Streitkräfte von 18 Mrd. Dollar (1962) auf 34,3 Mrd. Dollar im Jahre 1967 (R. L. Gilpatric, a. a. O. (Anm. 40), S. 142 u. R. J. Whalen, a. a. O. (Anm. 80), S. 86.

Nach Angaben von Verteidigungsminister Laird betragen die Vietnamausgaben in dem am 30. 6. 1969 zu Ende gehenden Finanzjahr 30 Mrd. Dollar, während die sowjetischen Hilfslieferungen für Vietnam nach amerikanischen Schätzungen nur einen jährlichen Betrag von 2 Mrd. Dollar ausmachen (What's the Answer to ABM and the war? a. a. O. [Anm. 46], S. 36).

die es ihm verbietet, nukleare Angriffsmittel in Reserve zu halten, muß er sein Angriffspotential im ersten Schlag vollständig gegen die Städte des Gegners richten.

Besitzen beide Nuklearmächte dagegen unverwundbare Zweitschlagkapazitäten, so ist für sie die Versuchung gering,

1. einen Präventivschlag zu führen, da der Gegner auch noch durch einen zweiten Schlag vernichtet werden kann;
2. im ersten Schlag die Städte des Gegners anzugreifen (Countervalue-Targeting), da die „sure second-strike capability“ diesen Schlag auch zu einem späteren Zeitpunkt der nuklearen Auseinandersetzung gestattet.

Der nukleare „Schlagabtausch“ konzentriert sich deshalb auf die Nuklearstreitkräfte der beiden Atomkräfte und vermeidet den Angriff gegen die Bevölkerung. Dieser Vorteil wird eingeschränkt durch die Tatsache, daß bei einer nukleargeführten Auseinandersetzung, bei der nur militärische Ziele angegriffen werden, immer noch die Bevölkerung durch radioaktiven Fallout betroffen wird — allerdings wird sie der Sprengwirkung entzogen. Werden die strategischen Waffensysteme in Zukunft auf See verlegt, gewinnt dieser Tatbestand eine größere Bedeutung.

So ist die in einem Bericht des „Joint Atomic Committee“ an den Kongreß enthaltene Feststellung: „a number of these submarines (nuclear powered submarines similar to our Polaris types) are completed and have begun operating at sea. We know they are patrolling in areas off the coast of the United States, presumably with each battery of 16 missiles targeted on our cities“⁹⁸⁾ weniger alarmierend, als die Verfasser dies glauben machen wollen, denn ein sowjetisches Atom-U-Boot ist ein weniger verwundbares Waffensystem als eine landgestützte sowjetische Flüssigkeitsrakete (die erst nach Stunden startklar gemacht werden kann), weil es eher einen nuklearen Schlagabtausch gefechtsbereit überstehen kann. Damit ist die potentielle Bedrohung, die von einem sowjetischen Atom-U-Boot ausgeht, geringer, als die einer in der UdSSR stationierten (verwundbaren) Landrakete. In diesem Sinne wird die Erwiderung auf die Frage eines Journalisten an Minister McNamara, ob nicht die Sowjets die Fähigkeit des zweiten Schlags erlangen könnten, verständlich — McNamara hatte geantwortet: „Je schneller, desto besser.“⁹⁹⁾

⁹⁸⁾ Does Russia leads U. S. in Nuclear Subs?, in: U. S. News & World Report, 17. 8. 1970, S. 21.

⁹⁹⁾ S. Alsop, a. a. O. (Anm. 6), S. 109.

Während die Sowjets in der Periode der Unterlegenheit ihrer Nuklearstreitkräfte die amerikanische Konzeption der Streitkräfte-Taktik (Counterforce-Targeting) und kontrollierten Erwiderung (Controlled Response) als den Versuch, der Sowjetunion „Regeln für die Führung eines Nuklearkrieges“ aufzuzwingen¹⁰⁰⁾, strikt ablehnten und statt dessen darauf beharrten, daß der „massive Einsatz von nuklearen und zumal thermonuklearen Waffen dem Krieg einen beispiellos zerstörenden und verwüstenden Charakter verleihen“¹⁰¹⁾ wird, enthält die 1969 erschienene 3. Auflage der sowjetischen „Militärstrategie“ die folgenden Ausführungen:

„Unter den Bedingungen des hemmungslosen Wettrüstens besteht die ernste Gefahr, daß schon eine geringere Fehlkalkulation der Staatsmänner irgendeines Landes die Auslösung eines neuen Krieges zur Folge haben kann.

Kernwaffen können nicht nur auf Befehl der einen oder anderen bürgerlichen Regierung, sondern auch nach dem Willen einzelner Personen, die am Schaltpult dieser Waffen stehen, zum Einsatz kommen.

Mangelnde Präzision im Betrieb des Radarsystems kann zu einer falschen Auswertung der von den Geräten gelieferten Daten führen, und dadurch können Kriegshandlungen ausgelöst werden. Ein Mißverständnis beim Befehlsempfang oder eine Nervenstörung des amerikanischen Piloten eines einsatzbereiten Bombers mit nuklearen Kernwaffen an Bord kann den Abwurf der Bomben auf das Gebiet eines anderen Staates zur Folge haben. Ebenso können Defekte in den elektronischen Geräten der Raketen- und Kernwaffensysteme zum Krieg führen. All das verlangt von unseren Streitkräften höchste Wachsamkeit und von der staatlichen, politischen und militärischen Führung ein hohes Maß an Klugheit und Umsicht, um den Ausbruch eines Krieges, der das Ergebnis irgendeines solchen Zufalls wäre, zu verhindern.“¹⁰²⁾

Da technische Defekte amerikanischer Waffensysteme sich der sowjetischen Kontrolle entziehen, kann die sowjetische Führung „durch Klugheit und Umsicht“ den Ausbruch eines Atomkrieges nur verhindern, wenn ein durch

¹⁰⁰⁾ Vgl. M. D. Intriligator, a. a. O. (Anm. 88), S. 1145.

¹⁰¹⁾ W. D. Sokolowski, Das Wesen des Modernen Krieges, in: H. Lindemann, a. a. O., S. 77.

¹⁰²⁾ W. D. Sokolowski, Moskaus Bild von künftigen Kriegen / Eine Selbstdarstellung der sowjetischen Strategie, in: Die Zeit, Nr. 51, 19. 12. 1969, S. 48.

die USA ausgelöster Zufallsschlag ohne sofortige sowjetische Gegenreaktion bleibt. Solange die sowjetischen Raketenstreitkräfte einen hohen Verwundbarkeitsgrad besaßen, mußte bereits das Auftauchen amerikanischer Raketen auf sowjetischen Radarschirmen das Signal zum Abschießen der eigenen Raketen bedeuten, da durch die Verwundbarkeit der eigenen Waffen die Frage, ob Zufall oder Absicht, für die Auslösung des eigenen Atomschlages nebensächlich war. Den Russen bliebe keine andere Wahl, als erst zu schießen und dann zu fragen, während geschützte Nuklearwaffen es ermöglichen, zunächst zu fragen, ohne sofort zu schießen.

Auch auf dem Gebiet der Rüstungsverminderung ist die zahlenmäßige Verstärkung der sowjetischen Nuklearwaffen ein Schritt — so paradox dies klingen mag — zu möglichen positiven Ergebnissen von Rüstungskontrollverhandlungen beider Supermächte. Damit soll nicht gesagt werden, daß die Verstärkung des sowjetischen Nuklearwaffenpotentials die Bereitschaft Moskaus widerspiegelt, zu solchen Verhandlungen mit dem Westen zu kommen; es kann aber ausgesagt werden, daß die zahlenmäßige Verstärkung eher in eine solche Richtung wirkt, als eine strategische Inferiorität der Sowjetunion.

XI. Die „blue-water-solution“

Der quantitative Aspekt der sowjetischen Rüstungsanstrengungen auf dem Gebiet interkontinentaler Raketen blockiert zwar die ausreichende Wirksamkeit einer amerikanischen Counterforce-Capability, ändert jedoch nichts an der „second strike capability“ der USA. Auch die Verbesserung der Zielgenauigkeit sowjetischer Raketen hebt das Gleichgewicht des Schreckens nicht auf, da sich die amerikanische Abschreckungsmacht aus drei Komponenten zusammensetzt: 1. die landgestützte ICBM-Macht, 2. die strategischen Luftstreitkräfte (airborne deterence) und 3. die Polaris-Streitmacht.

Die verbesserte Zielgenauigkeit sowjetischer Raketen erhöht nur die Verwundbarkeit der ersten beiden Abschreckungskomponenten — die Atom-U-Boote behalten ihre Unverwundbarkeit durch Mobilität und Deckung und stellen, für sich genommen, bereits einen entscheidenden Abschreckungsfaktor dar:

Nach einer Computerstatistik des amerikanischen Verteidigungsministeriums benötigen die USA für einen atomaren Vergeltungsschlag

Geht man beispielsweise von einem angenommenen Zahlenbeispiel aus, bei dem eine Großmacht eine Kapazität von 100 % besitzt, während die andere nur ein Potential von 60 % hat, so besteht ein Kräfteverhältnis von 5: oder als absolute Differenz: 40. Wenn beide Seiten nun übereinkommen, eine Rüstungssenkung um 20 % vorzunehmen, wäre das Ergebnis (80 bzw. 48 %) wieder das gleiche Kräfteverhältnis (5:3) — die schwächere Partei hätte sogar gegenüber der anderen Großmacht aufgeholt (absoluter Unterschied vor der Rüstungssenkung: ± 40 , danach ± 32). Nimmt man jedoch ein Abschreckungsminimum von 50 an, so ergibt sich, daß die schwächere Partei nach der Rüstungsverminderung trotz Behaltens des Kräfteverhältnisses von 5: unter das Abschreckungsminimum gesunken ist.

Diese theoretische Überlegung wird durch die Äußerung eines polnischen UNO-Beamten gestützt, der den im September 1961 der UNO durch die amerikanische Regierung gemachten Vorschlag einer 30prozentigen Rüstungsverminderung als unrealistisch bezeichnete, weil „eine 30prozentige Herabsetzung der weit geringeren russischen nuklearen Kräfte dieselbe soviel Schlagkraft rauben würde, daß sie für einen zweiten Schlag nicht mehr ausreichen“¹⁰³).

200 nukleare Sprengköpfe, um 52 Mill. Russen (21 % der Gesamtbevölkerung) und 72 % der industriellen Kapazität zu zerstören¹⁰⁴). Verteidigungsminister McNamara erklärte 1965 es gäbe in der Sowjetunion „ungefähr 250 DGZ's (Defense Ground Zeros), jene Hauptzielpunkte, in denen die Masse der städtischen Bevölkerung und Industrie angesammelt“¹⁰⁵ sei.

Von den insgesamt 41 Polaris-U-Booten befinden sich gewöhnlich 21 oder 22 auf Unterwasserpatrouille, der Rest befindet sich in den Stützpunkten der Polaris-Flotte¹⁰⁶). Nimmt man die Zahl der auf Unterwasserpatrouille befindlichen Boote, von denen jedes 16 Raketen an Bord hat, so ergibt dies eine Zahl von 436 ständig einsatzbereiten Atomraketen, die

¹⁰³) Amitai Etzioni, *Siegen ohne Krieg*, Düsseldorf und Wien 1965, S. 252, Anm. 22.

¹⁰⁴) Herbert v. Borch, *Streit um Amerikas Raketenabwehr*, in: SZ, 7. 6. 1969.

¹⁰⁵) Rußland ..., a. a. O. (Anm. 8), S. 110.

¹⁰⁶) Hanson W. Baldwin, *Poseidon — New Chapter in Missilery*, in: *The Reader's Digest*, Jan. 1968, S. 124.

nicht durch einen sowjetischen first-strike überrascht werden können — ungefähr das doppelte der zur Vernichtung von 21 % des Bevölkerungs- und 72 % des Industriepotentials der Sowjetunion notwendigen Nuklearkapazität.

Anfang August 1969 wurde aus dem Pentagon bekannt, daß bereits 28 Polaris-Boote (ca. $\frac{2}{3}$ der Atom-U-Bootflotte) Raketen mit 3 Sprengköpfen an Bord haben¹⁰⁷). Nimmt man nun an, daß von den 21 auf Kriegsfahrt befindlichen Booten $\frac{2}{3}$ Raketen mit Mehrfachsprengköpfen tragen, so beträgt die Zahl der ständig abschußbereiten Nuklearsprengköpfe knapp das dreifache der oben angeführten Vernichtungskapazität (insgesamt 784 einsatzbereite Sprengköpfe). Durch die Installierung von MIRVs besitzt die Polarisflotte eine steigende Angriffskapazität: $\frac{2}{3}$ der amerikanischen Atom-U-Boote verfügen allein über insgesamt 1344 Nuklearsprengköpfe und übertreffen damit die Zahl der landgestützten ICBMs (1054).

Durch die Umrüstung von 31 Atom-U-Booten der Polarisflotte auf die „Poseidon“-Rakete, die 10 unabhängig voneinander zielbare atomare MIRVs besitzt, werden Mitte der siebziger Jahre die USA mindestens 4960 MIRVs auf ihrer Atom-U-Bootflotte besitzen¹⁰⁸).

Wegen dieser stärkeren Akzentverlagerung auf die Seekomponente der nuklearen Abschreckung taucht die Frage auf, ob die Polarisboote in der Zukunft ihre Unverwundbarkeit erhalten können, weil sich naturgemäß das Interesse des Gegners (also der Sowjetunion) auf dasjenige Waffensystem konzentriert, von dem ihm am meisten Schaden droht. So werden in der sowjetischen Kriegsmarine jedes Jahr Übungswettkämpfe durchgeführt, „in denen die U-Boot-Jäger im Aufspüren, in der Verfolgung und in der ‚Außergefechtsetzung‘ von U-Booten ausgebildet werden“¹⁰⁹).

Der strategische Sachzwang, die relative Unverwundbarkeit des eigenen Nuklearpotentials zu sichern, weist auf eine stärkere Nutzung der strategischen Möglichkeiten des Meeres hin, da dort die waffentechnologischen Optionen für die Zukunft größer sind, als die Chancen, weiterhin das nukleare Offensivpotential zu Lande gegenüber qualitativen Verbesserungen der nuklearen Angriffstechnik (verbesserte Zielgenauigkeit und MIRVs) wirksam zu schützen.

In seiner Erklärung über das ABM-Programm hatte Präsident Nixon die wachsende Verbundbarkeit der Landbasen anerkannt: „our studies show that hardening by itself is not adequate protection against foreseeable advances in the accuracy of Soviet offensive forces“¹¹⁰).

Auch die Pläne für eine Mobilmachung der Minuteman-Verbände haben geringe Aussicht auf Verwirklichung. So beschäftigte sich die amerikanische Luftwaffe mit dem Projekt, Minuteman-Raketen auf Eisenbahnschienen zu transportieren: Im Falle eines Angriffsschlags des Gegners würden die Raketen ihren „Zentralsilo“ auf dem Schienenweg verlassen und in weit entfernte „Garagen“ rollen. Da diese „Garagen“ jedoch ebenfalls stationär sind, können durch den Einsatz von MIRVs nicht nur die Zentralsilos abgedeckt werden, sondern auch die Garagen. Außerdem würde dieses Projekt erhebliche Kosten verursachen; man schätzt die notwendigen Ausgaben für die Transporter, um alle Raketen mobil zu machen, auf 25 Mrd. Dollar und höher¹¹¹).

Während Foster noch im Juli 1970 vor der Presse ein Verzicht auf Minuteman-Stellungen mit ABM-Schutz zugunsten einer Verlagerung der strategischen Abschreckung aufs Meer ablehnte, „weil damit die Gefahr wachse, daß sowjetische Superwaffen gegen Bevölkerungsziele in den Vereinigten Staaten statt gegen die amerikanischen Vergeltungswaffen gerichtet werden können“¹¹²), erklärte er einige Zeit später: „Wir sind nicht sicher, ob die Probleme des Überlebens landgestützter Raketen (nach einem gegnerischen Atomschlag) gelöst werden können. Als Ausweg bietet sich die größere Gewichtsverlagerung auf Raketen, die auf den Meeren stationiert werden, an.“¹¹³) Der Trend zur „blue-water-solution“ durch die zunehmende Verwundbarkeit zu Lande stationierter Abschreckungssysteme bedroht nicht die Abschreckungskapazität der Vereinigten Staaten insgesamt — vielmehr ist die Stellung der amerikanischen Luftwaffe und ihre Kontrolle über das nukleare Abschreckungspotential bedroht.

Ein Plan des unter der Leitung von Konteradmiral George H. Miller stehenden „U.S.

¹⁰⁷) Siehe Anm. 29.

¹¹¹) Business Week, 10. 10. 1970, S. 112.

¹¹²) FAZ, 22. 7. 1970. Ein Argument, das angesichts der vorhandenen Zweitschlagskapazität auf beiden Seiten wenig überzeugend ist, da die Logik des Atomkrieges die Bekämpfung der gegnerischen Nuklearwaffen dringlicher macht als den Städteangriff (Counter-cityattack), um den gegnerischen Vergeltungsschlag in seinem Zerstörungsgrad zu mindern.

¹¹³) Business Week, 10. 10. 1970, S. 110.

¹⁰⁷) CSM, 7. 8. 1969.

¹⁰⁸) Die Welt, 9. 2. 1970.

¹⁰⁹) Pjotr Lawrentjew, U-Boot-Jäger auf Wacht, in: Die Sowjetunion heute, 16. 2. 1970, S. 10.

Navy's Office of Strategic Offensive and Defensive Systems", der dem amerikanischen Kongreß vorliegt, fordert die Verlegung von mindestens 75 % der nuklearen Abschreckungsmacht der USA auf See durch Schaffung einer Flotte von ca. 20—30 Raketenfrachtern, die, mit insgesamt 600 Raketen bestückt als Handelsschiffe getarnt, eine schwer zu lösendes Zielproblem für den Gegner darstellen und nach Schätzungen der Marine wenig mehr als die Hälfte der Kosten verursachen, die für eine entsprechende Vermehrung von ICBM-Raketen zu Lande oder auf Atom-U-Booten entstehen würden und auch in kürzerer Zeit einsatzfähig wären¹¹⁴⁾.

Eloquenten Verfechter von Marineinteressen im Kongreß ist Vizeadmiral Hyman G. Rickover („the nation's top authority on nuclear ships"¹¹⁵⁾, Leiter der Marinereaktor-Abteilung der Atomenergiekommission, die naturgemäß die Unterstützung des Atomenergieausschusses beider Häuser des Kongresses genießt¹¹⁶⁾. Im Juli 1970 forderten in einem 150-Seiten-Bericht 28 Mitglieder beider Häuser eine radikale Änderung der strategischen Raketenkonzeption: Es sei falsch, „strategische Nuklear-

waffen auf dem Land zu stationieren, da sie dort bei Präventivschlägen außer Gefecht gesetzt werden könnten und deshalb kostspielige Raketenabwehrsysteme und sichere Silos zu ihrem Schutz benötigen. Statt dessen forderten die Abgeordneten, die Geldmittel sollten in Zukunft im wesentlichen für die Weiterentwicklung der U-Boot-Raketenstreitmacht ausgegeben werden. Das Programm, Atom-U-Boote mit Raketen mit Mehrfachsprengköpfen auszurüsten, solle fortgeführt und die Entwicklung einer U-Boot-Waffe, mit der Interkontinentalraketen eingesetzt werden könnten, solle beschleunigt werden.“^{116a)}

Die Marine kann auf eine positive Wirkung ihrer Pläne in der amerikanischen Öffentlichkeit hoffen, da sie nicht nur geringere Kosten ihrer Waffensysteme im Vergleich zur Luftwaffe verspricht, sondern für ihre strategischen Pläne das publikumswirksame Argument hat, durch die Verlagerung der Nuklearwaffen auf See werde das Gebiet der USA von potentiellen Angriffszielen sowjetischer Raketen befreit. Die Pläne der amerikanischen Marine finden außerdem ihren starken Rückhalt bei den größten Rüstungsfirmen der USA.

XII. Die ABM-Entwicklung

Bis hierher ist in der Untersuchung der Einfluß der Antiraketenentwicklung auf die strategische Machtbalance unberücksichtigt geblieben, doch erscheint in der strategischen Diskussion gerade die ABM als ein Faktor, der die Balance der Kräfte zu verändern droht.

Mit der Installierung von ABM-Raketen steigert sich — allgemein gesprochen, ohne konkret die Effektivität des jeweiligen ballistischen Abwehrsystems zu untersuchen — die Fähigkeit der Schadensbegrenzung (damage limitation), während umgekehrt die Fähigkeit des Gegners zur gesicherten Zerstörung (assured destruction) gemindert wird. Damit taucht die Gefahr auf, eine Nuklearmacht könnte versucht sein, durch einen nuklearen Überra-

schungsangriff das gegnerische Raketenpotential im Offensivschlag zu vernichten und den derart geschwächten Vergeltungsschlag des überraschend Angegriffenen durch den Einsatz von Abwehrraketen in einem Maße zu reduzieren, der für den Angreifer akzeptabel ist. Die ABM würde dergestalt die nukleare Abschreckung „enthemmen" und eine Erstschlagstrategie geringer, wenn nicht gar erträglicher eigener Verluste anziehend machen¹¹⁷⁾.

Diese Überlegungen lassen ein Raketenabwehrsystem nicht als ein Verteidigungssystem erscheinen, sondern als ein offensives Waffensystem, das die Gefahr einer nuklearen Vergeltung weitgehend ausschalten soll. Dieser Tatbestand beeinflusste die amerikanische Entscheidung, das Abwehrsystem „Safeguard" entgegen ursprünglichen Planungen nur zum Schutze der Minuteman-Stellungen (die ein Teil der amerikanischen „second strike forces" sind) aufzubauen, dagegen keine Stellung zum Schutze amerikanischer Städte zu bauen¹¹⁸⁾.

Im Gegensatz zu den USA hat nach Angaben von Minister Laird die Sowjetunion um Mos-

¹¹⁴⁾ John G. Hubbell, A Bold New Plan for National Defense, in: The Reader's Digest, Okt. 1969, S. 82 ff.

¹¹⁵⁾ U. S. News & World Report, 29. 5. 1967, S. 42.

¹¹⁶⁾ Rickover in einer Erklärung vor dem House Armed Services Committee (18. 4. 1967): „The Congress has never stunted the military. I don't know of a time in recent history where the military have come to Congress and asked for money for military equipment that they haven't gotten it. It is the other way around. Congress frequently wants to give more than is asked for." (Ebenda, S. 43).

^{116a)} FAZ, 17. 7. 1970.

¹¹⁷⁾ Vgl. Washingtons nuklearstrategische Überlegungen, in: NZZ, 11. 11. 1967.

¹¹⁸⁾ Siehe Anm. 46.

kau herum vier von insgesamt acht Stellungen eines Raketenabwehrsystems installiert¹¹⁹⁾.

Dr. Foster teilte im Juli 1970 der Presse mit, es gäbe in der Sowjetunion sechs Vorwarnradaranlagen, von denen eine zum Schutze der sowjetischen Hauptstadt bestimmt sei, während die übrigen an der Peripherie des Landes aufgebaut worden seien. Diese Radarinstallationen sind nach Fosters Ansicht die Vorläufer eines dichten Abwehernetzes, das später durch Stationierung der dazugehörigen Abfangraketen operationsfähig würde¹²⁰⁾. Die sowjetischen Anlagen (so Foster) „provide the same radar coverage which we will have some eight years from now if all the Safeguard program is completed“¹²¹⁾. Die Russen besäßen ebenfalls Geräte mit sogenannten phasengesteuerten Vielzellenantennen¹²²⁾.

Da alle amerikanischen ICBMs ihre Flugbahn über den Pol nehmen, haben die sowjetischen Installationen in den USA Befürchtungen geweckt, die Russen wollten durch den Aufbau eines Abwehrriegels in Nordwestrußland und rund um Moskau die schmale „Gefahrenschneise“ (nur 9 % des gesamten sowjetischen Verteidigungsgürtels) absichern. Sollte dies tatsächlich die Absicht Moskaus sein, so könnte dieses Vorhaben leicht durch die amerikanische Abschreckungskomponente zur See nutzlos gemacht werden, da von Atom-U-Booten bzw. Raketenfrachtern abgefeuerte Raketen die Sowjetunion aus allen Richtungen anzugreifen vermögen, was die Abwehrprobleme für die Sowjets gewaltig komplizieren würde, da sie ihre Aufmerksamkeit nicht mehr allein einem schmalen Korridor zuwenden könnten. Neben der Zersplitterung der gegnerischen Abwehr durch den Angriff von allen Seiten kann der Gegner durch die Verwendung von „Radar-Ködern“ (Radarreflektoren mit dem Radarquerschnitt einer ICBM) getäuscht werden. Erst nach dem Wiedereintritt in die Atmosphäre, in der die leichten Köder stärker abgebremst werden, läßt sich die Unterscheidung von echten Sprengköpfen und Ködern vornehmen. Dies läßt eine Bekämpfung des anfliegenden Sprengkopfes erst kurz vor seinem Ziel zu. Das Zielgebiet müßte also nicht nur gegen Fallout, sondern auch gegen

den Hitzeblitz der Explosionen geschützt werden¹²³⁾.

Bei der Bekämpfung des gegnerischen Gefechtskopfes bedient man sich des sogenannten Röntgeneffekts. Im Vakuum oberhalb der Erdatmosphäre können sich Röntgenstrahlen, die durch eine Kernexplosion freiwerden, mehrere Kilometer fortpflanzen. Bei ihrem Auftreffen auf den ICBM-Gefechtskopf wird die elektromagnetische Energie in Wärmeenergie umgewandelt, durch die der Hitzeplanzer der Rakete frühzeitig zum Schmelzen gebracht wird, so daß die Gefechts Spitze bei ihrem Wiedereintritt in die Erdatmosphäre verbrennt¹²⁴⁾.

Inzwischen ist man in den USA dabei, diese Strahlungswirkungen durch einen Hitzeschutzmantel aus besonderen Kunststoffen abzufangen¹²⁵⁾. Nach einer Meldung der „Aviation Week“ werden in der Sowjetunion auch Abwehrmethoden erprobt, bei denen nicht-nukleare Abwehrmittel (Asphaltpartikel) in großer Konzentration in die Flugbahn der angreifenden Rakete geschleudert werden, um den Hitzeplanzer zu zerstören¹²⁶⁾. Sollte diese Meldung zutreffen, so wären die sowjetischen Tests ein Nachvollziehen ähnlicher Abwehrmethoden der Amerikaner¹²⁷⁾.

Im übrigen ist auch die Treffgenauigkeit der ABM keineswegs optimal. Bei der Erprobung der amerikanischen „Sprint“- und „Spartan“-Rakete konnten nur 56 % der ausgeführten Versuche als „erfolgreich“ (Vernichtung der Angriffsrakete) bezeichnet werden¹²⁸⁾.

Trotz aller technologischer Mängel der ABM, die einen optimalen Abwehrerfolg (was immer darunter zu verstehen ist!) kaum denkbar machen, hat die ABM bereits das strategische Kräftegleichgewicht in psychologischer Hinsicht instabilisiert. ABM und MIRV bieten eine „Prämie“ für ein frühes Losschlagen. Eine ICBM mit MIRV-Kapazität am Boden bietet nur ein Ziel, während sie nach ihrem Abschluß durch Ausstoßen ihrer Sprengköpfe je nach MIRV-Ladung entsprechend viele Ziele darstellt, bzw. erreicht.

Nach Schätzungen würde bei einem sowjetischen „First-strike“ in einer Krisensituation

¹¹⁹⁾ Vgl. Time, 16. 2. 1968, S. 48.

¹²⁰⁾ Time, 26. 5. 1967, S. 46.

¹²¹⁾ A. Bärwolf, Flugkörper im Kunststoffmantel, in: Die Welt, 16. 5. 1970.

¹²²⁾ Ebenda, 11. 6. 1970.

¹²³⁾ Bereits Präsident Johnson hatte die Existenz einer amerikanischen „Weltraum-Flak“ enthüllt, bei der eine zweistufige „Thor“-Rakete eine Schrotladung kleiner Stahlpartikel auf die Bahn eines gegnerischen Flugkörpers bringen kann (Der Spiegel, Nr. 47, 17. 11. 1965).

¹²⁴⁾ FAZ, 13. 4. 1970.

¹¹⁹⁾ Die Welt, 21. 3. 1970.

¹²⁰⁾ FAZ, 22. 7. 1970.

¹²¹⁾ IHT, 25. 4. 1970.

¹²²⁾ Diese Radartechnik ist die Voraussetzung für ein wirksames Antiraketensystem überhaupt. Anstelle der üblichen rotierenden Antenne wird der Radarstrahl durch Computerkontrolle in einzelne Antennengruppen geleitet, so daß die Möglichkeit besteht, die Suchrichtung außerordentlich schnell zu ändern (Vgl. Die Welt, 19. 1. 1970).

die sowjetische Verlustrate auf 40—60 Mill., die amerikanische beim Erstschlag der USA auf 60—75 Mill. Tote reduziert werden¹²⁹⁾.

Diese „Prämienrechnungen“ könnte man als strategische Sandkastenspiele abwerten, würde nicht in der strategischen Diskussion das Argument von einer angeblich größeren Verlusttoleranz sowjetischer Staatsführer gebraucht werden. So verwies der amerikanische Kolumnist Joseph Alsop in diesem Zusammenhang auf Stalins Säuberungen, bei denen rd. 20 Mill. Russen (ca. $\frac{1}{10}$ der damaligen sowjetischen Bevölkerung) umgebracht worden seien¹³⁰⁾.

Alsops Argumentation erinnert an Senghaas' Bemerkung, die Verteidiger von Abschreckungspolitik neigten dazu, „immer dann furchterregende Feindbilder neu zu propagieren, sobald die Rationalität ihrer Politik in Frage gestellt wird oder eine neue mögliche Stufe des Rüstungswettlaufes abzusehen ist“¹³¹⁾.

Man kann eine politische Säuberungsaktion, selbst wenn sie $\frac{1}{10}$ der eigenen Bevölkerung verschlingt, nicht als Beweis für die These ins Feld führen, solche Skrupellosigkeit einer Staatsführung zeige, daß sie auch bereit sei, entsprechende Verluste in einem Atomkrieg hinzunehmen, da die Folgen eines Atomkriegs (auch in sowjetischer Einschätzung) durch den Faktor Radioaktivität bestimmt werden.

Nach Angaben des sowjetischen Wissenschaftlers A. Kusin¹³²⁾ entsteht in einem Atomkrieg, in dem die beiden Atomkräfte insgesamt eine Vernichtungskapazität von 125 000 Mt einsetzen, eine radioaktive Verseuchung mit tödlicher Strahlungsdosis auf einer Bodenfläche von 62,5 Mill. km²: „Man braucht sich nur daran zu erinnern, daß die USA ein Territorium von 7,8 Millionen km² haben, und ganz Europa eine Bodenfläche von 11,6 Millionen km² einnimmt, damit es klar wird, welche katastrophalen Folgen ein totaler Kernwaffenkrieg haben muß.“¹³³⁾

¹²⁹⁾ Wolfram v. Raven, *Strategie im Weltraum. Der kosmische Kampf der Giganten*, Stuttgart 1969, S. 97.

¹³⁰⁾ „As to Soviet measurements of acceptable damage after a first strike, it is well to remember Robert Conquest's unchallenged computations. According to Conquest, in peacetime, in the purges of the 1930s, Stalin directly or indirectly murdered 20 million people, or rather more than one tenth of the population of the Soviet Union.“ (J. Alsop, *Chances of a Soviet First Strike*, in: *IHT*, 22. 3. 1969).

¹³¹⁾ D. Senghaas, a. a. O. (Anm. 38), S. 29.

¹³²⁾ Alexander Kusin ist Korr. Akademiemitglied, Radiobiologe und sowjet. Vertreter im UNO-Ausschuß für atomare Radiation.

¹³³⁾ A. Kusin, *Was bedeutet ein Atomkrieg?*, in: *Die Sowjetunion heute*, 16. 2. 1963, S. 25.

Kusin weist auf die Strahlenkrankheit hin, durch die ein vollständiger Verlust der Immunität gegen ansteckende Krankheiten entsteht, so daß die Überlebenden eines Atomkriegs „unerhörten Seuchen ausgesetzt sein werden, die unter diesen Umständen sofort und überall ausbrechen müssen. Man braucht wohl kaum daran zu erinnern, daß gewaltige Zerstörungen, Brände, die ganze Städte erfassen werden, sowie die Ausbreitung der Krankheiten jede ärztliche Hilfe und jegliche Vorbeugungsmaßnahmen ungemein erschweren werden.“¹³⁴⁾

Für den überlebenden Teil der Menschheit rechnet Kusin mit „schweren Erbkrankheiten“, da durch eine Strahlungsdosis von 10—100 rem je Generation eine Verdoppelung der Mutationsfrequenz entsteht, was „zu einer genetischen Degeneration der Menschheit führen muß“¹³⁵⁾. Die von Kusin beschriebenen Atomkriegsfolgen sind der sowjetischen Staatsführung bekannt und können auch von ihr nicht ignoriert werden, denn, so N. S. Chruschtschow: „Man kann die Fragen von Krieg und Frieden nicht ohne Rücksicht auf die realen Verhältnisse lösen. Man muß den Mut haben, den realen Gegebenheiten nüchtern gegenüberzustehen und mit wissenschaftlicher Exaktheit abzuwägen, wozu ein moderner Krieg führen würde, wenn es nicht gelänge, ihn abzuwenden. Alle großen Städte, nicht nur in den USA und der UdSSR als den beiden führenden Kernmächten, sondern auch in Frankreich, England, Deutschland, Italien, China, Japan und vielen anderen Ländern würden vom Erdboden hinweggefegt und zerstört werden. Die Folgen eines Atom- und Wasserstoffkrieges würden sich während der Lebensdauer vieler Menschengenerationen geltend machen, sie würden Krankheit und Tod verursachen, zur Verkrüppelung des Menschengeschlechtes führen.“¹³⁶⁾

Es ist bezeichnend für die Selbstbezogenheit des amerikanischen Rüstungskomplexes, daß gerade die Befürworter für den schnellen Ausbau eines ABM-Systems in den Vereinigten Staaten in ihren eigenen Erklärungen dem Verdacht Nahrung geben, daß ihre Warnungen vor einer größeren Verlusttoleranz der sowjetischen Staatsführung nur die Projektion ihrer eigenen Denkkategorien auf den nuklearen Widerpart darstellen. Beispielsweise erklärte General Earle G. Wheeler für die Vereinigten Stabschefs vor einem Kongreßaus-

¹³⁴⁾ Ebenda.

¹³⁵⁾ Ebenda, S. 29.

¹³⁶⁾ N. S. Chruschtschow, Rede auf dem VI. Parteitag der SED am 16. 1. 1963. Herausgegeben als Beilage der Zeitschrift „Sowjetunion heute“ von der Presseabt. der Botschaft d. UdSSR, S. 31 f.

schoß am 6. 3. 1967: „Trotz allem wird eine Nation wahrscheinlich einen nuklearen Schlagabtausch gut überstehen. Die 30, 40 oder 50 Millionen amerikanischer Menschenleben, die durch die Nike-X-Rakete gerettet werden können, sind deshalb bedeutungsvoll, wie wir glauben, in jeder Beziehung dieses Wortes.“¹³⁷⁾

In einer „executive session“ des Senats vom 2. 10. 1968 entspann sich folgender Redeaustausch zwischen den Senatoren Clark und Russel.

Mr. Clark: „There comes a time when the tens of millions of casualties are so enormous that civilization is destroyed, and if there are a few people living in caves after that, it does not make much difference.“

Mr. Russel: „If we have to start all over again with another Adam and Eve then I want them on this continent and not in Europe.“¹³⁸⁾

Senator Russel, der in einem „dünnen“ ABM-System nur den „Grundstein“ eines „dicken“

Abwehrsystems sieht, erklärte auf Clarks Vorgehaltung, ein Atomangriff auf die USA würde 120 Mill. Tote bedeuten: „While it would be a tremendous building job, eighty million Americans could rebuild this nation in a relatively short while . . .“¹³⁹⁾

Minister Laird schrieb in seinem 1962 erschienenen Buch „A House Divided: America's Strategy Gap“, es gäbe für ihn eine „Überzeugung, daß es jenseits der biologischen Existenz eine Qualität des Lebens, ein moralisches Gesetz und eine göttliche Schöpfung gäbe, daß die Gefahr des Todes, verglichen mit der Todesgefahr dieser Werte und des Glaubens an sie, zweitrangig sei.“¹⁴⁰⁾ Und weiter: „Einst marschierten Millionen von Amerikanern unter dem Schlachtgesang der Republik — ‚So wie er starb, um uns Menschen heilig zu machen, laßt uns sterben, um die Menschen frei zu machen‘. Dieser Geist, zurückgeholt in unsere Zeit, in der die ganze Welt halb versklavt und zur anderen Hälfte frei ist, könnte die Zukunft einer freien Menschheit formen.“¹⁴¹⁾

XIII. Die sowjetische Nuklearstrategie und SALT

Die Debatte um das künftige Stadium der sowjetischen Verteidigungspolitik

Solche Bekundungen müssen psychologisch auf den nuklearen Gegenspieler im Kreml provokativ wirken, da sich aus Wheelers und Russells Erklärungen als Ziel amerikanischer Rüstungspolitik ergibt, nicht Maßnahmen zur Stabilisierung der nuklearen Abschreckung zu treffen, sondern solche Rüstungsprojekte voranzutreiben, die die amerikanische Verlustrate bei Ausbruch eines nuklearen Krieges herabdrücken sollen. Daraus ergibt sich für die sowjetische Abschreckungspolitik die Frage, ob die Rüstungsanstrengungen Amerikas zu tolerieren sind oder durch entsprechende Maßnahmen konterkariert werden müssen, denn — so die „Prawda“ vom 7. 3. 1970 zum Beginn der zweiten Verhandlungsrunde der SALT-Gespräche: „Ein unbegrenzter Wettlauf der strategischen Rüstungen würde aber die aggressiven Kreise des Imperialismus aufs neue zu der Illusion verleiten, sie seien in der Lage, militärische Vorteile zu erzielen. Sie könnten leicht in Versuchung geraten, einen

thermonuklearen Krieg vom Zaune zu brechen.“¹⁴²⁾

Während der Verfasser des „Prawda“-Artikels von einer „Versuchung“ spricht, in die die „aggressiven Kreise des Imperialismus“ bei Fortführung eines „unbegrenzten Wettlaufs der strategischen Rüstungen“ geraten könnten (!), hatte Sowjetmarschall Krylow, Befehlshaber der sowjetischen Rakentruppen und stellvertretender Verteidigungsminister, vor Beginn der ersten SALT-Verhandlungsrunde in Helsinki am 1. 9. 1969 im ZK-Organ „Sowjetskaja Rossija“ das „Weltkapital mit den Monopolisten der USA an der Spitze“¹⁴³⁾ beschuldigt, „ein schreckliches Verbrechen, vor dem alle bisherigen blutigen Missetaten verblassen“¹⁴⁴⁾, zu planen: „Sie bereiten sich vor, die Menschheit in einen Raketen- und Atomkrieg zu stürzen, der unendlich mehr unheilvolle soziale, biologische, psychische und moralische Folgen in sich birgt als die früheren Kriege.“¹⁴⁵⁾

¹³⁷⁾ Warning to Americans — In the Words of the U. S. Military Chiefs, in: U. S. News & World Report, 15. 5. 1967, S. 57.

¹³⁸⁾ Zit. n. Arthur Blaustein, Washington Report, in: Harper's Magazine, März 1969, S. 34.

¹³⁹⁾ Ebenda.

¹⁴⁰⁾ F. Trippett, a. a. O., S. 27.

¹⁴¹⁾ Ebenda.

¹⁴²⁾ SALT-Gespräche vor der zweiten Runde, in: Die Sowjetunion heute, 16. 3. 1970, S. 25.

¹⁴³⁾ Der Spiegel, 8. 9. 1969, S. 116.

¹⁴⁴⁾ FAZ, 2. 9. 1969.

¹⁴⁵⁾ Siehe Anm. 143.

Einige Monate zuvor hatte im April-Heft des theoretischen Parteiorgans „Kommunist“ der Leiter der politischen Hauptverwaltung der sowjetischen Streitkräfte, Armeegeneral Jepischew, die Feststellung getroffen, daß „gegenwärtig die führenden Kreise der imperialistischen Staaten sich fieberhaft auf einen neuen Weltkrieg vorbereiten . . .“¹⁴⁶⁾

Der Unterschied zwischen den Presseäußerungen sowjetischer Militärs und der Formulierung des Prawda-Artikels ist signifikant: Während die Militärs den „Imperialisten“ konkrete Angriffsvorbereitungen zur Führung eines Nuklearkrieges gegen die SU unterstellen (Jepischew charakterisiert sie sogar als „fieberhaft“), spricht die Prawda nur von einer „Versuchung“, in die die „aggressiven imperialistischen Kreise“ bei Fortführung des Rüstungswettlaufs geraten könnten (eine Gefahr also, die erst in der Zukunft für die UdSSR entstehen kann!).

Auch Parteichef Breschnew vermochte in seiner Rede auf der Internationalen Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien in Moskau am 7. 6. 1969 keine Angriffsabsichten der „Imperialisten“ zu entdecken: „... die imperialistischen Regierungen arbeiten jetzt an neuen Plänen zur Steigerung der Rüstungen, die auf ganze Jahrzehnte im voraus berechnet werden. Ihre Verwirklichung wird eine neue schwere Last für die Werktätigen sein und die Gefahr des Ausbruchs eines neuen Weltkrieges vergrößern.“¹⁴⁷⁾ Für Breschnew macht die „Tatsache, daß die imperialistischen Hauptmächte Massenvernichtungswaffen horten, den Imperialismus unserer Zeit zu einer ständigen Gefahr für den Weltfrieden, zu einer Gefahr für das Leben von vielen Millionen Menschen, für die Existenz ganzer Völker“¹⁴⁸⁾.

Damit ist für den Parteichef die Gefahr eines Nuklearkrieges zwar latent vorhanden, doch hat sie keinen akuten Charakter — sie resultiert aus dem ständigen Wettrüsten. Breschnew vermeidet es konsequenterweise, die Rüstungssteigerungen der „Imperialisten“ als konkrete Angriffsvorbereitungen auf die UdSSR zu deuten. Dies deckt sich mit seiner Rede auf der Festsitzung des ZK der KPdSU und der Obersten Sowjets der UdSSR in Moskau am 3. 11. 1967 (anlässlich des 50. Jahrestags der Oktoberrevolution): „Wir berücksichtigen die Lehren der Vergangenheit und

¹⁴⁶⁾ Ebenda.

¹⁴⁷⁾ L. Breschnew, Für die Festigung des Zusammenschlusses der Kommunisten, für einen neuen Aufschwung des antiimperialistischen Kampfes, Beilage der Zeitschrift „Sowjetunion heute“, Nr. 12, 16. 6. 1969, S. 5.

¹⁴⁸⁾ Ebenda.

tun alles, damit uns niemand überrascht. Sollten sich aber Wahnsinnige finden, die es wagen, die Sicherheit des Sowjetlandes und unserer Verbündeten anzutasten, so wird das Sowjetvolk nicht erzittern. Von wo auch ein solcher Anschlag ausgehen sollte — vom Norden oder Süden, vom Westen oder Osten —, der Aggressor wird auf die alles zerschmetternde Macht unserer ruhmreichen Streitkräfte stoßen.“¹⁴⁹⁾

Folglich müßten die Verantwortlichen der USA „Wahnsinnige“ sein, wenn sie beabsichtigten, die UdSSR in einen Nuklearkrieg zu verwickeln (wie dies Krylow und Jepischew behaupten) — Verhandlungen mit einer solchen Regierung wären ohne Zweifel aussichtslos. Dies jedoch ist nicht die Auffassung der sowjetischen Regierung. Zwei Wochen nach Eröffnung der SALT-Vorgespräche in Helsinki wertete die sowjetische Regierungszeitung „Iswestia“ in einem Leitartikel mit der Überschrift „Ein bedeutender Schritt“ den Rüstungsdialog der Großmächte so: „Schon die Tatsache selber, daß Diskussionen und Verhandlungen stattfinden, daß Vereinbarungen auf dem Gebiet der Abrüstung erzielt worden sind, läßt die Hoffnung und das Vertrauen auf ein Herabdrücken der Rüstungsspirale wachsen, wie darauf, daß die Gefahr eines Atomkrieges abgewendet werden kann.“¹⁵⁰⁾ Auch die Prawda hatte den Verhandlungsbeginn durch einen Artikel von „ungewöhnlicher Länge“ hervorgehoben — im Gegensatz zur Armee-Zeitung „Roter Stern“, die sich damit begnügte, den Verhandlungsbeginn nur mit einem einzigen Satz zu vermerken¹⁵¹⁾.

Diese Indizien sprechen für eine Machtausensetzung der Führungsgruppe im Kreml über die Frage einer Rüstungsbegrenzung mit den Vereinigten Staaten. Indirekt wird dies durch den erwähnten Artikel Jepischews bestätigt: „Leninismus und die Lehren Lenins über den Krieg und die Armee dienen als eine mächtige ideologische und politische Waffe im Kampf gegen die Ideologien der Bourgeoisie und jene, die die Militärgeschichte und die Probleme der Kriegsführung verfälschen.“¹⁵²⁾

Da jene, die die Militärgeschichte und die Probleme der Kriegsführung „verfälschen“ nicht identisch mit den „bourgeoisien Ideologen“ des Westens sein können, müssen sie sich innerhalb der Sowjetunion befinden.

¹⁴⁹⁾ Europa-Archiv, Folge 23/1967, D 537.

¹⁵⁰⁾ IHT, 28. 11. 1969.

¹⁵¹⁾ Vgl. V. Zorza, Ost-West-Koalition der „Tauben“?, in: Die Zeit, Nr. 48, 28. 11. 1969, S. 8.

¹⁵²⁾ Jepischew on Party Political Work in the Armed Forces, in: The Current Digest of the Soviet Press, Vol. XXI, No. 20, S. 5.

Der Gegenstand der Kontroverse läßt sich aus dem Artikel von Jepischew ablesen, der sich gegen den Standpunkt wendet, im Atomkrieg sei ein „Sieg“ unmöglich (wie er von dem sowjetischen Atomphysiker Prof. Andrej D. Sacharow vertreten wird: „Ein Atomkrieg kann nicht mehr im Sinne von Clausewitz als eine Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln betrachtet werden. Ein Atomkrieg wäre der allgemeine Selbstmord.“¹⁵³⁾

Demgegenüber verwarnte sich Marschall Krylow gegen die Behauptung, „in einem zukünftigen Krieg gäbe es keine Sieger“, eine Behauptung, die er eine „Lüge“ und einen „propagandistischen Trick“ nannte: „Auch in einem zukünftigen Krieg gäbe es einen Sieg — und den würde die sozialistische Welt erringen.“¹⁵⁴⁾

Mit ihren Presseangriffen offenbaren die sowjetischen Militärs deutliche Meinungsverschiedenheiten zur politischen Führung ihres Landes. Breschnews Rede auf der Festsitzung vom 3. 11. 1967 hatte zwar die Versicherung enthalten: „Mögen alle wissen, daß das Sowjetland in einer Auseinandersetzung mit jedem beliebigen Aggressor den Sieg erringen wird, der unseres großen Volkes, der Heimat des Oktober, würdig ist!“¹⁵⁴⁾ — aber an anderer Stelle seiner Rede hatte Breschnew erklärt: „Wachsamkeit gegenüber imperialistischen Provokationen und Abenteuern ist um so notwendiger, als unter den heutigen Verhältnissen ein Weltkrieg unter Einsatz von Raketenkernwaffen zum Untergang von Hunderten Millionen Menschen, zur Vernichtung ganzer Länder, zur Verseuchung der Erdoberfläche und der Erdatmosphäre führen könnte. Die Kommunisten müssen daraus die ernstesten politischen Schlußfolgerungen ziehen. Heute ist der Kampf für die Abwendung der Gefahr eines neuen Weltkrieges zu einer wichtigen Voraussetzung der erfolgreichen Lösung der Aufgaben beim Aufbau des Sozialismus und Kommunismus, zur Entwicklung des gesamten revolutionären Prozesses in der Welt geworden.“¹⁵⁵⁾

Der Parteizeitung Prawda blieb es vorbehalten, in ihrem Artikel vom 7. 3. 1970 (zum Beginn der Zweiten SALT-Runde) die „Ein-Sieg-im-Nuklearkrieg-ist-möglich“-These der Militärs zurückzuweisen, indem sie eine Äußerung des Kennedy-Beraters Bundy zitierte, deren Wort-

laut dem sowjetischen Prawda-Leser die Schlußfolgerung nahelegte, die Zeitung habe das Bundy-Zitat für den internen Hausgebrauch benutzt:

„Zahlreiche bürgerliche Politiker des Westens, die über die wirkliche Sachlage im Bilde sind, geben häufig zu, daß das Wettrüsten von Jahr zu Jahr aussichtsloser wird. So schrieb kürzlich McGeorge Bundy, der ehemalige Berater der Präsidenten Kennedy und Johnson in Fragen der Sicherheit und der Militärstrategie: ‚Ein strategischer nuklearer Waffengang kann weder vom Standpunkt einer Ideologie, noch vom persönlichen politischen Standpunkt des führenden Staatsmannes des einen oder anderen Landes irgendwie gewinnbringend sein. An dieser Tatsache vermag auch kein Waffensystem etwas zu ändern, dessen Entwicklung heute für die eine oder andere Seite erreichbar erscheint.‘“¹⁵⁶⁾

Da die Prawda Bundys Feststellung, ein nuklearer Waffengang könne für beide Großmächte nicht gewinnbringend sein und die Entwicklung neuer Waffensysteme vermöge an diesem Zustand auch nichts zu ändern, ohne einschränkende Bemerkung für die Sowjetunion wiedergibt, erhält der Leser den Eindruck, die Prawda akzeptiere uneingestanden Bundys Ansicht auch für die Sowjetunion.

Die Debatte über den „Sieg“ im Nuklearkrieg wird nicht aus ideologischen Gründen geführt, um das Dogma von der Überlegenheit des sozialistischen Lagers auch angesichts der heute bestehenden nuklearen Zerstörungskapazitäten in den Arsenalen beider Weltmächte zu rechtfertigen. In ihr spiegelt sich eine Auseinandersetzung um den zukünftigen Kurs der sowjetischen Verteidigungspolitik und der damit zusammenhängende sowjetische Standpunkt zu etwaigen Rüstungskontrollvereinbarungen mit den USA wieder.

Für die Verfechter des „Ein-Sieg-ist-möglich“-Standpunktes ist die McNamara-Philosophie, ein nukleares Wettrüsten über die Marge einer gesicherten Zerstörungskapazität hinaus sei strategisch nutzlos und für die Bewahrung des Weltfriedens gefährlich, unakzeptabel. Ihre Hoffnung zielt auf die Möglichkeiten neuer Mittel der Kriegsführung, durch die die strategische Machtbalance zu eigenen Gunsten verändert werden kann. Demzufolge sind sie entschiedene Gegner jeder „slow-down“-Philosophie. Indiz dafür ist die Einschätzung des Rüstungsstandes, der nach Ansicht der Prawda die Sicherheit des Sowjetstaates ermöglicht: „Die Sowjetunion besitzt moderne Waf-

¹⁵³⁾ A. D. Sacharow, Wie ich mir die Zukunft vorstelle, in: Informationsdienst „zum nachdenken“ der Hess. LZ f. polit. Bildung, Nr. 28, S. 6.

¹⁵⁴⁾ V. Zorza, a. a. O. (Anm. 151) u. Der Spiegel, 8. 9. 1969, S. 116.

¹⁵⁵⁾ Europa-Archiv, Folge 23/1967, D 537.

¹⁵⁶⁾ Ebenda, D 535.

¹⁵⁶⁾ SALT-Gespräche, a. a. O.

fen, die völlig ausreichen, um die Sicherheit der UdSSR und ihrer Verbündeten zu gewährleisten.“¹⁵⁷⁾ Die Stimmen der Militärs legen im Gegensatz zur Betonung der Prawda-Versicherung, man besitze alles, was zur Sicherheit der SU nötig sei, die Betonung auf eine unverminderte Fortsetzung der Rüstungsanstrengungen. Marschall N. I. Krylow bestätigte zwar einem Prawda-Korrespondenten am 19. 11. 69 die gewachsene Kampfstärke seiner Einheiten, erinnerte jedoch gleichzeitig die Parteiführung an die Forderungen des Militärs: „Die Raketentruppen sind der Gegenstand der besonderen Aufmerksamkeit auf seiten der Kommunistischen Partei und der sowjetischen Regierung.“¹⁵⁸⁾ Das Objekt der besonderen Aufmerksamkeit von Partei und Regierung definierte Krylow unter Berufung auf Lenins Autorität dann so: „Wie Lenin ausführte, sind Technologie und die Fähigkeit, sie dem Kampfe gegen den Feind nutzbar zu machen, die Hauptvoraussetzungen für den Sieg im Kriege. In einer bewaffneten Auseinandersetzung, so sagt er, wird die Seite siegen, die die fortschrittlichste Technologie, die größte Organisation und Disziplin und die besten Maschinen hat“. . . . Militärische Angelegenheiten vertragen keine Stagnation. Solange die Gefahr eines Angriffs durch die Imperialisten existiert, wird es unsere bedeutungsvollste Aufgabe sein, einen hohen Grad an ständiger Kampfbereitschaft zu unterhalten.“¹⁵⁹⁾

Vor Krylow hatte Generalmajor Prof. Lagowski im „Roten Stern“ ebenfalls mit der Autorität Lenins die Wünsche des Militärs angemeldet: Wladimir Iljitsch lehrte, man müsse die schärfste Aufmerksamkeit auf die Möglichkeiten des Feindes richten, seine starken und schwachen

Punkte studieren und sorgfältig die Balance der Kräfte abwägen. ‚Jedermann wird mir darin zustimmen‘, schrieb Lenin, ‚daß sich die Armee, die es versäumt, sich in der Beherrschung aller Waffenarten, aller Mittel und Methoden des Kampfes, die der Feind besitzt oder haben könnte, zu üben, unvernünftig, ja sogar verbrecherisch verhält‘ . . . Hier sollte die besondere Aufmerksamkeit auf die Wort ‚haben könnte‘ gerichtet werden. Dies bedeutet: ist notwendig, die militärische, wirtschaftliche und wissenschaftliche Macht eines möglichen Gegners auf der Basis einer sorgfältigen Studie der bestehenden Situation und ihrer realistischen Entwicklungsmöglichkeiten abzuschätzen. Nur durch solch einen nüchternen und wissenschaftlichen Ansatz läßt sich der richtige Weg zur Erreichung der Überlegenheit über den Gegner in der Balance der Kräfte festlegen.“¹⁶⁰⁾

Die vorliegende Darstellung zeigt, daß es in beiden Abschreckungsgesellschaften Tendenzen gibt, deren Streben auf ein Nuklearpotential abzielt, das die Kapazität einer bloßen second-strike-capability übersteigt.

Diese Tendenzen werden bestimmt durch die nicht stagnierende waffentechnische Entwicklung auf dem nuklearen Sektor, dessen Intensität immer durch die Gefahr eines möglichen „technologischen Durchbruchs“ auf Seiten des Gegners genährt wird. Damit steht dem politischen Willen, eine einmal erreichte Stabilisierung der nuklearen Abschreckungsebene durch sichere Zweitschlagskapazitäten zu sichern, die langfristige technologische Tendenz entgegen, an der Entwicklung von Waffensystemen zu arbeiten, die in die Richtung einer Aufhebung eben jenes Gleichgewichts des Schreckens zielt.

¹⁵⁷⁾ SALT-Gespräche, a. a. O. (Anm. 142), S. 29.

¹⁵⁸⁾ Ebenda.

¹⁵⁹⁾ Ebenda, S. 6 f.

¹⁶⁰⁾ Ebenda, Vol. XXI, No. 42, S. 5.

Michael Hereth: Die Freiheit des Bürgers zum Handeln. „Citizens for Local Democracy“; das politische Denken einer Gruppe der amerikanischen ‚Neuen Linken‘

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 5/72, S. 3—19

Die ‚Neue Linke‘ in den USA ist nicht mit der gleichen Ausschließlichkeit wie in Deutschland an marxistischen Traditionen orientiert. Während in Europa die Probleme des „Kapitalismus“ im Zentrum der Kritik stehen, greifen die „Citizens for Local Democracy“ (CLD) das Problem der Teilnahme des Bürgers an der Politik jenseits der Ökonomie auf.

Diese Gruppe der amerikanischen ‚Neuen Linken‘ beruft sich auf die Tradition von Thomas Jefferson, der durch eine weitgehende Dezentralisation fast aller politischen Entscheidungen den revolutionären Geist der amerikanischen Republik erhalten wollte. Nach Jeffersons Vorstellungen muß der Geist der Freiheit durch unzentralisierte Selbstregierung der Bürger in „townships“ (Räten) und durch das so mögliche aktive Mitwirken aller Bürger an der Politik erhalten werden.

CLD greift diesen Gedanken Jeffersons auf und analysiert die Schwierigkeiten der amerikanischen Politik als das Ergebnis des Zerfalls der Idee und der Möglichkeit der Selbstregierung in den USA. Bürokratisierung, Monopolstellung der Parteiapparate und Reduktion der Politik auf die Ökonomie werden als die Negativfolgen des Abfalls der amerikanischen Union von ihrem Gründungskonzept interpretiert.

Trotz einer problematischen Vernachlässigung der notwendigen Ordnungsstrukturen der Wirtschaft macht CLD in starker Anlehnung an Hannah Arendt die Dimension der politischen Republik, die jenseits der Ordnungsprobleme der Ökonomie liegt, bewußt und knüpft damit an die Tradition der amerikanischen Revolution an.

Klaus Mayer: Veränderungen des Rüstungsgleichgewichts zwischen den USA und der Sowjetunion

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 5/72, S. 20—46

Eine Stabilisierung des Rüstungsstandes beider Großmächte wurde bisher durch die Unsicherheiten in der verlässlichen Abschätzung der Kampfstärke nuklearer Streitkräfte verhindert. Zu der Schwierigkeit, verlässliche Signale über die Rüstungsaktivitäten des Gegners zu empfangen, tritt das Problem der innergesellschaftlichen Signalveränderung: Das empfangene Signal wird durch rüstungspolitische Eigeninteressen gesellschaftlicher Gruppen verzerrt, indem seine Intensität verstärkt bzw. Signale, die dem rüstungspolitischen Eigenbezug entgegenstehen, unterdrückt werden. Der rüstungspolitische Eigenbezug zeigt sich deutlich in der rüstungstechnologischen Entwicklung des eigenen Landes: Sie wird praktisch zur Meßgröße für die Bedrohung der nationalen Sicherheit.

Durch die qualitativen Verbesserungen der Raketenpotentiale auf beiden Seiten ist sowohl eine Stabilisierung der nuklearen Abschreckung eingetreten wie auch eine zunehmende Entwertung von Waffensystemen, auf die sich bisher die nukleare Abschreckung gestützt hat.

In beiden Großmächten gibt es sowohl Vertreter des Konzepts einer Stabilisierung der nuklearen Abschreckungsebene wie auch Anhänger einer forcierten technologischen Forschungsstrategie, die auf die Möglichkeit eines waffentechnologischen „Durchbruchs“ setzen.

Die waffentechnologischen Optionen für die Zukunft liegen in einer stärkeren strategischen Nutzung der Weltmeere.